

Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik



Foto: FotoArchivKollektiv, Hamburg

- *Knabenbeschneidung: Erziehungsgewalt – was darf der Staat, was dürfen die Eltern? – S. 3*
- *Stoppt Frontex! Stoppt das Sterben im Mittelmeer – S. 7*
- *Gelsenkirchener Appel für öffentlich geförderte Beschäftigung – S. 12*
- *Diakonie – christlicher Dienst muss sich rechnen – S. 19*
- *Wählerpotentiale für Die Linke vor dem Hintergrund der jüngsten Wahlergebnisse – S. 22*

Ausgabe Nr. 8 am 26. Juli 2012, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK
– ERSCHEINT ZWÖLFMAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Rüdiger Lötzer, Postfach 210112, 10501 Berlin, E-Mail: ruediger-loetzer@onlinehome.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Thorsten Jannoff, Tel. 0209/81 53 43 oder 0178/2 87 75 71, E-Mail: t.jannoff@web.de

Diskussion / Dokumentation: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubai Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11/62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32, E-Mail: pb@gnn-verlage.de

In & bei der Linken: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de
Letzte Seite: Alfred Küstler, Anschrift Aktuelles.

Die Mitteilungen der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln und GNN Verlag Süd GmbH, Stubai Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4,00 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabo kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Sozialabo: 46,80 €. Ausland: +6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck und Vertrieb: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- ☐ 1 Ausgaben für 5 € (beiliegen) zum Kennenlernen
- ☐ Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)
- ☐ Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)
- ☐ Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

☐ Bankenzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

Bundesverfassungsgericht: „Die Menschenwürde ist migrationspolitisch nicht zu relativieren“

www.proasyl.de, 18.7. Pro Asyl begrüßt die heutige Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, mit der die Leistungen für Flüchtlinge für verfassungswidrig erklärt wurden. Das Gericht beendet ein jahrelanges Unrecht. Flüchtlinge sind keine Menschen zweiter Klasse.

Auch Flüchtlingen muss nun durch die vom Gericht angemahnte unverzügliche Neuregelung ein Leben in Würde ermöglicht werden. Das Grundgesetz schützt die Würde des Menschen und nicht die des deutschen Staatsbürgers.

Das Bundesverfassungsgericht hat klargestellt, dass die derzeitigen Leistungen gegen das Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum verstoßen. „Die Menschenwürde ist migrationspolitisch nicht zu relativieren“, so das Bundesverfassungsgericht. Das Gericht beschloss eine Übergangsregelung, die an die Hartz-IV-Sätze angelehnt ist und die den vom Gesetz betroffenen Haushaltsvorständen 336 Euro und Haushaltsangehörigen 260 Euro zuspricht. Dies gilt rückwirkend ab dem ersten Januar 2011 für die Fälle, die noch nicht rechtskräftig abgeschlossen sind. Das Gericht wies darauf hin, dass der Gesetzgeber bei einer Neuregelung der Leistungssätze eine konkrete Bedarfsberechnung zugrunde legen müsse.

So erfreulich das Urteil ist – mit der vom Gericht angemahnten Erhöhung der Leistungen allein ist es jedoch nicht getan. Pro Asyl fordert: Das diskriminierende Asylbewerberleistungsgesetz muss abgeschafft werden. Die entwürdigende Praxis, Asylsuchende mit Lebensmittelpaketen und anderen Sachleistungen abzuspeisen, muss beendet werden. Auch dürfen Flüchtlinge nicht länger gezwungen werden, in Lagern zu leben.

Das Asylbewerberleistungsgesetz stammt aus einer Zeit, in der es Handlungsmaxime war, Flüchtlinge um jeden Preis abzuschrecken. Wer diese Politik heute fortschreiben will, der demütigt Menschen, deren Schutzbedürftigkeit auf der Hand liegt – etwa Flüchtlinge aus Syrien, Afghanistan, Iran, Irak, Sudan, Somalia oder Eritrea. Wer aus diesen oder anderen Ländern nach Deutschland flieht, lässt sich nicht durch mangelhafte Lebensmittelpakete oder schäbige Unterbringung abschrecken. „Die Abschreckungslogik funktioniert nicht. Aber sie demütigt Flüchtlinge und macht sie psychisch kaputt“, so Günter Burkhardt, Geschäftsführer von Pro Asyl.

Pro Asyl hat die dem heutigen Gerichtsurteil zugrundeliegende Klage

eines 35-jährigen irakischen Flüchtlings und eines 12-jährigen aus Liberia stammenden Mädchens, das mittlerweile die deutsche Staatsangehörigkeit hat, aus Mitteln des Pro Asyl-Rechtshilfefonds unterstützt.

Wachsende Kritik am Finanzgewerbe

Der Standard, 17.7., *Zeit-Online*, 17.7. *rül* Der Beschluss des Bundestags zur Bewilligung von Finanzhilfen für die spanischen Banken und die Freigabe dieser Mittel durch die EU-Finanzminister haben der Kritik am Finanzgewerbe neuen Auftrieb gegeben. Tatsächlich stehen große Restrukturierungs- und Regulierungsbeschlüsse für das Gewerbe auch vier Jahre nach dem Zusammenbruch der Lehman-Bank und der daran anschließenden internationalen Finanzkrise noch immer aus. So ist das große internationale Schattenbankensystem – insbesondere Hedge-Fonds und die Private-Equity-Branche – bis heute nicht den Kontrollen und Eigenkapitalvorschriften unterworfen, wie sie für das Bankgewerbe gelten. Die neuen Eigenkapitalvorschriften („Basel III“, sie schreiben ein Mindesteigenkapital der Bank von 9% ihrer Kreditsumme vor) müssen international erst bis 2018, also in sechs Jahren, umgesetzt sein. Wegen der anhaltenden Krisen des Bankensektors betonen inzwischen die Schweizer Zentralbank und die Bank of England, dass viel höhere Eigenkapitalquoten erforderlich sind, um das Gewerbe weniger krisenanfällig zu machen. Die Bank of England etwa hält eine Eigenkapitalquote von 16 bis 20 Prozent der Kreditsumme einer Bank für erforderlich. Das wären mehr als doppelt so viel, wie sie derzeit z.B. in Deutschland vom Gesetzgeber gefordert wird. Auch die bisher nicht kontrollierbaren Risiken eines Zusammenbruchs von Großbanken („too big to fail“) sind von der Politik bis heute unbeantwortet. Wenige Tage vor dem Bundestagsbeschluss zur Bankenhilfe für Spanien machte deshalb der Vorstandschef der Münchner Rückversicherung Munich Re, Nikolaus von Bomhard, seinem Zorn über die Politik Luft und forderte die Zerschlagung der Großbanken. Dass solche Banken zur Zeit noch auf jeden Fall gerettet werden müssten, sei „ein Konstruktionsfehler des Systems. Wir brauchen fundamentale Änderungen am Finanzmarkt. ‚Too big to fail‘ (zu groß zum Scheitern, Anm.) darf es nicht mehr geben“, wird der Vorstandschef der weltgrößten Rückversicherung in der österreichischen Zeitung „Der Standard“ am 17.7.2012 zitiert. Auch die Europäische Zentralbank mahnt bisher vergeblich Reformen an. 28 weltweit tätige Banken,

Politische Berichte im Internet: www.politische-berichte.de

darunter die Deutsche Bank und die Commerzbank, seien „zu groß“, hatte schon vor einem Jahr ein Diskussionspapier des Baseler Ausschusses der BIZ (Bank für Internationalen Zahlungsausgleich), und des Finanzstabilitätsrats (FSB) unter Vorsitz des heutigen EZB-Chefs Mario Draghi gefordert („Die Presse“, 20.7.2011). Geschehen ist von der Politik seither nichts.

Opel Bochum vor dem Aus?

tja. Noch hat das Opel-Werk in Bochum eine Bestandsgarantie bis Ende 2015. Der Opel-Betriebsrat befürchtet aber, dass mit dem „Rücktritt“ des als arbeitnehmerfreundlich geltenden Opel-Vorstandsvorsitzenden Stracke, diese nicht eingehalten wird. Dazu passt, dass der Vizechef von General Motors, Stephen Gyrski, nicht nur 500 Führungskräften kündigte, sondern auch einen weiteren harten Sanierungskurs angekündigt hat. Auch der Opel-Betriebsrat hat harte Verhandlungen mit dem neuen Management des Autobauers angekündigt. Dazu das „Handelsblatt“ vom 20. Juli: „Ohne verbindliche Gegenleistungen werde es keine weiteren Beiträge der Arbeitnehmer zur Sanierung geben können“, sagte der Betriebsratschef des Bochumer Opel-Werks, Rainer Einenkel. Die Bochumer Mitarbeiter hätten seit Jahren erhebliche finanzielle Einbußen hinnehmen müssen. „Der Belegschaft ist nicht mehr zu vermitteln, dass weitere Einschnitte kommen sollen und es für das Werk womöglich nur noch eine Perspektive von zwei Jahren gibt“, sagte Einenkel. Bei der GM-Tochter Opel stünden Verhandlungen über die Umsetzung des neuen Tarifvertrages an. Die IG Metall habe sich mit der Geschäftsführung auf eine Stundung der ausgehandelten Lohnerhöhung von 4,3 Prozent bis Ende Oktober geeinigt.“

Wir dokumentieren aus einer Erklärung des Opel-Betriebsrates zum „Rücktritt“ von Stracke und einer Rede anlässlich einer Solidaritätskundgebung in Bochum, aus der ersichtlich wird, welche Vorschläge der Betriebsrat zur Rettung des Werkes macht.

Opel-Betriebsrat zum Führungswechsel

Zum Rücktritt von K.-F. Stracke erklärt der Betriebsratsvorsitzende von Opel in Bochum Rainer Einenkel:

„Zusagen und Verträge müssen eingehalten werden. Am 12. Juli hat der Opel-Vorstandsvorsitzende K.-F. Stracke seinen Rücktritt erklärt. Nach eigenen Aussagen wird er zukünftig neue Aufgaben bei GM übernehmen. Der Aufsichtsratsvorsitzende von Opel und

Vizepräsident von GM, Stephen Girsky, wurde zum Präsidenten von GM-Europa benannt und soll die Geschäfte von Opel kommissarisch bis zur Wahl eines neuen Vorstandsvorsitzenden führen. Entscheidend für die Belegschaften wird sein, dass der dringend notwendige Wachstumskurs umgesetzt wird und keine Kahlschlagpolitik erfolgt.

Wir brauchen dringend eine Öffnung der außereuropäischen Märkte und eine neue Modelloffensive. Eine erneute Diskussion über Werkschließungen würde Belegschaften und Autokunden weiter verunsichern und hätte nachweisbar einen nicht reparablen Imageschaden und weitere Marktverluste für die Marke Opel zur Folge. In allen Werken gibt es derzeit Gespräche über die Zukunft der Werke und der Marke. In diesen Verhandlungen, die am 11. Juli in Bochum begonnen haben, hat der Bochumer Betriebsrat viele konstruktive Vorschläge zur Sicherung des Bochumer Opel-Werkes vorgelegt. Wir erwarten, dass der neue Opel-Vorstand die begonnenen Gespräche weiterführt und die Vorschläge sachlich prüft. Wir werden darauf achten, dass bestehen-

Autokunden immer wieder mit Schließungsdrohungen verunsichert.

Es war angedroht, dass General Motors am 12. Juni die Schließung von Bochum und weiterer Werke verkündet. Diese Entscheidung wäre endgültig gewesen. Das konnte u.a. durch die Initiative der IG Metall verhindert werden. Auch im Opel-Aufsichtsrat am 28. Juni wurde die befürchtete Entscheidung über eine Werkschließung abgewendet. Damit ist das Problem nicht beseitigt. Wir haben Zeit gewonnen – mehr nicht. Weiterhin verlangt GM drastische Kapazitätsanpassungen und Kostensenkungen.

Niemand bestreitet die schwierige und dramatische Lage der Autoindustrie in Europa. Dies trifft in besonderer Weise natürlich Opel ... Opel-Bochum ist nachweisbar das produktivste, effektivste und flexibelste Werk in Europa. Wir konnten beweisen, dass Opel-Bochum mit Absicht und falschen Zahlen teurer gerechnet wird. Wir verlangen eine sachliche und faire Kostenbetrachtung. Durch die Vereinbarung zur Stundung der Tarifierhöhung musste die Konzernleitung ihre Blockadehaltung gegenüber Bochum aufgeben und sich verpflichten, auch über die Zukunft von Bochum zu verhandeln. Diese Verhandlungen werden noch vor den Werksferien beginnen.

Wir brauchen eine Perspektive über 2016 hinaus! Es gibt viele Vorschläge: Wir können jeden Astra bauen, einen neuen Zafira, Buick- und Chevrolet-Fahrzeuge, Fahrzeuge mit Elektro- oder Hybridantrieb. Wir bauen nachweisbar das beste Getriebe in Europa. Das SUV-Segment ist ein gewaltiger Wachstumsmarkt, an dem Opel nicht beteiligt ist. Bochum kann als einziges Werk mittlere und große SUV bauen. Es gibt

viele Gespräche mit der Landesregierung, zum Beispiel mit Ministerpräsidentin H. Kraft und Wirtschaftsminister G. Duin, der Stadt Bochum und der IG Metall. An diesen Gesprächen ist der Bochumer Betriebsrat beteiligt. Es wird schwierige und komplizierte Verhandlungen geben. Es geht um die Zukunft von Opel-Bochum. Wir werden Euch rechtzeitig über jede Maßnahme informieren. Bemerkenswert ist die breite bundesweite Solidarität für das Bochumer Werk. Nicht zuletzt die machtvolle Solidaritätskundgebung der Bochumer Künstler für Opel-Bochum am 26. Juni am Bochumer Schauspielhaus mit über 3 000 Teilnehmern hat ein großes bundesweites Echo gefunden. Das macht Eindruck und gibt Kraft.

Rainer Einenkel, Betriebsratsvorsitzender Werke Bochum und Murat Yaman, stellv. Betriebsratsvorsitzender



Demo in Bochum 2009: Saab gibt es inzwischen nicht mehr ...

de Zusagen und Verträge eingehalten werden. Opel ist ein wichtiger Bestandteil für GM und Opel-Bochum ist ein wichtiger und unverzichtbarer Teil von Opel. Opel-Bochum ist nachweisbar das produktivste, effektivste und flexibelste Werk in Europa. Die Belegschaften in den Opel-Standorten brauchen endlich eine Perspektive über 2016 hinaus. Wir brauchen Ruhe und Sicherheit, damit die Kunden über unsere hervorragenden Fahrzeuge sprechen. Daran wollen wir mit dem neuen Vorstand arbeiten.“

Betriebsrat: Opel-Vorstand muss verhandeln!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, monatelang hat sich die Konzernleitung geweigert, mit dem Bochumer Betriebsrat und der IG Metall über die Zukunft des Bochumer Werkes zu verhandeln. Stattdessen wurden Belegschaft und

Erziehungsgewalt – was darf der Staat, was dürfen die Eltern?

Wenn sich im kulturellen Kräftefeld zwischen Religion, Staat, Recht, Familie, Wissenschaft das Gewicht der Argumente verlagert, zeigt sich, wie schwierig es ist, die Geltung widersprüchlicher Normen aufeinander abzustimmen. Und das Gewicht der Argumente muss sich verändern, wenn geradezu ruckweise Erziehungsfunktionen der Familie auf öffentliche Einrichtungen übertragen werden. Gemeinschaft von Traditionen und Gütern, die den Zusammenhalt der Familie bewirken, können die Erziehungspraxis in öffentlichen Einrichtungen nicht steuern. Sie hat dort die Rechtsform einer Dienstleistung, deren Inhalt festzulegen ist. Das rechtlich und wissenschaftlich ermittelte „Kindwohl“ entwickelt sich zum Leitbild der Beziehung zwischen Erziehenden und Zöglingen. Die Gewährleistung der Ansprüche und die Durchsetzung der Rechte des Kindes obliegen dem Behördenwesen. Die öffentliche, rechtliche Fixierung des „Kindwohls“ liefert den Sozialeinrichtungen und -behörden den Maßstab zur Bewertung von Elternschaft. In der gesellschaftlichen Praxis bleiben aber die familialen Erziehungsverfahren höchst wirksam. Die sogenannte Primärsozialisation vermittelt Lebensstil, Lebensweise und tradierte Werte. Während die öffentlichen Einrichtungen einen klaren

dieser Verschiedenheit sind im Erziehungs- und Fürsorgewesen alle Beteiligten konfrontiert. Wo sich öffentliche Einrichtung und Elternschaft in der Sorge ums Kind treffen, ist die hegemoniale Durchsetzung des Guten kontraproduktiv, gefragt sind praktische Lösungen. Ein Beispiel bietet das Schulessen, das mit dem Übergang zur Ganztagschule erforderlich wird, ein anderes die Zulassung kirchlicher oder sonst wie bekenntnishafter Erziehungseinrichtungen im öffentlich finanzierten Angebot, ein drittes der Streit rund ums Erziehungsgeld, ein weiteres der Kampf um die Qualifikation für die Erziehungsberufe – es ist kein Wunder, das auch der ins Erziehungsgeschehen eingebettete Ritus der Knabenbeschneidung vor Gericht landete, denn in diesem Punkt überkreuzen sich nicht nur staatliche Norm und elterliches Erziehungsrecht, sondern auch noch Religion und Medizin.

Das Urteil des Landgerichts Köln

Obwohl über den Fall viel geredet und geschrieben wird, weiß man nicht ganz genau, wie die Sache, in der es um die Beschneidung eines kleinen Jungen muslimischer Religionszugehörigkeit auf Wunsch der Eltern ging, überhaupt vor Gericht kam. Die Beschneidung war von einem approbierten Mediziner, den das Gericht als „frommen Muslim und fachkundigen Arzt“ beschreibt, vorgenommen worden. Wegen einer Nachblutung brachten die Eltern das Kind zur Behandlung in eine Klinik. Mag sein, dass in Fällen genitaler Verletzungen bei Kindern routinemäßig das Jugendamt informiert wird, mag sein, dass man einen Kunstfehler bei der ursprünglichen Behandlung vermutete; gesichert ist, dass die Staatsanwaltschaft Köln ein Ermittlungsverfahren eröffnete und Klage vor dem Amtsgericht erhob und das Gericht das Verfahren eröffnete, das in erster Instanz in einem Freispruch mündete: Ein Behandlungsfehler habe nicht vorgelegen und die elterliche Einwilligung rechtfertige den Eingriff. Daraufhin ging die Staatsanwaltschaft in Berufung. Das Landgericht Köln beurteilte dann den Eingriff als strafbare Körperverletzung. Allerdings blieben der Operateur sowie die Eltern des Kindes straffrei, weil sie die Rechtswidrigkeit ihres Handelns nicht hätten erkennen können. Paradoxerweise verhindert der Freispruch eine weitere rechtliche Klärung des Falls. Das Urteil steht im



Das Gebäude des Landgerichts Köln

Raum. Andere Gerichte könnten anders urteilen, aber dennoch muss nun mit Ermittlungen und Strafverfolgung rechnen, wer sich an der Beschneidung eines minderjährigen Knaben beteiligt.

Der Deutsche Bundestag will Rechtssicherheit – das beendet den Streit nicht

Laut Regierungsäußerungen ist die BRD damit das einzige Land auf der Welt, in der dieser integrale Bestandteil jüdischer und islamischer Religionsausübung illegalisiert ist. Der Deutsche Bundestag hat auf diese Situation rasch reagiert und eine Gesetzesinitiative eingebracht, die Juden und Muslimen Rechtssicherheit bringen soll. Zur Ausarbeitung des Entwurfs zog die Regierung die Oppositionsparteien heran, die Linksfraktion wurde dabei übergangen. Am 20. Juli beschloss der Bundestag den Antrag mit großer Mehrheit, die Linke enthielt sich bis auf einige Abgeordnete (siehe Stellungnahme der Abgeordneten Nicole Gohlke aus München). Inzwischen zeichnet sich ab, dass der Streit damit nicht erledigt ist. Die Bundesjustizministerin erwartet eine verfassungsgerichtliche Entscheidung. Das heißt: jüdisches und muslimisches Leben können in der BRD auf eine geraume Zeit hin nicht in rechtlicher Sicherheit ausgeübt werden. Es ist eine Situation entstanden, in der sich im Abgrenzungskonflikt zwischen öffentlich-rechtlicher Kindwohlanalyse und Selbstbestimmung des Familienlebens antisemitische und islamophobe Meinungen Platz verschaffen. Es liegt auf der Hand, dass das Recht auf freie Religionsausübung unter dem Mantel des Ritus zu Misshandlung und Missbrauch führen kann. Ein bekannter Fall ist die in afrikanischen Kul-



„Storchennest“ – der familiär anmutende Namen für diese Kita bezeichnet eine öffentliche Einrichtung mit entsprechenden rechtlichen Regulierungen.

und einheitlichen Begriff des „Kindwohls“ benötigen, wirken bei der familiären Lebensgestaltung differenzierende Kräfte, materielle und kulturelle Schranken, aber auch Rechte auf kulturelle Selbstbestimmung und Ausübung religiöser Vorschriften. Mit

turkreisen vorkommende Genitalverstümmelung an Mädchen und Frauen. In Europa kastrierte man bis zum Ende des 19ten Jahrhunderts noch Knaben, um Säger für besondere Musikpartien zu gewinnen. Noch heute gestattet man der katholischen Kirche, Kinder im Beichtstuhl nach den intimen Einzelheiten ihres Lebens auszufragen, der Übergang zum Kindesmissbrauch ist dabei keineswegs zwingend, aber doch wohl fließend. Man sieht, religiöse Riten sind nicht von sakrosankt und von der gesellschaftlichen Erörterung ausgenommen. Somit muss erörtert werden, was es mit der Beschneidung von Knaben im Kindesalter auf sich hat.

Die Rechtsordnung charakterisiert jeden Eingriff in die körperliche Sphäre eines Menschen als Körperverletzung. Der Sinn dieser Bestimmung ist, medizinische Eingriffe ohne Einwilligung der Betroffenen strafbar zu machen. Gerade die deutsche Medizingeschich-

te kennt derartige Verbrechen in Masse – von der zwangsweisen Sterilisierung bis zum Mord im Rahmen von medizinischen Experimenten. Milde Formen, bei denen Patienten ungefragt zu Studien benutzt werden, sind ein Alltagsvergehen des Medizinbetriebs. Gerade angesichts eines hoch entwickelten und unpersönlich organisierten Medizinbetriebs kann die Rechtsordnung auf eine scharfe Definition der körperlichen Unversehrtheit nicht verzichten. Es lohnt sich aber im Streit um die Knabenbeschneidung festzuhalten, dass weltweit niemand bestreitet, dass der Entfernung der Vorhaut auf eigenen Wunsch eines mündigen Erwachsenen rechtlich nichts im Wege steht. Auch das Kölner Urteil bietet dieses Vorgehen als Alternative zur Knabenbeschneidung an. Für die Beurteilung des Eingriffs ist auch erheblich, dass er als heilende Operation bei der nicht seltenen, funktional störenden Vorhautver-

engung (Phimose) durchgeführt wird. Während bei der rituell begründeten Verstümmelung der weiblichen Genitalien persönliche Berichte über erlebtes Leid und Schmerzen und medizinische Untersuchungen funktionaler Störungen vorliegen, folgt der Entfernung der Vorhaut keine funktionale Störung, was bleibt ist ein im intimen Bereich sichtbares Zeichen. Der Betroffene wird sich Zeit seines Lebens daran erinnern, dass die Eltern sich zur jüdischen oder islamischen Glaubensgemeinschaft bekannt haben. Für Dritte ist das Zeichen nicht eindeutig, erstens ist es nicht öffentlich markant und zweitens gibt es die Beschneidung auch als hygienisch vorsorgliche Maßnahme (z.B. in den USA weithin gebräuchlich) bzw. als Ergebnis einer medizinisch angezeigten Krankheitsbehandlung.

Die „Jüdische Allgemeine Zeitung“¹ verweist in dieser Sache auf Dr. Bijan Fateh-Moghadam²:

„Diejenigen, die die Beschneidung nach wie vor straffrei wissen wollen, führen dazu meist die Religionsfreiheit an. Fateh-Moghadam hält dem in einem Beitrag für die Zeitschrift Rechtswissenschaft (Heft 2/2010) nun entgegen, dass es sich gar nicht um eine Frage der Religionsfreiheit handle. Das grundgesetzlich geschützte Elternrecht (Art. 6 Abs. 2 GG), schreibt der Jurist, gestatte es den Eltern, ihre nicht zustimmungsfähigen Kinder (Heranwachsenden, die bereits Einwände äußern können, will Fateh-Moghadam ein Vetorecht einräumen) beschneiden zu lassen – ganz gleich, ob aus religiösen, hygienischen, gesundheitlichen oder sonstigen Gründen.

All diese Gründe gingen den Staat nichts an, vielmehr sei dieser in der Begründungspflicht, wenn er die Beschneidung verbieten wolle. Er müsse beweisen, dass diese unzumutbare negative Folgen habe. Dies sei aber nach dem gegenwärtigen Forschungsstand nicht der Fall.“

Diese Argumentation ist anschluss-

1 <http://www.juedische-allgemeine.de/article/view/id/7426/highlight/Beschneidung>.

2 <http://www.jura.uni-muenster.de/go/organisation/institute/zivilrecht/rt/organisation/mitglieder/bijan-fateh-moghadam.html>. „Bijan Fateh-Moghadam ist Projektwissenschaftler des Exzellenzclusters ‚Religion und Politik in den Kulturen der Vormoderne und Moderne‘, Habilitationsprojekt: ‚Die religiös-weltanschauliche Neutralität des Strafrechts – Zur strafrechtlichen Beobachtung religiöser Pluralisierung‘ und Lehrbeauftragter der Juristischen Fakultät der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster für Medizinstrafrecht und Rechtssoziologie.“

Nicole Gohlke: Persönliche Erklärung zur Debatte um Beschneidung minderjähriger Jungen

Persönliche Erklärung von Nicole Gohlke Fraktion Die Linke nach § 31 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages zu dem von den Fraktionen der CDU/CS, SPD und FDP eingebrachten Antrages „Rechtliche Regelung der Beschneidung minderjähriger Jungen“:

Während sich die Mehrheit der Fraktion Die Linke im Bundestag bei dem Antrag „Rechtliche Regelung der Beschneidung minderjähriger Jungen“ von CDU/CSU, FDP und SPD enthält, habe ich diesem zugestimmt.

Der Antrag fordert die Bundesregierung auf, „im Herbst 2012 unter Berücksichtigung der grundgesetzlich geschützten Rechtsgüter des Kindeswohls, der körperlichen Unversehrtheit, der Religionsfreiheit und des Rechts der Eltern auf Erziehung einen Gesetzentwurf vorzulegen, der sicherstellt, dass eine medizinisch fachgerechte Beschneidung von Jungen ohne unnötige Schmerzen grundsätzlich zulässig ist.“ Der Antrag ist notwendig geworden, nachdem das Kölner Landgericht ein Urteil getroffen hat, das von den jüdischen und muslimischen Gemeinschaften zu Recht als Angriff auf die Ausübung ihrer Religionsfreiheit gesehen wird. Vielmehr hat das Urteil eine – in Teilen rassistisch geführte – Debatte ausgelöst, in der scheinbar liberale Meinungsmacher die angeblich herzlosen muslimischen und jüdischen Eltern an den Pranger stellen.

Eine medizinisch sachgerecht durchgeführte Beschneidung bei Jungen gleichzusetzen mit weiblicher Genitalverstümmelung (Klitorisent-

fernung) – die selbstverständlich vehement abzulehnen ist – ist in keiner Weise gerechtfertigt. Gleichzeitig so zu tun, als würde nur die Beschneidung einen Eingriff in die körperliche Unversehrtheit darstellen und nicht auch beispielsweise kosmetische Operationen bei Minderjährigen, vorsorgliche Blinddarm- oder Mandelentfernungen oder beispielsweise Ohrlochstechen, ist bigott. Die Beschneidung ist in beiden Religionen ein wesentlicher Initiationsritus für die Zugehörigkeit zum Kollektiv der Gläubigen. Ein Verbot der Beschneidung liefe auf ein Religionsverbot für Muslime und Juden in Deutschland hinaus. Wer glaubt, Fragen der religiösen oder kulturellen Identität über das Strafrecht zu regeln, befördert die Kriminalisierung jüdischer und muslimischer Riten. Praktisch bedeutet das für die betroffenen Jungen nicht weniger, sondern mehr Probleme: Operationen im Ausland, Eingriffe durch Kurpfuscher und eine Stigmatisierung, die das Zusammenleben in einer multikulturellen Gesellschaft erschwert.

Ich begrüße es, dass mit dem Antrag ein klares Signal an Juden und Muslime in Deutschland gesendet wird und klargestellt wird, dass sie und ihre Religionspraxis ein selbstverständlicher Teil unserer Gesellschaft sind. Ich spreche mich für eine Regelung im Sinne des Antrages aus.

<http://www.nicole-gohlke.de/index.php/bundestag/reden/353-persoenliche-erklaerung-zur-debatte-um-beschneidung-minderjaehriger-jungen>, 19. Juli 2012

fähig. Sie verlangt von der modernen zivilen Gesellschaft nicht, die Augen vor den Gefahren religiöser oder modischer Wahnvorstellungen zu verschließen, aber sie erlaubt dem Staat auch nicht, ohne schwerwiegenden Rechtfertigungsgrund in die Lebensgestaltung der Bürgerinnen und Bürger maßregelnd und strafbewehrt einzugreifen.

Anders liest sich die Begründung des Kölner Landgerichts: „Zudem wird der Körper des Kindes durch die Beschneidung dauerhaft und irreparabel verändert. Diese Veränderung läuft dem Interesse des Kindes später selbst über seine Religionszugehörigkeit entschei-

den zu können zuwider.“³

In der zivil geordneten Gesellschaft steht den religionsmündig gewordenen Bürgerinnen und Bürgern das Recht zu, die Religions- oder Bekenntnisgemeinschaft, in der sie erzogen worden sind, zu verlassen und ein Bekenntnis ihrer Wahl anzunehmen. In der BRD tritt die Religionsmündigkeit mit Vollendung des 14. Lebensjahres ein. Auf welche Weise der Verlust der Vorhaut im Kindesalter jemanden hindern kann, später einmal aus einem Religionsverband auszutreten, wird nicht erläutert. Es

3 Urteil: zu finden unter www.nrwe.de, Landgericht Köln 151 Ns 169/11 vom 7.5.2012.

wird auch darauf verzichtet, kirchliche oder sonstige Vereinigungen zu nennen, die von männlichen Beitrittsaspiranten den Nachweis einer intakten Vorhaut verlangt.

Eine versöhnliche Lesart der Begründung des Kölner Landrichters wäre, dass der Staat eine Beschneidung der Knaben per Gesetz nicht erzwingen darf, während eine durch die Eltern veranlasste Beschneidung vor dem Staat gar nicht gerechtfertigt werden muss. Das wäre nichts ungewöhnliches, sondern wie bei vielen Fragen von Lebensstil und Bekenntnis gute zivile Ordnung.

Martin Fochler

Aktion in Hamburg

Stoppt Frontex! Stoppt das Sterben im Mittelmeer!

AktivistInnen solidarisieren sich mit Boats4people-Aktionen in Tunesien. / Eine riesiges Transparent zierte die Binnenalster!

Die Boats4People („Boote für die Menschen“) AktivistInnen in Tunesien protestieren gegen das Sterben im Mittelmeer. Wir in Hamburg auch.

Mehr als 80 Leute an Land und in diversen Tretbooten und Kanus demonstrierten am 13. Juli auf der Alster, in der Hamburger Innenstadt ihre Solidarität mit Boats4People, mit den Aktionen, Workshops und Demos, die

gegenwärtig in Tunesien stattfinden. Ein zwanzig Meter großes Transparent wurde auf der Alster gehisst: „Boats4-People statt Frontex“. Eine Kundgebung an Land informierte die zahlreich vorbeilaufenden Menschen.

Seit fast zwei Wochen sind AktivistInnen aus verschiedenen europäischen und afrikanischen Ländern zunächst in Italien und seit einer Woche in Tunesien unterwegs, um gegen das Sterben von Flüchtlingen und MigrantInnen im Mittelmeer zu demonstrieren, um zusammenzukommen und zu protestie-

ren. Die EU-Abschottungspolitik mit ihrem mörderischsten Ausdruck Frontex¹ ist verantwortlich für tausende Tote im Mittelmeer in den vergangenen Jahren. Europa macht seine Grenzen dicht, Frontex schützt diese Grenzen und die Menschen müssen auf immer gefährlicheren Wegen versuchen, nach Europa zu kommen.

Solidarität mit den Boats4people-Protesten und Solidarität mit all denen, die die Grenzen zu überwinden versuchen.

Stoppt das Sterben im Mittelmeer! Abolish Frontex! Boats4People! No one-is-illegal!

Lokalberichte Hamburg, Kein mensch ist illegal am 13.7.2012 auf Indymedia, <http://kein-mensch-ist-illegal-hh.blogspot.de>. Fotos: Foto-ArchivKollektiv



1) Erläuterung zu Frontex aus Wikipedia: Die Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen (kurz Frontex, aus dem Französischen für Frontières extérieures) ist eine Gemeinschaftsagentur der Europäischen Union mit Sitz in Warschau.

Sie ist zuständig für die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten an den Außengrenzen der EU. Frontex wurde im Jahr 2004 durch die Verordnung (EG) 2007/2004 des Rates der Europäischen Union vom 26. Oktober 2004 errichtet.

Aufgaben:

Die Agentur koordiniert die operative Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten im Bereich des Schutzes der Außengrenzen, unterstützt die Mitgliedstaaten bei der Ausbildung von nationalen Grenzschutzbeamten und legt unter anderem gemeinsame Ausbildungsnormen fest.

Außerdem erstellt sie Risikoanalysen, verfolgt die Entwicklungen der für die Kontrolle und Überwachung der Außengrenzen relevanten Forschung, unterstützt die Mitgliedstaaten in Situationen, die eine verstärkte tech-

nische und operative Unterstützung an den Außengrenzen erfordern, und leistet die erforderliche Hilfe bei der Organisation gemeinsamer Rückführungsaktionen der Mitgliedstaaten. Nach der EU-Strategie der inneren Sicherheit soll Frontex in Zukunft einen stärkeren Beitrag zur Kriminalitätsbekämpfung an den Grenzen leisten.

Die rechtliche Grundlage von Frontex bietet die am 26. Oktober 2004 vom Rat der EU erlassene Verordnung (EG) 2007/2004 zur Errichtung einer Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Europäischen Union, ergänzt durch die von Parlament und Rat der EU am 11. Juli 2007 erlassene Verordnung (EG) 863/2007 über den Mechanismus zur Bildung von Soforteinsatzteams für Grenzsicherungszwecke und zwar Änderung der Verordnung (EG) 2007/2004 des Rates hinsichtlich dieses Mechanismus und der Regelung der Aufgaben und Befugnisse der abgestellten Beamten.

Im Mai 2005 nahm Frontex daraufhin die Arbeit auf.

Syrien – ohne Perspektive?

Die Mischung von Problemen ist geeignet, an einem glimpflichen Ausgang des Bürgerkriegs in Syrien zu zweifeln. Das Regime von Assad scheint nicht mehr in der Lage, Stabilität herzustellen. Die Ursache sind vor allem Strukturmängel, wie sie auch schon in Libyen und Ägypten zu Tage getreten sind: Die enge Verknüpfung von Militär, politischer Gewalt und Wirtschaft ist (heute) kein Entwicklungsweg. Was einst unter Nasser in Ägypten, der Baath-Partei im Irak und Syrien als antikolonialer Kampf mit Hoffnungen auf Verbesserung der Lage breiter Massen begann, gerät zunehmend in innere und äußere Isolierung. In Syrien kommt dazu, dass das herrschende Militär aus geschichtlichen Gründen mit einer Minderheit, den Alawiten*, verbunden ist, wodurch die mehrheitlich sunnitische Opposition den Konflikt religiös aufladen kann.

Die Destabilisierung dieser Regimes sind aber nicht nur ein Ergebnis von innerer Opposition: In Libyen kam es zum direkten militärischen Eingreifen durch einige Nato-Staaten. Im Falle Syrien wäre die Phase des offenen Bürgerkriegs nicht eröffnet worden ohne die erheblichen Mittel und Bündnisversprechen aus anderen arabischen Staaten.

Wie die Presse einhellig schreibt, sind es die Saudis und andere Ölstaaten am Golf, die den Krieg finanzieren, ironischerweise Staaten, die ganz ähnliche Defekte ausweisen, nur dass hier auch noch die Religion mit dem Besitz und der Militärmacht verwoben

Kritik:

Zahlreiche Menschenrechtsorganisationen kritisieren Frontex in Zusammenhang mit militärischen Flüchtlings-Abwehrmaßnahmen in der Mittelmeer-Region.

Dabei kommt ein Rechtsgutachten des European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR) zu dem Schluss, dass die EU-Grenzschützer auch außerhalb der Territorien der EU-Staaten – also etwa auch auf hoher See jenseits der 12-Meilen-Zone – an Flüchtlings- und Menschenrechte gebunden sind.

Mitten auf dem Meer aufgegriffene Flüchtlinge haben demzufolge das Recht, einen Asylantrag zu stellen. Sie dürfen auch nicht zurückgeschoben werden, wenn ihnen möglicherweise Verfolgung oder Misshandlung droht. Um Flüchtlinge nicht bis zur Mittelmeerküste gelangen zu lassen, wird auch die Einrichtung von Lagern in entlegenen Wüstengebieten unterstützt. Hierzu zählen in Libyen die Kufra-Oasen und Sabha.

ist. Die Politik des Westens spielt mit der Destabilisierung Syriens und setzt gleichzeitig auf die Stabilisierung der Saudis, dies offenbar wegen der Interessen Weltwirtschaft am stetigen Fluss der Energie und in direkter Beziehung damit als Gegengewicht zu Iran.

Die Gesellschaft Syriens weist alle spezifischen Problemlagen des Mittleren Ostens aus, erhebliche Unterschiede der landwirtschaftlichen Produktivität in der Fläche, daher über die Jahrhunderte hin die Tendenz zu kleinräumigen Gesellschaften, die spezifische Kulturen ausbilden. Die Zentralmacht, namentlich das Osmanische Sultanat hat sich mehr auf eine Art Oberherrschaft und die Ablieferung von Steuern konzentriert und nicht auf die politische Durchdringung des Ganzen.

Die Modernisierung der syrischen Gesellschaft erfolgte nach dem Muster der Jungtürken, aber mit einer eigenen Ideologie, dem Baathismus, der auch im Irak wirkte.

Der syrische Bürgerkrieg ist deswegen so erschreckend, weil er mit völlig unklaren Perspektiven geführt wird.

Es ist nicht unwahrscheinlich, dass sich auf diesem Territorium ein abhängiges politisches Gebilde entwickeln wird. Damit entsteht ein neues Spannungsfeld zwischen den wahabitischen Saudis, die vor allem von den USA gestützt werden, und der modernisierten islamischen Türkei, die Mitglied der Nato ist. Der Iran wird weiterhin mit seinen bisherigen Verbündeten im syrischen Regime versuchen, destabilisierend wirken.

In den 1990er Jahren versuchte die PKK, sich aus einer überwiegend militärischen Organisation in eine verhandelnde politische Partei zu verwandeln, die USA und die EU torpedierten den Versuch. Nach Auffassung der PKK machte die besondere Situation der auf vier Staaten verteilten Kurden deutlich, dass eine Entwicklung der Region nur mit einem regionalen Konzept möglich sein würde. Die PKK prägte dafür den Begriff der Mittel-Ost-Föderation. Vielleicht steht eine solche Föderation am Ende einer qualvollen politischen Entwicklung dieser Weltregion. Die Faktoren sind da: Erfordernis des wirtschaftlichen Austauschs, die übergreifend zu regelnde Wasserwirtschaft, die kulturellen Differenzen zwischen den in ihren Siedlungsgebieten miteinander verwobenen Ethnien, die es völlig unmöglich machen, ideologisch homogene Staaten zu bilden.

Da die Kräfte des Baath-Regimes zu umfangreich sind, um ausgeblendet zu werden, aber gleichzeitig unfähig, die diktatorische Macht zu behaupten, kann der Krieg nicht durch Sieg beendet werden, er muss erlöschen. Ähnlich ist das im Irak, wo sich zeigt, dass dieser Prozess des Erlöschens äußerst langwierig ist.

Die Befriedung einer solchen Situation ist nur möglich, wenn sich eine wirtschaftliche Perspektive bietet, und diese bietet sich, sobald der Krieg sich nicht mehr finanziert. Der syrische Bürgerkrieg kann nicht auf Dauer von außen finanziert werden, dazu ist das Land zu groß. Also entsteht eine wirtschaftliche Perspektive und sie entsteht umso rascher, je klarer wird, dass die Kriegshandlungen ins Leere führen.

Linke, menschenrechtlich orientierte Politik wird deswegen die Unterstützung der Kriegshandlungen angreifen, namentlich die Aufrüstung der Saudis, deren Militärmacht mangels eigener industrieller Basis von Lieferungen abhängt. Sie muss auf jeden Fall die Zuflucht für Menschen in Not fördern, den Menschen ermöglichen, sich dem Bürgerkrieg durch Flucht zu entziehen.

Das Horrorszenario wäre eine Kampf um die Hegemonie zwischen dem religiös dominierte Iran und den Saudis, die ihre wegen fehlender industrieller Basis strukturelle Abhängigkeit vom Westen durch wahabitische Strenge überspielen, und der in der Nato verankerten Türkei.

Alfred Küstler

* Nusairier, auch Alawiten, sind Teil der nahöstlichen, schiitischen Gemeinschaft. Politisches Gewicht gewannen die Nusairier erstmals 1963 durch die Machtübernahme der Baath-Partei im Jahre 1963 in Syrien, da ein großer Teil der Machthaber in der Partei und Armee Nusairier waren. Dass viele Nusairier im Offizierskorps sind, liegt darin, dass der bäuerlichen Bevölkerung Geld fehlt, um sich vom Militärdienst freizukaufen (nach Wikipedia).

Norwegen: Streik der Ölarbeiter

Seit dem 8. Juli streiken in Norwegen 700 Offshore-Arbeiter des Ölkonzerns Statoil. Der Streik hat die Gasfelder Heidrun und Oseberg lahmgelegt. Die Verhandlungen zwischen Statoil und der Gewerkschaft Industri Energi waren gescheitert, weil Statoil die Frühverrentung abschaffen will. Der Ölkonzern droht mit Aussperrung. Der Drohung war ein zwölf-tägiger Verhandlungsmarathon mit den Gewerkschaften vorausgegangen. Norwegen ist nach Russland der zweitwichtigste Lieferant von Erdgas nach Europa.

Quelle: <http://www.randzone-online.de>, Labournet 10.7.2012

Kasachstan: Gerechtigkeit für die Ölarbeiter

Seit mehreren Monaten finden Gerichtsprozesse im Zusammenhang mit den tragischen Ereignissen in Zhanaozen am 16. Dezember 2011 statt. Ein vielmonatiger Konflikt zwischen Ölarbeitern und dem Management der Ölfirmen, dessen Eskalation von den Behörden geduldet worden war, endete in heftigen Unruhen und unkontrollierter Gewaltanwendung seitens der Polizei, was zum Tod von 17 Menschen und Dutzenden Verwundeten führte. Nicht nur Ölarbeiter kamen ums Leben und wurden verletzt, auch kasachische Bürger, die mit dem ursprünglichen Arbeitskonflikt nichts zu tun hatten. Dutzende Personen, deren Beteiligung umstritten ist, wurden danach angeklagt. Viele sind zu unterschiedlich langen Gefängnisstrafen verurteilt worden. Während des Prozesses haben internationale Beobachter und Vertreter von Amnesty International, Human Rights Watch und der OSZE, Menschenrechtler und Journalisten zahlreiche Verletzungen eines fairen Verfahrens beobachtet. Fast alle Angeklagten und einige Zeugen sagten, dass sie im Lauf der Untersuchung gefoltert wurden, aber die Verfahren wurden nicht eingestellt. Sie fanden in einer Atmosphäre extremer Anspannung und in einer Situation nahe dem Ausnahmezustand in der Region statt. Die internationale Gewerkschaftsbewegung fordert, die Strafen neu zu verhandeln, alle Fälle von Folter und Provokation genau zu untersuchen, und die kasachische Gesetzgebung zu ändern, die den „Aufruf zu sozialem Unfrieden“ kriminalisiert und selektiv angewendet wird, um Gewerkschafter, Menschenrechtler und öffentlich bekannte Personen unter Druck zu setzen.

Quelle: <http://www.labourstartcampaigns.net> in Zusammenarbeit mit der Konföderation Freier Gewerkschaften in Kasachstan, der Konföderation der Arbeit von Russland, unterstützt vom Internationalen Gewerkschaftsbund



Unilever, Indien: Nach fünf Jahren immer noch Warten auf Anerkennung und Rechte; Beschäftigte versammeln sich an einer Gewerkschaftszusammenkunft.

Menschenrechtsverletzungen durch Unilever

Seit fünf Jahren wird den Beschäftigten der Unilever-Fabrik in Doom Dooma, Assam, Indien, das Recht vorenthalten, frei die Gewerkschaft zu wählen, von der sie sich vertreten lassen wollen, um ihre Beschäftigungsbedingungen auszuhandeln. In einer von der IUL und Unilever unter der Ägide der britischen Regierung im Jahr 2010 unterzeichneten Vereinbarung wurden Verfahren zur Lösung des Problems festgelegt. Den Beschäftigten sollte die Möglichkeit gegeben werden, ihre Gewerkschaft unter Bedingungen der Sicherheit und Anonymität zu wählen; die Ergebnisse sollten von einem in beiderseitigem Einvernehmen bestimmten Dritten überprüft werden. Die Mehrheitsgewerkschaft sollte die neue Kollektivvereinbarung aushandeln, sobald die Vereinbarung, die von der Betriebsleitung und der von ihr während der brutalen Aussperrung im Jahr 2007 geschaffenen Gewerkschaft zusammengeschustert worden war, in diesem Jahr ausläuft.

Seit der Unterzeichnung der Vereinbarung hat das Unilever-Management eine endlose Reihe von Verzögerungen und Provokationen in die Wege geleitet, um dafür zu sorgen, dass diese Vereinbarung nicht umgesetzt wird. Am 19. Juni inszenierte das indische Unilever-Management eine gefährliche Provokation, um seine Verachtung für die Beschäftigten, deren Gewerkschaft und die mit der IUL unterzeichnete Vereinbarung zu zeigen. Das Unternehmen schickt sich an, eine neue Vereinbarung mit einer illegitimen Organisation zu unterzeichnen, um die Rechteverweigerung für mindestens vier weitere Jahre festzuschreiben.

Am 20. Juni reichte die IUL eine formelle Beschwerde bei der britischen Nationalen Kontaktstelle für die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen ein, in der Unilever für seine schweren Menschenrechtsverlet-

zungenrechenschaftspflichtig gemacht wird. Mit dieser jüngsten Beschwerde gegen Unilever steigt die Zahl der gegen dieses Unternehmen eingeleiteten Verfahren wegen Verstößen gegen die Leitsätze auf zehn, womit es der Rekordhalter unter den Konzernen ist.

Die IUL wird mit allen verfügbaren Mitteln dafür kämpfen, dass die Rechte ihrer Mitglieder in Doom Dooma wie auch anderenorts in vollem Umfang eingehalten werden.

Quelle: <http://www.iuf.org>, 2.7.2012

USA: Aussperrung von 8 500 Arbeitern bei Con Ed

Seit Mitte Juli sind 8 500 Arbeiter beim US-Energiekonzern Consolidated Edison (Con Ed) in New York ausgesperrt, nachdem die Verhandlungen über einen neuen Tarifvertrag gescheitert und der alte Tarifvertrag ausgelaufen war. Con Edison versorgt New York City und die Bundesstaaten New York, New Jersey und Pennsylvania mit Strom. Derzeit herrschen sehr hohe Temperaturen in New York und der Energiebedarf ist entsprechend gestiegen. IndustriALL affiliate, die Versorgungsarbeitergewerkschaft von Amerika, ruft zur Solidarität mit den 8 500 ausgesperrten Versorgungseinrichtungsarbeitern in New York auf.

Die Versorgungseinrichtungsgesellschaft Con Edison hat die Aussperrung verhängt als Teil ihres Plans, große Zugeständnisse von den Versorgungseinrichtungsarbeitern zu erreichen. Die verlangten Zugeständnisse beinhalten u.a. Forderungen zu Renten, Löhnen und der Gesundheitsversorgung, so soll der bestehende Ruhestandsplan für neue Angestellte ausgeschlossen werden und allen Arbeiter zusätzliche Gesundheitskosten zahlen. Der Versorgungseinrichtungsriese hat diese Forderungen gestellt, obwohl 2011 1 Milliarde Dollar Nettogewinn erreicht wurde.

Am 17. Juli wurde eine lange Versammlung auf dem Union Square in

Manhattan unter Beteiligung der aus-
geschlossenen Arbeiter abgehalten.
Die Versammlung war organisiert von
der staatlichen American Federation of
Labor and Congress of Industrial Or-
ganizations (AFL-CIO) und dem New
Yorker Stadtarbeiterrat. „Sie wollen
uns alles nehmen, was wir in fünfzig
Jahren erkämpft haben“, so Gewerk-
schafter Tony Ballone. „Wir sind die
Ersthelfer, wir kommen bei Regen und
Schnee ... Alles was wir wollen ist
ein fairer Vertrag.“ Konzernsprecher
Mike Clendenon, der den Begriff „Aus-
sperrung“ nicht in den Mund nahm,
erklärte, dass beide Seiten „weit aus-
einander liegen“. Die IndustriALL
Global Union hat an die Leitung von
Consolidated Edison geschrieben und
sie aufgefordert, die Aussperrung zu
beenden und mitgeteilt, dass die For-
derungen unakzeptabel sind. Der Ge-
neralsekretär von IndustriALL, Jyrki
Raina, schrieb: „Ich fordere Sie auf,
ein Ende zu bereiten mit den unak-
zeptablen Aussperrung von Consolida-
ted Edison. IndustriAll Global Union
steht an der Seite von UWUA in ihrer
Forderung für eine faire und gerechte
Lösung gegen die bössartigen Angriffe
auf ihre Mitglieder“.

Quelle: <http://www.industrialall-union.org>,
19.7.2012

Türkei: Solidarität mit den entlasse- nen THY-Mitarbeitern

Seit eineinhalb Monaten kämpfen die
Mitarbeiter der Turkish Airline THY
(Türk Hava Yolları) gegen ihre Entlas-
sung und für die Rücknahme des jüngst
gesetzlich verankerten Streikverbots.
Auf ihre gerechtfertigten Forderungen
antwortet die THY-Geschäftsleitung
mit zunehmender Repression. Starke
Rückendeckung bekommt die THY-
Geschäftsleitung von der AKP-Regie-
rung, die das Streikverbot für die THY-
Mitarbeiter politisch verantwortet.

Hintergrund: Nachdem die Tarifver-
handlungen zwischen der Luftfahr-
gewerkschaft Hava-Is und der THY
auch nach monatelangen Gesprächen
ergebnislos blieben, sollte das in strei-
tigen Tarifverhandlungen geltende
Schlichtungsverfahren die Einigung
herbeiführen. Doch dazu kam es nicht.
Die AKP-Regierung, die u.a. einen Ar-
beitskampf der Mitarbeiter befürchte-
te, reagierte im Eiltempo mit einem
gesetzlichen Verbot des Streikrechts
für Mitarbeiter im Personenluftver-
kehr. Die THY-Mitarbeiter ließen sich
jedoch nicht einschüchtern und protes-
tierten gegen das neue Gesetz mit ei-
nem eintägigen Warnstreik. Die THY-
Geschäftsleitung kündigte daraufhin
per SMS 305 Mitarbeitern wegen „Teil-
nahme an einer illegalen Aktion“.

Der Warnstreik der THY-Mitarbeiter
war legitim und erfolgte im Rahmen
nationaler und internationaler Ab-

kommen. Diejenigen, die sich mit ih-
rem Vorgehen außerhalb des Gesetzes
bewegen, sind die THY-Geschäftslei-
tung und die AKP-Regierung, die mit
eiserner Hand gegen grundlegende Ar-
beits- und Gewerkschaftsrechte vor-
gehen! Nicht zuletzt verstößt das neue
Streikgesetz sowohl gegen nationales
Gesetz wie auch gegen viele internati-
onale Abkommen: Es verletzt das ILO-
Übereinkommen Nr. 87 und Nr. 98, die
Europäische Sozialcharta, den inter-
nationalen Pakt über wirtschaftliche,
soziale und kulturelle Rechte (UNO-
Pakt I) sowie Artikel 90 der türkischen
Verfassung.

Die Forderungen nach besseren Ar-
beitsbedingungen bei THY sind nicht
nur die Mitarbeiter entscheidend, son-
dern auch für Millionen Fluggäste im
wahrsten Sinne des Wortes „lebens-
wichtig“. Denn bessere, menschliche
Arbeitsbedingungen bedeuten auch
mehr Sicherheit für die Fluggäste!

Quelle: <http://linke.cc> (Linke Opposition für ein
solidarisches Europa)

USA: Unterstützung im Kampf um Gewerkschaftsrechte bei T-Mobile

Prominente Politiker, Gewerkschafter
und Juristen haben in einem offenen
Brief von der Deutschen Telekom ge-
fordert, bei ihrer US-Tochter T-Mobile
Gewerkschaftsrechte anzuerkennen
und antigewerkschaftliche Praktiken
einzustellen. Unter den Unterzeich-
nern sind mehrere ehemalige Bundes-
minister wie Herta Däubler-Gmelin,
Gerhart Baum, Franz Müntefering,
Norbert Blüm und Peter Struck, Ab-
geordnete aus Bundestagsfraktionen,
der ehemalige Vorsitzende des Bun-
desarbeitsgerichts Thomas Dieterich,
der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel
sowie die ehemaligen Gewerkschafts-
vorsitzenden Hubertus Schmoldt (IG
BCE), Detlef Hensche (IG Medien) und
Lorenz Schwegler (HBV). In dem offe-
nen Brief heißt es unter anderem: „Die
Unterzeichner treten dafür ein, dass
auch die Beschäftigten der US-Töchter
Deutscher Unternehmen, insbesonde-
re auch von T-Mobile USA, frei ihr
uneingeschränktes Recht nutzen kön-
nen, sich ohne Angst für eine gewerk-
schaftliche Repräsentanz im Betrieb zu
entscheiden. Sie dürfen von Arbeitge-
bern weder beeinflusst, noch bedrängt
oder eingeschüchtert werden, wenn
sie ihr Grundrecht der Vereinigungs-
freiheit ausüben. Das Menschenrecht
auf Meinungsfreiheit umfasst insbe-
sondere auch dieses Recht.“ Die Deut-
sche Telekom wird aufgefordert „die
Zusammenarbeit mit US-Anwälten
einzustellen, deren Hauptaufgabe ist,
die Vertretung der Arbeitnehmerin-
nen und Arbeitnehmer im Betrieb zu
bekämpfen“. Lothar Schröder, Vor-
standsmitglied und Leiter des Tele-
kommunikations- und IT-Bereichs in

Verdi, hält sich zurzeit in
den USA auf, um dort, die
Communications Workers of
America (CWA) und die Be-
schäftigten der T-Mobile zu unter-
stützen. Wie notwendig solche Appelle
und Unterstützung sind, zeigt sich un-
ter anderem bei den in den USA lau-
fenden Tarifverhandlungen für eine
kleine Gruppe Techniker von T-Mobile.
„Es ist noch nicht einmal möglich, bei
einfachen Verhandlungsgegenständen,
wie das Anbringen einer Informations-
tafel für gewerkschaftliche Informati-
onen oder die vernünftige Ausstattung
der Techniker mit dem notwendigen
Handwerkszeug, Verständigungen
zu erzielen und das nach acht Ver-
handlungsrunden. Der teure Anwalt
hat die Deutsche Telekom inzwischen
vermutlich mehr Geld gekostet als alle
Forderungen der CWA zusammen. Das
grenzt an Absurdität“, sagte Schröder.
Bei der Organisation der T-Mobile-
Beschäftigten unterstützt Verdi ihre
US-amerikanische Schwesterorgani-
sation CWA durch vielfältige Aktivi-
täten, unter anderem mit einer Online-
Petition auf der eigens eingerichteten
Website www.WirErwartenBesseres.de.
Lothar Schröder will auch persö-
nlich an der nächsten Verhandlungsrunde
Mitte Juli in den USA teilnehmen.
„Es wird Zeit, dass die Deutsche Tele-
kom ihrem Anspruch gerecht wird, der
sozialste Arbeitgeber unter den Dax-
Unternehmen zu sein“, so Schröder.

Quelle: <http://www.verdi.de> 8. Juli 2012

Verdi fordert von H&M mehr Gesundheitsschutz

Die Gewerkschaft Verdi hat die Textil-
handelskette H&M aufgefordert, sich
an einem Programm der Firma PVH
zu beteiligen. Gemeinsam mit Nichtre-
gierungsorganisationen und Gewerk-
schaften will die Firma in Bangladesch
für die Verhinderung von Bränden in
den Textilfabriken, mehr Sicherheit
in den Gebäuden und die Einrichtung
von Gesundheitsschutz- und Arbeitssi-
cherheitsausschüssen sorgen. Zur Kon-
trolle sind externe Kontrolleur/innen
zwingend vorgeschrieben. Außerdem
erhalten die Arbeiter/innen in den Fa-
briken dann auch ein verbindliches
Beschwerderecht. „Dass sich H&M
als zweitgrößter Auftraggeber der
Bekleidungsindustrie in Bangladesch
an diesem Programm nicht beteiligen
will, ist ein skandalöses und unverant-
wortliches Verhalten“, kritisiert Ver-
di-Sekretär Johann Rösch. Ende 2011
hatte er mit Mitgliedern von H&M-Be-
triebsräten in Bangladesch Fabriken
besucht. Dabei sei klar geworden, dass
ohne die direkte Beteiligung der Be-
schäftigten und ihrer Gewerkschaften
keine Verbesserungen erzielt werden
könnten.

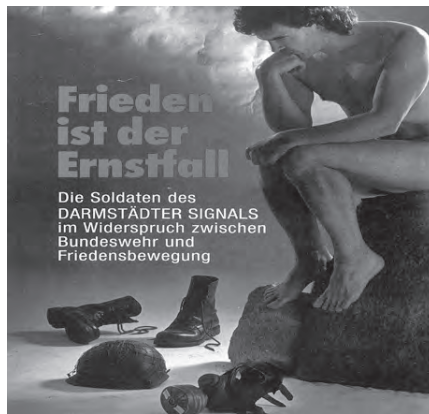
Quelle: Verdi News 9/Juni 2012

Aktionswoche gegen Bundeswehr in Schulen und Hochschulen

BERLIN. Die Bundeswehr drängt an die Schulen und Hochschulen! In immer mehr Bundesländern schließt sie Kooperationsvereinbarungen mit den Kultusministerien und sichert sie ihren Jugendoffizieren Zugang in die Klassenzimmer. Die GEW und andere rufen zu einer bundesweiten Aktionswoche vom 24. bis 29. September gegen den Einfluss der Bundeswehr und der Rüstungsindustrie auf das Bildungswesen auf. Die Jugendoffiziere gestalten als „Experten für die politische Bildung“ in den Schulen den Unterricht, entwerfen Lehrmaterialien, organisieren Ausflüge in Kasernen oder andere Seminarfahrten und üben zunehmend Einfluss auf die Ausbildung von Lehrkräften aus. Auch die Wehrdienstberater und Wehrdienstberaterinnen kommen regelmäßig und immer häufiger in Schulen, um Jugendliche offensiv für den Dienst an der Waffe anzuwerben. Auch an den Hochschulen wird eine zunehmende Militarisierung der Forschung und Lehre immer deutlicher. Dagegen sollen in vielen Städten dezentral bunte, kreative und öffentlichkeitswirksame Aktionen und Veranstaltungen stattfinden, um Politik und Öffentlichkeit auf die Problematik der zunehmenden Militarisierung des Bildungssystems aufmerksam zu machen. Die GEW fordert die sofortige Kündigung der bestehenden Kooperationsvereinbarungen zwischen Kultusministerien und der Bundeswehr sowie die flächendeckende Einführung und Einhaltung von Zivilklauseln um eine Lehre und Forschung an Hochschulen zu garantieren, die ausschließlich zivilen Zwecken dient. www.gew.de

Geplante Sonderjustiz beunruhigt Soldaten

WÜRZBURG. Abkehr von den Lehren aus der deutschen Geschichte? Der Arbeitskreis Darmstädter Signal – das kritische Forum für Staatsbürger in Uniform – spricht sich auf seinem 86. Arbeitstreffen gegen die Bestrebungen der Bundesregierung aus, gleichsam durch die Hintertür eine neue Militärjustiz einzuführen. Der geplante Gerichtsstand für die Angehörigen der Bundeswehr im Ausland, der in Kempten (Bayern) angedacht ist, hätte den Charakter einer Sonderjustiz, die wir ausdrücklich ablehnen. Sie würde den Soldaten in Auslandseinsätzen eine rechtliche Sonderstellung zuweisen, die dem Leitbild des Staatsbürgers in Uniform entgegensteht. Es wird behauptet, mit dem geplanten Gerichtsstand könne die rechtliche Stellung der Soldaten verbessert werden. Nicht gesagt wird, dass eine solche neue Militärjustiz in Gestalt eines gesonderten



Gerichtsstandes schon von den Strukturen her die Tendenz in sich birgt, nach den Gesichtspunkten politischer und militärischer Interessen zu werten. Die historische Erfahrung lehrt, dass die Militärjustiz jeweils nach dem Motto urteilte: „Recht ist, was den Waffen nützt!“ Was dabei auf der Strecke bleibt, sind der Schutz der Zivilbevölkerung in bewaffneten Konflikten und der Schutz kritischer Soldaten, die es ernst nehmen mit dem Gebot des Soldatengesetzes, rechtswidrigen Befehlen (Straftaten) nicht Folge zu leisten. Mitglieder des Arbeitskreises, die an der Rechtmäßigkeit bestimmter Auslandseinsätze der Bundeswehr Zweifel hegten, haben die einschlägige Erfahrung gemacht, dass ihre Interessen bei normalen Zivilgerichten weit besser aufgehoben waren als bei militärischen Justizeinrichtungen, wie z.B. Truppendienstgerichten. Unser Rechtsstaat braucht keine Sonderjustiz, deren Hauptzweck es sein würde, den Weg einer militärisch instrumentalisierten Außenpolitik in rechtlicher Hinsicht gleichsam „wasserdicht“ zu machen, wodurch militärische Übergriffe gegen die Zivilbevölkerung fremder Länder legalisiert würden. www.darmstaedter-signal.de/

Bundesweites Antifacamp in Dortmund

DORTMUND. Vom 24.8.2012 bis zum 2.9.2012 planen autonome und antifaschistische Gruppen aus NRW ein strömungsübergreifendes, bundesweites Antifacamp in Dortmund. Dortmund spielt mit dem jährlich stattfindenden Naziaufmarsch zum Antikriegstag eine wichtige Rolle für die bundesweite Naziszene. Ziel ist es, die von den Nazis ausgerufenen „Aktionswochen“ deutlich zu stören und gemeinsam mit den Dortmunder Bündnissen dem rechten Aufmarsch am 1. September Widerstand entgegenzusetzen. Auch geht es uns darum, ein Experimentierfeld für antifaschistische Kämpfe zu schaffen und Erfahrungen bundesweit austauschen zu können. Neben der Notwendigkeit den Nazis sprichwörtlich einen Strich durch ihre Mobilisierung zu machen, soll das Camp dazu genutzt wer-

den, Antinaziarbeit mit Themen wie gesellschaftlichem und staatlichem Rassismus zu verbinden, die soziale Frage klar antiautoritär und antifaschistisch zu stellen und progressive antimilitaristische Akzente zu setzen.

<http://sicherheitskonferenz.de>

BI Umweltschutz schickt Bundesumweltminister Fragenkatalog

LÜCHOW-DANNENBERG. Ende Juni hatten die Umweltschützer Peter Altmaier (CDU) zu seiner Ernennung als Bundesumweltminister gratuliert und ihn postwendend nach Gorleben eingeladen. Inzwischen hat Altmaier geantwortet und bestätigt, dass er dem Standort Gorleben in den nächsten Wochen einen Besuch abstatten würde und zu Gesprächen bereit sei. Die Gorleben-Gegner konkretisieren in einem Schreiben des BI-Vorsitzenden Martin Donat die Gesprächsthemen. Unter anderem soll es bei dem Treffen um die, aus Sicht der BI, unklare Rolle des Standorts Gorleben im Kontext eines Endlagersuchgesetzes und die fehlende gesamtgesellschaftliche Debatte über den Umgang mit Atommüll gehen. „Der Gesetzentwurf, wie er heute vorliegt, ist eine Ansammlung von Unzulänglichkeiten und Finten. So wie es ist, ist das Gesetz für uns als Bürgerinitiative nicht hinnehmbar und wird auf starken Widerstand stoßen. Nicht nur am Standort Gorleben“, gibt Lennart Müller, Sprecher der BI, dem Umweltminister zu bedenken.

www.bi-luechow-dannenberg.de

67. Jahrestag der Atombombenabwürfe am 6. und 9. August

BERLIN. Im August 1945 warfen die USA über den japanischen Städten Hiroshima und Nagasaki eine Atombombe ab. Über 60 000 Menschen wurden durch die Explosionen getötet. Hunderttausende starben später infolge ihrer Verletzungen und der Strahlenbelastung. Bundesweit wird um den 6. bis 9. August, den Jahrestagen der Bombardierungen Hiroshimas und Nagasakis in unzähligen Veranstaltungen der Opfer dieser unfassbaren Katastrophe gedacht. In einem Aufruf „67 Jahre Hiroshima/Nagasaki: 5 vor 12. Atomwaffenfrei. jetzt.“ heißt es am Ende: „Wir erwarten von der deutschen Politik: Halten Sie Ihr Versprechen und setzen Sie sich weiter mit Nachdruck für den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland ein! Widersprechen Sie der Modernisierung der US-Atomwaffen! Setzen Sie sich für eine atomwaffenfreie Zone im Nahen und Mittleren Osten ein! Unterstützen Sie ein verbindliches Verbot und die Vernichtung aller Atomwaffen weltweit, z.B. durch Aufnahme in die jeweiligen Bundestagswahlprogramme.“ www.atomwaffenfrei.de

Gewerkschaftspolitische Ratschlag am 22./23. September

FRANKFURT A.M. Der gewerkschaftspolitische Ratschlag findet am 22. und 23. September 2012 in Frankfurt/Main im Bürgerhaus Gallus in der Frankenallee 111 statt. Referenten sind u.a. Frank Deppe und Bernd Riexinger. Hauptreferat: „Gewerkschaftspolitik in der Krise / Aufgaben und Initiativen der Linken in den Gewerkschaften“ sowie Workshops zu folgenden Themen: Arbeitszeitverkürzung, Prekariisierung, Tarifrunden / Entgeltstruktur, Tarifeinheit / Streikrecht, neue Generation. Veranstalter sind: Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken, Netzwerk für eine kämpferische und demokratische Verdi, Verdi-Linke, LabourNet Germany, Redaktion express / AFP e.V., AG Betrieb und Gewerkschaft der Partei „Die Linke“, Forum Gewerkschaften der Zeitschrift Sozialismus, DKP AG Betrieb und Gewerkschaft.

www.labournet.de/GewLinke/index.html

Amnesty fordert Freilassung der „Pussy Riot“-Mitglieder

BERLIN. Am 20. Juli begann in Moskau der Prozess gegen drei Musikerinnen der Band „Pussy Riot“. Amnesty International fordert die sofortige und bedingungslose Freilassung der drei Frauen. Ihnen wird zur Last gelegt, in der Christ-Erlöser-Kathedrale in Moskau am 21. Februar 2012 ein „Punk-Gebet“ gegen Wladimir Putin aufgeführt zu haben. Amnesty International betrachtet sie als gewaltlose politische Gefangene. „Es ist schon unverhältnismäßig, dass sich die Frauen seit mehr als vier Monaten wegen eines Tatvorwurfs in Untersuchungshaft befinden, der allenfalls den Tatbestand einer Ordnungswidrigkeit erfüllen kann“, sagt Peter Franck, Russland-Experte von Amnesty International. „Der Umstand, dass die Ermittlungsbehörden sie wegen Rowdytums angeklagt haben und den Frauen damit Freiheitsstrafen von bis zu sieben Jahren drohen, lässt befürchten, dass ein Exempel statuiert werden soll. Ein unabhängiges Gericht könnte dem ein Ende machen. Aber das

Moskauer Gericht hat den Angeklagten und ihren Verteidigern nur wenige Tage gewährt, um immerhin sieben Bände Ermittlungsakten zu lesen und Stellung zur Anklage zu nehmen. Das lässt keinen fairen Verlauf des Verfahrens erwarten. Wir fordern die internationale Öffentlichkeit auf, das offenbar in die Sommerpause gelegte Verfahren genau zu verfolgen“, so Franck weiter.

www.amnesty.de

Endlich! Bremerhaven reformiert Bürgerbegehren

BREMERHAVEN. Die Bremerhavener Stadtverordnetenversammlung hat am Donnerstag nachmittag einstimmig die Reform von Bürgerbegehren und Bürgerentscheid beschlossen. Damit ist die Reform im zweiten Anlauf, nachdem die Reform im Februar 2011 nicht die nötige Zweidrittelmehrheit erreichte, endlich beschlossen. Kernpunkt der Änderungen ist die Senkung von Unterschriftenquorum (von 10 auf 7,5 Prozent) und Zustimmungsquorum (von 30 auf 20 Prozent) sowie die Erweiterung des Themenkataloges, zu denen Bürgerbegehren zulässig sind. So sind in Zukunft z.B. Bürgerbegehren über Bebauungspläne rechtlich möglich. Wichtig ist auch die neu eingeführte aufschiebende Wirkung, wodurch die Schaffung vollendeter Tatsachen verhindert wird. Darüber hinaus gibt es in einer Reihe von Detailfragen sinnvolle Verbesserungen. Tim Weber, Landesgeschäftsführer von Mehr Demokratie e.V. Bremen/Niedersachsen, bewertet diese Reform so: „Der Schritt ist lange überfällig und geht in die richtige Richtung, ist aber zu klein. Eine mutige Reform sieht anders aus.“ Aus unserer Sicht sind die Hürden für eine Großstadt nach wie vor zu hoch und Fragen wie die Privatisierung öffentlichen Eigentums oder die Direktwahl des Oberbürgermeisters sind leider auch zukünftig vom Bürgerbegehren ausgeschlossen.

www.demokratie.mine.nu/

Rente für Gefangene

KÖLN. Das Komitee für Grundrechte und Demokratie fordert die Bundesregierung erneut auf, die Einbeziehung arbeitender Strafgefangener in das Rentenversicherungssystem endlich umzusetzen. Das Grundrechtekomitee hatte im Mai 2011 eine Petition für die Einbeziehung Strafgefangener in die Rentenversicherung gestartet (Pet 3-17-11-8213-024157), die inzwischen von über 5.300 Personen getragen wird. Darunter sind über 3.200 Strafgefangene aus etwa 60 Justizvollzugsanstalten. Der Petitionsausschuss hat

nun – über ein Jahr nach Einreichen der Petition – erneut mitgeteilt, dass die Behandlung der Petition „noch längere Zeit dauern“ werde. Die Berichterstatter hätten ihre Voten noch nicht abgegeben. Die fortgesetzte Verschleppung dieser für viele Gefangenen existentiellen Forderung hält das Grundrechtekomitee für einen Skandal. Die Exklusion der Gefangenen aus den Sozialsystemen muss beendet werden. Die Einbeziehung von Gefangenen war vom Gesetzgeber bereits im Strafvollzugsgesetz von 1976/77 vorgegeben, ist aber nie realisiert worden. Das besondere Bundesgesetz, mit dem der Einbezug von Gefangenen in die sozialen Versicherungssysteme gewährleistet werden sollte, ist bis heute nicht erlassen worden. www.grundrechtekomitee.de/

Jetzt wird unfairteilt – Bundesweite Aktion am 29. September



BERLIN. Am 29. September 2012 wird der Aktionstag „UmFAIRteilen – Reichtum besteuern“ in Berlin, Frankfurt/M., Köln und in weiteren Städten in ganz Deutsch-

land stattfinden. Soziale Gerechtigkeit steht auf dem Programm. Die DGB-Jugend ist mit dabei und tritt neben 22 anderen Organisationen als Träger auf. Fehlende Kita-Plätze, geschlossene Bibliotheken, ein Nahverkehr zum Grausen: Der öffentlichen Hand fehlt das Geld für wichtige Investitionen. Dem gegenüber stehen gigantische private Vermögen. Die DGB-Jugend meint: Es reicht. Die großen Vermögen müssen wieder an der Finanzierung des Gemeinwesens beteiligt werden – mit einer einmaligen Vermögensabgabe und einer dauerhaften Vermögensteuer. Denn acht Billionen Euro privates Vermögen – das meiste in den Händen weniger – steht bankrotten Haushalten gegenüber. Forderungen dieser Art lassen sich nur in Zusammenschlüssen durchsetzen. Die DGB-Jugend hat sich deshalb entschlossen, das Bündnis „UmFAIRteilen“ zu unterstützen und als Träger aufzutreten. Der Fokus des Bündnisses liegt auf dem bundesweiten Aktionstag am 29. September 2012. Das Bündnis fordert: eine dauerhafte Vermögenssteuer sowie eine einmalige Vermögensabgabe, am besten europaweit koordiniert, einen konsequenten Kampf gegen Steuerflucht und Steueroasen und eine Steuer auf Finanzmarktgeschäfte, gegen die Spekulation und zur Bekämpfung der Armut, weltweit.

www.dgb-jugend.de/



Gelsenkirchener Appell

Die Unterzeichner richten an den Bund und das Land NRW den Appell, einen sozial ausgerichteten Arbeitsmarkt für dauerhaft nicht vermittelbare Arbeitslose zusammen mit den örtlichen Akteuren in Gelsenkirchen aufzubauen.

Trotz positiver Konjunkturentwicklung werden viele Leistungsberechtigte des SGB II keine Beschäftigung am Ersten Arbeitsmarkt finden. 6 von 7 Arbeitslosen in Gelsenkirchen beziehen Arbeitslosengeld II, und das bereits seit langer Zeit. Gründe hierfür sind: vor allem fehlende Arbeitsplätze bei einer dauerhaft hohen Arbeitslosenquote, aber auch geringes Qualifizierungspotential, gesundheitliche und persönliche Probleme.

Wir sehen uns in der lokalen gesellschaftspolitischen Verantwortung, diesen Menschen über einen „Sozialen Arbeitsmarkt“ eine sinnstiftende, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu geben, somit Teilhabe zu ermöglichen und damit wertschaffende Beiträge für die Stadtgesellschaft zu leisten. Die Durchlässigkeit zum Ersten Arbeitsmarkt wird dabei durch die aktivierenden und qualifizierenden Effekte gefördert und bleibt das vorrangige Ziel.

Ziel ist die Schaffung von bis zu 1 000 zusätzlichen und sozial ausgerichteten Arbeitsplätzen in Abhängigkeit von Förderbedingungen des Bundes und des Landes NRW.

Im lokalen Konsens können Finanzierungsbeiträge aus dem Eingliederungstitel SGB II des Integrationscenters für Arbeit erfolgen. Hinzu könnten eingesparte kommunale Mittel für Kosten der Unterkunft und eingesparte Bundesmittel für Arbeitslosengeld II eingebracht werden. Eine Aufstockung der genannten Finanzierungsbeiträge ist jedoch notwendig. Der Appell richtet sich an die Verantwortlichen in Bund und Land, gemeinsam mit den Unterzeichnern Wege und Mittel zu finden, das Vorhaben zu verwirklichen. Gelsenkirchen ist aufgrund der dargestellten Bedingungen in besonderer Weise darauf angewiesen, einen „Sozialen Arbeitsmarkt“ einzurichten.

Dabei sind sich die Beteiligten einig, dass die Vorrangigkeit des Ersten Arbeitsmarktes gegenüber öffentlich geförderter Beschäftigung gesichert sein muss. Durch die verfahrensmäßige Einbindung der Sozialpartner wird sichergestellt, dass öffentliche Beschäftigung zusätzlich und im öffentlichen Interesse ist. Auch die Sozialpartner wachen mit dem Integrationscenter für Arbeit Gelsenkirchen (IAG) darüber, dass die Verabredungen des Gelsenkirchener Appells eingehalten werden und ein Entgelt analog der Bürgerarbeit gezahlt wird.

Gelsenkirchener Appell für öffentlich geförderte Beschäftigung

Gelsenkirchen weist seit Jahren zusammen mit Duisburg die höchsten Arbeitslosenquoten in Nordrhein-Westfalen auf, im Juni waren es knapp 13 Prozent. Ein großes Problem ist die hohe Zahl von Langzeitarbeitslosen, die sich in einer SGB-II-Quote von 10,4 Prozent niederschlägt, das sind fast 23 000 von insgesamt 27 600 Arbeitslosen. Demgegenüber stehen aktuell 1 796 gemeldete Arbeitsstellen. Die negativen Folgen sind bekannt. Jetzt hat ein beeindruckend breites Bündnis von SPD, CDU, Grüne, FDP und Bürger-Bündnis, AWO, Caritasverband, Evangelische und Katholische Kirche, Jüdische Gemeinde, der Paritätische, die Diakonie, der DGB mit seinen acht Einzelgewerkschaften und der Oberbürgermeister Anfang Juli einen Appell an Bund und Land gerichtet, „einen sozial ausgerichteten Arbeitsmarkt für dauerhaft nicht vermittelbare Arbeitslose zusammen mit den örtlichen Akteuren in Gelsenkirchen aufzubauen“ (s. Kasten).

Das Entgelt soll analog zum Bürgergeld gezahlt werden. Das wären für 30 Wochenstunden 1080 Euro monatlich, wobei das Arbeitnehmerentgelt 900 Euro beträgt und der Rest Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung sind. Die Arbeitgeber sind beim Bürgergeld die Zuwendungsempfänger und können den Betrag aufstocken. Bei 20 Wochenstunden beträgt der maximale Förderbetrag inklusive Sozialversicherungsanteil 720 Euro. Der DGB kritisierte bei Einführung des Bürgergeldes vor zwei Jahren:

„Zu begrüßen ist, dass diese Beschäftigung im Gegensatz zu den Ein-Euro-Jobs – mit Ausnahme der Arbeitslosenversicherung – sozialversicherungspflichtig ist und die Bezahlung nach tariflichen Regeln erfolgen soll. Allerdings ist zu befürchten, dass diese Bezahlung in vielen Fällen nicht Existenz sichernd ist, die Betroffenen also weiterhin ergänzende Hartz-IV-Leistungen beziehen müssen. Zudem kritisiert der DGB, dass die Bürgerarbeit nicht auf freiwilliger Teilnahme beruht, was in aller Regel Erfolg versprechender ist, sondern im Fall der Ablehnung scharf sanktioniert werden soll.

Mögliche Verdrängungseffekte müssen vermieden werden. Dazu bedarf es eines Beirates der Sozialpartner, der die Arbeitsmarkt-Neutralität der Projekte prüft und genehmigt. Die Mitglieder des Beirates sollten neutral sein, also nicht selbst von den Leistungen der Bürgerarbeit profitieren. Dies

ist in dem Konzept nicht vorgesehen.“

Im Gelsenkirchener Appell wird darauf hingewiesen, dass die Sozialpartner zusammen mit dem Integrationscenter auf die Zusätzlichkeit der geförderten Arbeit achten sollen. Ansonsten bleibt vieles vage an dem Appell, u.a. die Frage der Finanzierung. Aber er ist ein Diskussionsangebot und sollte auch in anderen Städten aufgegriffen werden damit sich vielleicht etwas bewegt. Zu dieser Diskussion gehört auch, wie öffentlich geförderte Beschäftigung aussehen soll und nicht, z.B. für eine Bezahlung die nicht zu einem Abrutschen in den Leistungsbezug führt, mit freiwilliger Teilnahme und nicht repressiv.

In diesem Zusammenhang könnte ein möglicher Geburtsfehler, wenn es zu einer solchen kommen sollte, die mehrfach betonte vorrangige Ausrichtung auf den Ersten Arbeitsmarkt sein. Zwar ist es zu begrüßen, dass die Durchlässigkeit auf den Ersten Arbeitsmarkt auch durch Qualifizierung gefördert werden soll. Doch der Begriff der Aktivierung erinnert an das repressive Menschenbild des „Fördern und Fordern“ der Hartz-IV-Gesetze. Die meisten langzeitarbeitslosen Menschen sind es deswegen, weil sie vom Arbeitsmarkt aus den verschiedensten Gründen aussortiert worden sind. Trotzdem gibt es Langzeitarbeitslose, die es mit und auch ohne Unterstützung wieder dorthin schaffen. Aber es gibt zu viele, die es aus vielerlei Gründen nicht schaffen, nicht durch Aktivierung und schon gar nicht durch Zwang, die aber trotzdem arbeiten wollen. Im Gelsenkirchener Appell wird ja nicht umsonst von „dauerhaft nicht vermittelbare(n) Arbeitslose(n)“ gesprochen. Auch diese Menschen brauchen eine Arbeitsperspektive, ohne dass von ihnen die Zu- und Abrichtung auf den Ersten Arbeitsmarkt verlangt wird. Es wäre vielleicht besser gewesen, im Gelsenkirchener Appell ständen die Durchlässigkeit, für diejenigen die auf dem Ersten Arbeitsmarkt noch eine Perspektive haben, und der „Soziale Arbeitsmarkt“, für diejenigen, die das nicht wollen oder können, gleichberechtigt nebeneinander. Alleine schon um zu dokumentieren, dass keine Hierarchie zwischen „Willigen“ und „Unwilligen“ aufgebaut wird und deren Anliegen als gleichwertig anerkannt werden. Wenn das ernst genommen wird, heißt das auch, dass ein Arbeitsmarkt für dauerhaft nicht vermittelbare Arbeitslose auch dauerhaft angelegt sein müsste, als Projekt aber auch für

die Individuen und nicht auf ein oder zwei, drei Jahre befristet.

Und die Linkspartei? Steht erst mal außen vor. In Gelsenkirchen sowieso, denn die vier Mandatsträger haben sich kurz nach der Kommunalwahl 2009 unter Mitnahme ihrer Mandate geschlossen verabschiedet und sind seitdem als sog. Bürger-Bündnis unterwegs. Dadurch ist die Linkspartei am Gelsenkirchener Appell nicht beteiligt, obwohl sich eine ihrer Vorläuferorganisation, die PDS, bereits vor rund zehn Jahren im Stadtrat mehrfach für einen ÖBS eingesetzt hat. Damals ist das noch von allen anderen Fraktionen und der Verwaltung recht kategorisch abgelehnt worden. Ähnlich ist die Situation auf Bundesebene. Seit den neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts forderten erst die PDS und dann teilweise die Linkspartei einen ÖBS. In Berlin wurde unter Rot-Rot sogar ein ÖBS installiert. Jetzt, wo es so aussieht, als könnte die zunehmende gesellschaftliche Not, zu mindestens bei einigen Kommunalpolitikern sogar von

CDU und FDP, zu einem vorsichtigen Umdenken führen, verabschiedet sich die Linkspartei klammheimlich vom ÖBS. So ist im neuen Parteiprogramm von Ende letzten Jahres nur noch verschämt davon die Rede, dass „wir ... darüber (diskutieren), inwieweit mit einem öffentlich geförderten Beschäftigungssektor über die Arbeitsmarktpolitik hinaus die Beschäftigung im Non-Profit-Bereich dauerhaft fortentwickelt und gestärkt werden kann.“ Ist diese Diskussion schon vorbei? Im Beschluss des Göttinger Parteitag von Juni diesen Jahres, mit dem auch die Forderung nach einer Grundsicherung von 1.050 Euro beschlossen wurde, ist von einem ÖBS schon keine Rede mehr. Das kann aber nicht im Sinne des Erfinders sein. Jedenfalls ist die ebenfalls erhobene Forderung nach einem deutlichen Ausbau des staatlichen Sektors keine Alternative für einen ÖBS, weil es um völlig verschiedene Personengruppen geht. Langzeitarbeitslosen in Gelsenkirchen und anderswo wird damit nicht geholfen. *Thorsten Jannoff*

Neue Schulen, schleichende Privatisierung?

STUTTGART. Am 16. Juli standen im Jugendhilfeausschuss des Stuttgarter Stadtrats zwei große Themen auf der Tagesordnung: die Beschlussvorlage zum pädagogischen Konzept der „Schülerhäuser“ und die Mitteilungsvorlage über den Stand der Umsetzung des Ausbaus der Krippen- und Hortplätze in Stuttgart. Beide Vorlagen kamen bei den Ausschussmitgliedern erst am 12. Juli abends per E-Mail an. Eine gründliche Vorbereitung und Beratung in den Fraktionen war so nicht möglich. Der Jugendhilfeausschuss wollte das nicht hinnehmen, die Vorlage zu den Schülerhäusern wurde offiziell verschoben, sie kommt nun eine Woche später als geplant in Verwaltungsausschuss und in den Gemeinderat. Beide tagen letztmalig öffentlich vor den Ferien am 25. Juli vormittags und nachmittags. Die sachkundigen Mitglieder des Jugendhilfeausschusses¹ konnten allerdings – soweit sie die Vorlage schon lesen konnten – dazu Fragen stellen, weil sie im Verwaltungsausschuss und im Gemeinderat keine Stimme haben. Der Bericht zum Ausbau der Krippen- und Kitaplätze kommt erst wieder im Herbst auf die Tagesordnung.

Die Vertreter der Sachkundigen kritisierten vor allem die vorgesehene Finanzierung der Schülerhäuser: die Stadt schlug vor, die Personalkos-

ten für die Schülerhäuser komplett zu übernehmen, die Räume in den Schulen mietfrei zu überlassen und sie einzurichten. Für die Sachkosten wollte sie pro Gruppe jährlich 9 500 Euro zu zahlen. Auf Antrag der Jugendhaus GmbH stimmten alle Sachkundigen für eine Erhöhung dieser Pauschale auf 13 500 Euro.

Schülerhäuser sind noch keine „neue“ Bildungspolitik

Auch wenn die Diskussion über die Inhalte und Einzelheiten des Konzepts Schülerhäuser noch aussteht, sind ein paar grundsätzliche Bemerkungen nötig. Laut Beschluss des Gemeinderates sind die Schülerhäuser eine Zwischenstufe zu den Ganztagsgrundschulen, die in ganz Stuttgart flächendeckend ursprünglich bis 2018, jetzt bis 2022 ausgebaut werden sollen, um den dramatischen Mangel in der Schulkindbetreuung zu beheben. Auf das pädagogische Konzept und die Leitlinien ließ die Stadtverwaltung den Stadtrat ein Jahr lang warten. Die Vorlage in letzter Minute vor Beginn des neuen Schuljahres zu liefern ist – vorsichtig gesagt – problematisch.

Schülerhäuser sind dem Ansatz nach Horte an den Schulen, der Standard der Jugendhilfe bzw. der städtischen Horte wird auf den ersten Blick eingehalten.

Allerdings plant die Stadtverwaltung die pädagogische Betreuung nur zum kleineren Teil durch das Jugendamt bzw. mit städtischem Personal, überwiegend soll der Betrieb der Schülerhäuser an private Träger (vor allem kirchliche) vergeben werden. Nachdem die Sozialbürgermeisterin Fezer im Jugendhilfeausschuss die lange Vertragsdauer mit drei Jahren damit begründete, man bekomme das notwendige Fachpersonal (auch bei den freien Trägern) nicht für befristete Stellen, stellt sich die Frage, wie denn dann der Übergang zu den Ganztagschulen erfolgen soll.

Die Schülerhäuser haben nach wie vor einen geteilten Schultag: vormittags Unterricht, nachmittags sozialpädagogische Betreuung. Die Zuständigkeiten Lehrer – Sozialpädagogen sind zeitlich und organisatorisch getrennt. Ganztagschulen sollen laut Definition das Lernen, musische und sportliche Angebote, soziales Lernen und Spiel- und Erholungsphasen in einem rhythmischen Tagesablauf aus einem Guss anbieten. Hier müssten Sozialpädagogen dann ganztägig flexibel in den Tagesablauf eingebunden werden. Für den Schulbetrieb sind laut Schulgesetz die Schulleiter/-innen verantwortlich. Übernehmen sie dann in der Ganztagschule auch die Verantwortung für die Sozialpädagogen, deren Arbeitgeber nicht zur Schule gehört?

Öffentliche Schulen ohne Ausgrenzung

Diese Frage berührt ein prinzipielles Thema. Bisher ist die Schule eine staatliche Veranstaltung und es besteht Schulpflicht. Privatschulen sind trotz ihres Vormarsches immer noch zulassungspflichtige Ergänzungen zu den staatlichen Schulen. Sie ermöglichen Eltern die Bildung ihrer Kinder in einem gewünschten religiösen oder weltanschaulichen Umfeld. Bei Hereinnahme von privaten Trägern muss der respektvolle und wertschätzende Umgang mit allen Weltanschauungen, Religionen und Kulturen der Familien gesichert sein.

Öffentliche Schule muss kostenlos sein!

Wenn sich das Verhältnis staatliche Schulen – private Schulen zugunsten der privaten verschiebt, erhöht sich die Gefahr der sozialen Spaltung in der Bildung massiv. Es ist zu befürchten, dass mit einer Ganztagschule, die aus dem Modell der Schülerhäuser entwickelt wird, eine Teilprivatisierung der staatlichen Schulen entsteht. Das Ziel muss sein, dass umgekehrt die Schülerhäuser so gestaltet werden, dass ein Übergang der sozialpädagogischen Betreuung in den Ganztagsschulbetrieb möglich wird. Nebenbei: Bisher wird

¹ Vertreter der Elternbeiräte Schulen und Kitas, des Stadtjugendrings und der Jugendhaus GmbH, des Jugendrats und der kirchlichen und anderen Sozialunternehmen sowie Polizei und Jugendgericht.



Die Gesellschaft baut derzeit das System Erziehung und Schule in einem gewaltigen Maße um. Die nötigen Bauten (im Bild ein Anbau mit Mensa in der Wilhelmschule Untertürkheim) verschlingen große finanzielle Mittel, etwas was die kommunale Verwaltung aber vergleichsweise gut hinkriegt – schließlich langjährig geübte Praxis. Der Umbau in den Strukturen ist aber bedeutend schwieriger.

immer nur über mögliche Übergänge von städtischem Personal zu den freien Trägern gesprochen – umgekehrt ist das auch möglich, wenn aus Schülerhäusern Ganztagschulen werden.

Problematisch ist auch, dass sowohl die Schülerhäuser wie die Ganztagschulen nicht die Zeit abdecken, die Eltern für Vollzeitarbeit brauchen. Nach dem derzeitigen Modell der Landesregierung umfasst die Schulzeit acht Stunden an vier Wochentagen, freitags nur bis Mittag. Schülerhaus kostet wie bisher der Hort. Aber auch an Ganztagschulen muss die Früh- und Spätbetreuung von sieben Uhr an oder bis 17 Uhr von den Eltern bezahlt werden. Geld für einen Teil des Ganztagschulangebots ist auch eine Art Einstieg in die Privatisierung der Schulen.

Was leider noch weiterhin bestehen bleibt, inklusive der schlechten Qualität und Ausstattung, ist die verlässliche Grundschule (ursprünglich eingeführt als Kernzeitbetreuung von 7.30 Uhr bis Schulbeginn und nach Ende des Unterrichts anfangs bis 13 Uhr, inzwischen teils bis 17 Uhr ohne Standards für Personal und Räume). Hier sind ca. 7.600 Kinder untergebracht. In manchen Schulen gibt es diese Betreuungsform neben dem städtischen Hort. Zahlen müssen die Eltern in beiden, aber die Kinder bekommen im Hort ein Mittagessen, im anderen Fall nicht. In der weiteren Diskussion über die Schülerhäuser muss auch das zur Sprache kommen.

Der Vollständigkeit halber sei noch angemerkt, dass bei dem Bericht über den Ausbau der Krippen und Kitas klar wird, dass hier die Stadt keinerlei weitere Plätze für Schulkinder einrichtet. Bei den Krippen- und Kitaplätzen zeigt sich, dass von den Freien Träger

fast doppelt so viele geschaffen werden wie von der Stadt, dazu kommt noch der sprunghafte Anstieg der Plätze in gewerblichen oder Betriebskitas. Auch hier findet eine galoppierende Privatisierung statt.

Ausblick: Und wo bleiben die Rechte der Kinder?

Bei der ganzen Strukturdiskussion dürfen die Bedürfnisse der Kinder nicht untergehen. Was bedeutet es für Kinder in der Schule, insbesondere für die jungen Kinder in der Grundschule, den ganzen Tag und auch noch in den Ferien in einer Klasse oder Gruppe zu sein? Aufgrund der gesellschaftlichen Umstände – soziale Unterschiede beim Zugang zur Bildung und Berufstätigkeit – sind Ganztagschulen notwendig. Aber die Eltern müssen mehr Mitspracherechte in den Schulen bekommen. Und sicher müssen auch im öffentlichen Schulwesen für die Eltern und Kinder je nach Familiensituation Wahlmöglichkeiten bleiben. Derzeit führen diese Diskussion aus verständlichem Interesse vor allem die Vereine, die fürchten, durch Ganztagschulen ihren Nachwuchs zu verlieren. Das Problem dahinter muss von der Schulpolitik aber aufgegriffen werden.

Vor allem aber müssen sich die Schulen ändern! Ein Tagesablauf mit dem Wechsel von Unterricht, verschiedenen Lernformen, musischen und Sportangeboten erfordert eine neue Pädagogik, zusätzliche Räume und Personal. Notwendig ist aber auch in besonderem Maße ein achtsamer Umgang mit den Eigenheiten jedes Kindes. Und nicht zuletzt muss nachgedacht werden, wo ein Kind auch Ruhe findet, allein etwas machen kann und welche Freiräume geschaffen werden müssen.

Ulrike Küstler

Das Notensystem

BREMEN. Das Ende des Schuljahres ist erreicht und damit sind – wie jedes Jahr – massenhaft Zensuren über die Schülerinnen nieder gegangen. Eigentlich seltsam, wenn man bedenkt, dass die Notwendigkeit von Zensuren/Noten schon seit Jahrzehnten umstritten ist. So trat die Bremer Bildungssenatorin Jürgens-Pieper 2008 mit der Ankündigung an, bis Klasse 9 könne auf Zensuren verzichtet werden.

Während in Grundschulen Noten auch eher eine abnehmende Rolle spielen, wächst ihre Bedeutung jedoch, je mehr es auf Abschlüsse und Berechtigungen zugeht. In den Abschlüssen von Gymnasien, Berufsfachschulen und Berufsschulen entwickelt sich das Notensystem jedoch zu einer erstaunlichen Breite wie **nebenstehende** Übersicht von Bremer Bewertungsrichtlinien zeigt:

Dass das Schulsystem in Deutschland sozial selektiert, ist ja bekannt, aber diese Übersicht macht einen weiteren Aspekt von Selektion deutlich. Während in der Berufsschule von einer definierten Leistung mindestens 92 % erbracht werden müssen, reichen dafür im Gymnasium schon 85%. Hier ist also eine weitere Art sozialer Differenzierung eingebaut.

Außerdem fällt auf, dass die „Spielbreite“ jeder Note nicht nur innerhalb eines Bildungsgangs verschieden groß ist, sondern auch zwischen den Bildungsgängen. Als Folge davon wird die beliebte Bildung eines arithmetischen Mittels zur Ermittlung einer Endnote zumindest fragwürdig.

Diese Differenzierung im Notensystem wird durch einen jetzt festgeschriebenen „Schulversuch“ für die Berufsfachschulen (FHS-Zugang) auf die Spitze getrieben:

„Die Umsetzung der Regelungen erfordert, dass künftig alle Leistungen im Unterricht und in der Prüfung mit Prozentpunkten gemäß Notenschlüssel bewertet werden. ... Auf der Basis der Prozentwerte werden die Noten der Prüfung und die Endnoten gebildet...“¹

D.h. der Lehrer bewertet nicht mehr mit den Noten von 1 bis 6 sondern mit Prozentwerten von 0 bis 100 und zwar alle Leistungen eines Schülers. Jederzeit muss er also den Unterschied zwischen z.B. 73 und 72%-Leistung belegen können. Die Endnoten werden dann nur noch als arithmetisches Mittel mit einer Nachkommastelle berechnet (s.o.). Kennzeichnet das eine Grenze der Leistungsfähigkeit?



– an der Grenze der Leistungsfähigkeit?

Bildungsgänge	Gymnasiale Oberstufe		Berufsfachschule Fachhochschulzugang	Berufsfachschulen einjährig	Berufsschule „Duales System“
Noten	GyO-Punkte	„Leistung“ in Prozent	„Leistung“ in Prozent	„Leistung“ in Prozent	„Leistung“ in Prozent
1	13 – 15	ab 85	ab 85	ab 90	ab 92
2	10 – 12	ab 70	ab 73	ab 75	ab 81
3	7 – 9	ab 55	ab 59	ab 60	ab 67
4	4 – 6	ab 40	ab 45	ab 45	ab 50
5	1 – 3	ab 20	ab 27	ab 25	ab 30
6	0	ab 0	ab 0	ab 0	ab 0

Was ist eine Note?

Hier können wir Wikipedia folgen, wo es heißt: „Eine Schulnote (lat. nota „Merkmal; Schriftzeichen“) oder Zensur (lat. censura) ist eine Leistungsbeurteilung von Schülern ... durch die Lehrer ... Sie soll die Leistungen der Schüler vergleichbar machen und die Leistungsbeurteilung fördern. Grundlage für diese Beurteilung sollte nur die erbrachte Leistung sein, nicht aber das Leistungsvermögen, der Leistungswille oder gar die Anpassung des zu Bewertenden an das geltende Schulsystem.“ Es geht dabei „um den abstrakten Schülervergleich“. Um das zu erreichen werden „die Schüler per Schulsystem in eine Konkurrenzsituation gebracht und haben sich an den vorgegebenen Kriterien dieser Konkurrenz zu bewähren“.²

Grundsätzlich ist das Notensystem demnach für den Unterricht als Kommunikationsprozess äußerlich. Um zu Noten zu kommen, müssen die Schüler einer Lerngruppe in Konkurrenz zueinander gebracht werden. Kein Wunder, dass Noten bei Schülern nicht sonderlich beliebt sind:

„Das System der Notengebung führt zur Gleichsetzung von völlig unterschiedlichen Leistungsbereichen und Fähigkeiten, zu ständigem Konkurrenzkampf und bietet schließlich für die SchülerInnen kaum eine Basis für die Nacharbeit und Verbesserung.“³

Eine Problematik, die von Pädagogen und Wissenschaftlern durchaus erkannt wird:

„...Das Beurteilen prägt weithin die Qualität des Lehrens und Lernens. Dies hat mit den Funktionen zu tun, die das Beurteilen im System Schule hat. Es soll Lernentwicklungen resümieren, um auch daraus Ansätze für weitere Entwicklungen zu gewinnen. Dies ist eine genuin pädagogische Funktion. Es soll aber auch Grundlagen für Zuweisungen schaffen, Zuweisungen zu schulischen Bildungsgängen (...) und zu nachschulischen Einrichtungen (...) Diese Steuerungsfunktion der Schule ist keine pädagogische mehr, sondern eine gesellschaftliche. Beide Funktionen ...

sind nicht miteinander kompatibel: Wer ständig untere Rangplätze bei den Zuweisungen erhält, wird auf Dauer keine Leistungsmotivation mehr entwickeln. Wer das Prinzip der individuellen Konkurrenzsituation erst einmal durchschaut hat, wird seine Lernmotive von den Sachen weg und zu Sieg oder Platz hin ändern.“⁴

Mit der Zeugnisordnung wird dann versucht zu retten, was nicht mehr zu retten ist und den Noten eine pädagogische Teilbedeutung zugeschrieben:

„Die Leistungsbeurteilung ist eine Entscheidung der jeweiligen Lehrkraft bzw. der Lehrkräfte aus eigener pädagogischer Verantwortung, bei der das Verhältnis zu dem für den jeweiligen Unterricht geltenden Lernzielen, die Lernentwicklung ... des Schülers zu

Quellen: 1 Schulversuch – Regelungen zur Ermittlung der Noten in der Abschlussprüfung für Bildungsgänge ... mit dem Abschluss der Fachhochschulreife..., Bremen Juni 2009; S. 1 u. 2. 2 Schulnote; <http://wikipedia.org/w/index.php?title=Schulnote> v. 19.7.2012. 3 Positionen und Forderungen; Schülerkollektiv Fortbildung, Bremen 2011. 4 H. Bambach, H. Bartnitzky, C. von Ilseemann, Gunter Otto: Editorial z. Jahressheft „Prüfen und Beurteilen“; Friedrich Verlag, Seelze 1996; S. 1. 5 Verordnung über die Zeugnisse ... (Zeugnisordnung), s. dort Erläuterungen zu § 3 Abs. 3; Bremen 2008. 6 Martin Wagenschein: Noten (1954) in M. Wagenschein: Ursprüngliches Verstehen und exaktes Denken; Klett, Stuttgart 1965; wieder in Prüfen und Beurteilen s.o.; S. 106/107

berücksichtigen sind... Die im Zeugnis oder im Lernentwicklungsbericht erscheinende Gesamtbeurteilung (Gesamtnote) geht über das bloße arithmetische Mittel aus den Ergebnissen der ... Leistungskontrollen des betreffenden Beurteilungszeitraums hinaus. Nur auf diese Weise wird die Leistungsbeurteilung eine pädagogische Maßnahme im Lernprozess.“⁵

Lehrer als Schleusenwärter? Oder: Warum mögen viele Lehrer nur ungern von der Note lassen?

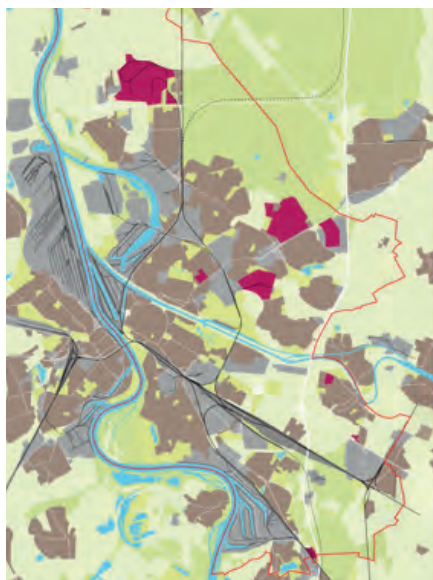
Hier argumentierte der Pädagoge Martin Wagenschein schon 1954:

„Die wahren Gründe für die Notenfreudigkeit liegen sehr nahe an der Schwelle des Unbewussten: Angst vor der Verantwortung und Selbstbetrug. Im Grunde sehe ich ja klar, wenn ich Noten geben soll: die Sache ist zu kompliziert. Ich habe weder Zeit noch Möglichkeit mir ein Urteil zu bilden. Ich mache mir vor, es gäbe eine Zahl. Habe ich sie – unter Gewissensqualen – gesetzt, so habe ich sie und damit die Verantwortung von mir abgesetzt...“⁶

Deutlich wird: Es ergeben sich genug Möglichkeiten für eine linke Positionsbestimmung, die eine gesellschaftliche Diskussion des Notensystems voranbringen kann und weitere Begründungen für seine Abschaffung erschließt.

(wjo)

Militärflächen in Mannheim



Was tun mit den großen Flächen, die nach dem Rückzug der US-Truppen in Mannheim zur Verfügung stehen? Wir dokumentieren aus der Mannheimer Diskussion.

Mannheimer Konversionssplitter

1) **Runder Tisch „gemeinschaftliches Wohnen in Mannheim“**
Offener Brief, Mannheim, den 3. Juli 2012

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Kurz,
wir schreiben Ihnen diesen Brief als Vertreter der Gruppen, die den „Runden Tisch Gemeinschaftliches Wohnen in Mannheim“ konstituiert haben. An-

lass sind die jüngsten Informationen und Entwicklungen im Projekt, wie sie sich uns darstellen.

Danach soll es Investor_innen geben, die bereit sind, das Gesamtareal zu kaufen. Weitere Einzelheiten wurden uns auf Nachfrage seitens der Geschäftsstelle Konversion nicht genannt. Vertreter des Gemeinderates aus den zuständigen Ausschüssen sind nur aus Zeitungen, ansonsten nach eigenen Aussagen nicht informiert.

Sie werden unsere erhebliche Beunruhigung verstehen: Wir investieren erheblichen Aufwand, die Stadt beteiligt uns an dem Entwicklungsverfahren, und wir erfahren aus der Presse oder einsilbigen Mitteilungen, dass die betreffenden Areale nun in einem Zug vergeben werden sollen und dies kurz und im Zusammenhang mit dem Kauf von der BIMA bevorsteht. Hinweise darauf, dass diese Investor_innen auch gesprächsbereit seien, was die Konzeption des Gesamtareals angeht, beruhigen uns nicht, im Gegenteil, dies sind die aus zahlreichen Beispielen bekannten üblichen Floskeln.

Regelrecht alarmiert sind wir aber erst jetzt durch den Verlauf und die inhaltlichen Äußerungen in der Veranstaltung am 20.6.2012 (mit dem Fachbereich Stadtplanung und der Geschäftsstelle Konversion) und dem dazu verfassten und uns gleichzeitig bekanntgewordenem Protokoll. Hier sind die Positionen der Gruppen mit Ausnahme einiger Zahlen nicht vertreten. Vielmehr werden ausschließlich die Positionen der Stadt deutlich mitgeteilt: Den „Gruppen wird dringend angeraten, sich auf ein kleines Areal oder bestimmte einzelne Gebäude zu reduzieren, oder ihren Betrachtungsrahmen zu erweitern Richtung z. B. Hammond barracks.“

Dies entspricht in keiner Weise den Intentionen und Konzepten der Gruppen. Und so haben wir den politischen Willen in der Stadt und von Ihnen als den politischen Vertreter nicht verstanden.

Wir wollen uns in diesem Schreiben kurz halten und einen konstruktiven Vorschlag in die Diskussion einbringen, der aus unserer Sicht wirksam die Sache nach vorne bringen kann:

Die Gruppen haben ein eigenes Entwicklungstempo, das sich deutlich unterscheidet von denen üblicher Investoren. Es sind einzelne Gruppen mit einem bereits bewährten Rechts- und Finanzierungsrahmen beteiligt wie auch Gruppen, die dies wesentlich erst aus dem Standort selbst heraus entwickeln können. Allen Gruppen gemeinsam ist die Konzeption und der entschiedene Wille, ihre Visionen und Konzepte auf einem zusammenhängenden Areal und mit übergreifenden Projekten zu verwirklichen. Dieses zusammenhängende Areal braucht es, um die Signal- und

Magnetwirkung und notwendige Tragkraft eines solchen Kulturprojektes zu entfalten. Dieser Anspruch steht aus unserer Sicht auch nicht im Widerspruch zu einer förderlichen Entwicklung im Rahmen von Investorenprojekten: Längst ist die Sogwirkung der Kultur-Kreativen-Projekte bekannt und akzeptiert bei der städtebaulichen Entwicklung.

Daher schlagen wir vor, ein Teilareal unter Einbeziehung der Altgebäude (479, 474, 472, 476, 481) und des nördlichen Neubauareals über eine längeren Zeitraum zu reservieren und den Gruppen die entsprechenden Grundstücke zu geklärten Bedingungen und mit einem auf die Gruppenentwicklungen zugeschnittenen Entwicklungsrahmen zur Verfügung zu stellen.

Mit einem Schlag können Sie die Befürchtungen aus dem Weg räumen, die Gruppen haben ihren Entwicklungsraum, den sie brauchen. Auf dieser Grundlage können wir in die notwendige Professionalisierung unserer Projektentwicklungen investieren. Wir fordern Sie auf und bitten Sie, diesen Vorschlag aufzugreifen und in das laufende Geschehen wirksam einzubringen. Für konstruktive Gespräche stehen wir zur Verfügung.

Bitte wenden Sie sich an Karlheinz Paskuda, erreichbar im Jugendkulturzentrums FORUM, Tel. 0621 2937661 oder unter Tel. 0157 31574999.

Miteinander Vielfalt Leben, 13. hafferei, Umbau e.V., MaJunA e.V. i.A. Karlheinz Paskuda

2) Aus der Sackgasse zurück – Grüne fordern echte Bürger_innenbeteiligung

Die Fraktion von BÜNDNIS 90/Die Grünen in Mannheim zeigt sich verwundert über die derzeitige Form der Bürger_innenbeteiligung bei der Konversion und fordert ein rasches Umdenken in der Stadtverwaltung.

Stadtrat Wolfgang Raufelder (MdL) und umweltpolitischer Sprecher der Fraktion: „Bislang war der Entwicklungsprozess von einer offenen Diskussion über die Flächennutzung der 550 Hektar US-Militärfläche geprägt. Die Stadt hat einen vorbildlichen Beteiligungsprozess gestartet, dessen Ergebnisse in das Weißbuch eingeflossen sind. Diese Ergebnisse müssen nun weitergeführt werden. Gerade bei Biotopvernetzung und -herstellung wurden Landwirte und Umweltverbände immer in die Planungen einbezogen, so auch im Bereich der Feudenheimer Au und des Egelwasser. Ich frage mich, warum bestehende und abgestimmte Pläne über das Areal nicht in die jetzt veröffentlichte Planung einbezogen wurden.“

Fraktionsvorsitzende Gabriele Thirion-Brenneisen und Mitglied im Kon-

versionsausschuss ergänzt:

„Aus dieser Sackgasse müssen wir wieder herauskommen. Wir müssen auch weiterhin die Initiativen und engagierten Bürgerinnen und Bürger zeitnah über aktuelle Pläne informieren. Hier muss die Verwaltung wieder aktiver werden. Wir sollten jetzt möglichst schnell zu einem offenen und transparenten Verfahren zurückkehren. Beteiligung benötigt auch weiterhin Information und Umsetzung.“

3) Turley-Bündnis fordert Transparenz und Mitsprache

Um die Turley-Barracks zu einem Musterbeispiel gelungener Konversion zu machen, ist es wichtig, die Bürgerbeteiligung am Prozess der Entwicklung und Entstehung des neuen Geländes in allen Phasen ernst zu nehmen und durchzuführen.

Im Turley-Bündnis haben sich unterschiedliche Bürgergruppen und Einzelinteressent_innen zusammengeschlossen, um gemeinsam mit der Stadt Mannheim ein Konzept zur Neunutzung des Turley-Geländes zu entwickeln. Dieser Prozess ist bisher von der Verwaltung des Stadt Mannheim intensiv gefördert und begrüßt worden.

Im Weißbuch der Stadt Mannheim steht auf Seite 135: „Konsens bestand darüber, städtebauliche Wettbewerbe für die einzelnen Standorte auszuschreiben und eine Parzellenvergabe an InvestorInnen nach dem „Best Price Prinzip“ zu vermeiden.“

Nun jedoch ist von verschiedenen Seiten zu hören, dass die Stadt einen Investor für die 13 unter Denkmalschutz stehenden Gebäude gefunden hat und entsprechende Verhandlungen bereits sehr weit fortgeschritten sind. Bei allem Verständnis für die gebotene Sensibilität, die im Umgang mit potentiellen Investoren notwendig sein sollte, darf der bisher eingeschlagene Weg der intensiven Bürgerbeteiligung nicht gefährdet werden. Das Turley-Bündnis fordert deshalb:

Es dürfen keine Fakten durch Teilverkauf an Investoren geschaffen werden!

Der gesamte Prozess muss mit allen Beteiligten vor Abschluss einzelner Verträge beraten und beschlossen werden!

Beschluss des Turley-Bündnisses vom 26.6.12, einstimmig, ohne Enthaltung

4) Thomas Trüper Die Linke im Gemeinderat: Etwas mehr Analyse, etwas weniger Aufgeregtheit, mehr Öffentlichkeit!

Der auf mehr als ein Jahrzehnt angelegte Konversionsprozess strebt einem ersten Höhepunkt zu. Der Kauf des Turley-Geländes scheint ziemlich nahe bevorzustehen. Die Stadt wird also Geld einsetzen, von dem sie bald einen großen Teil zurückbekommen möchte.

Auf der Grundlage eines – so lautet der Schwur – sozialverträglichen und unter Bürgerbeteiligung entwickelten Gesamtkonzepts soll ein Investorensucheprozess zur Wiederbelebung des Geländes führen und gleichzeitig die öffentliche Hand nicht über Gebühr strapazieren.

Nun also muss sich der ganze Beteiligungsprozess bewähren und zu dem im allgemeinen Konsens festgelegten Ziel führen. Dieses ist im „Weißbuch Konversion“ sparsam aber deutlich und per Gemeinderatsbeschluss verbindlich folgendermaßen beschrieben: „Entwicklungspotenzial: Hochwertige, urbane Mischung aus besonderem Wohnen, innovativem Arbeiten und Forschen, Gemeinbedarf, Stadtteilkultur“.

Einzigartig im bisherigen Mannheimer Konversionsprozess ist die fordernde Mitarbeit einer Personengruppe, deren Herkunftsspektren man „links / libertär / alternativ / anthroposophisch“ umschreiben könnte. Diese Gruppe um den Runden Tisch „Gemeinschaftliches Wohnen in Mannheim“ versucht einen Bedarf zu bedienen, der sicherlich weit über die 150 beteiligten Personen hinausgeht: Neues Wohnen von Jung und Alt, Behinderten und Nichtbehinderten, von Menschen mit unterschiedlichen „Hintergründen“ sowohl ethnisch wie sozial, das Ganze ökologisch fundiert. Alles gemischt mit Kultur und Arbeiten.

Das Interesse der Gruppe scheint sich mehrheitlich auf einen der Anliegerstraße abgewandten Teil der denkmalgeschützten Kasernengebäude aus der Kaiserzeit zu konzentrieren. Finanziell scheinen die geplanten Renovierungs- und Betriebskosten im Rahmen des angestrebten preisgünstigen Wohnens zu bleiben. Die Finanzierung soll über das Mietersyndikat gestaltet werden. Ob in der Finanzkalkulation der Initiativen der Posten Grunderwerb eine Rolle spielt, ist unklar.

Der Beteiligungsprozess gerade auf Turley ist weit fortgeschritten, aber alles andere als auf der Zielgeraden. Verunsicherungen allenthalben, ob die Stadt zu der speziellen Charakterisierung des Geländes immer noch steht, oder ob nicht doch ein Großinvestor aus der Schublade steigt und alle alternativen Pläne mit seiner Geldwalze platt macht. Man traut der Verwaltungsspitze vieles Böse zu. Bundes- und weltweit wär' es ja auch nicht das erstemal, dass ehrliche Menschen vom großen Geld gelinkt werden und die öffentliche Administration Beihilfe leistet.

Wenn man nun nicht weiß, wird da schon hinterrücks ein übles Ding gedreht oder ist man noch auf dem richtigen Weg, wenn man nicht weiß, ob man vertrauen kann, spätestens dann sollte man seine eigene Position analysieren, die Interessen der Kommune, der BIMA

und aller sonstigen Beteiligten. Dann muss man nicht spekulieren.

Die Wohnungsinitiativen müssen sich ihrer Situation bewusst werden

Sie repräsentieren zunächst eine Gruppe letztlich privater Interessenträger, die allerdings im Bewusstsein agieren dürfen, dass sie mehr als nur individuelle Interessen transportieren. Sie müssen sich fragen, was sie von der Kommune benötigen: Nur die Lizenz zum Bauen / Umbauen auf dem Gelände oder auch öffentliche Leistungen, und sei es die möglichst billige oder kostenlose Überlassung von Grundstück und Bauten? Sie müssen wissen, dass jenseits der Konversion die Stadt voller Interessengruppen ist, die ebenfalls Forderungen an die Stadt haben wie z.B. Vereine, die um Investitionsunterstützung nachsuchen. Man muss also auch in der Stadtöffentlichkeit für seine Pläne werben und Bündnispartner suchen. Die Wohnungsinitiativen sind in einem multipolaren Prozess auf den Plan getreten, an dem sie als Investoren „beteiligt“ sind. Es gibt nicht nur das Gegenüber von Initiative und „Obrigkeit“. Beteiligung an einem solchen Prozess ist nicht einfach eine Bestellung, die man abgibt und auf deren Erfüllung man nun wartet.

Das 13-ha-Gelände ist wesentlich größer als die Fläche, die die Wohnungsinitiativen „bespielen“ und sich finanziell leisten können.

Deshalb sind die Initiativen notwendigerweise auf Nachbarschaften angewiesen von anderen Investoren. Sie haben jedoch Vorstellungen über die Struktur des ganzen Gebietes, und verlangen daher die Kontrolle über die weitere Investorensuche. Sie wollen und können aber die Verantwortung für ein eventuelles Scheitern nicht übernehmen. Deshalb können sie ihre Interessen nur im politischen Prozess realisieren, den sie dann so mitgestalten müssen, dass das Gewünschte daraus entstehen kann. Nur mit Misstrauen und steter Bereitschaft, Verrat zu wittern und aus allen Rohren zu schießen, wird der politische Prozess nicht zu gestalten sein. Man muss die anderen Positionen und Akteure zumindest zu verstehen versuchen. Im Übrigen ist die Ausgangslage ein weitgehender politischer Konsens und nicht etwa eine Beschlusslage, die genau das Gegenteil dessen beinhaltet, was man fordert.

Die Situation der Stadt

Die Stadt hat aufgrund jahrzehntelanger struktureller Unterfinanzierung und daraus folgender Verschuldung nur die Möglichkeit, als „Zwischenhändler“ der wertvollen Grundstücke aufzutreten. Sie muss – so ist es der erklärte Wille des Gemeinderates – bei diesem Zwischenhandel im Sinne der Stadtgesellschaft und ihrer definierten Entwicklungsrichtungen ordnend und steuernd eingzugreifen versuchen.

Dies eben macht den Unterschied zur Direktvermarktung der Grundstücke und Gebäude durch die BIMA aus. Immer noch ist ja nicht klar, ob die BIMA wirklich alle 550 ha an die Stadt verkauft. Die Stadt kann nur durch ihre Planungshoheit Druck ausüben. Da der Beteiligungsprozess ein sehr öffentlicher ist, kann die BIMA „mitlesen“ und immer wieder ihre Verhandlungsposition nachschärfen.

Der kritischste Punkt in der Aufstellung der städtischen Verwaltungsspitze ist die Schnittstelle zwischen dem öffentlichen Beteiligungsprozess und dem ultimativen Verlangen jeglicher verhandelnder Privatinvestoren nach Geheimhaltung. Sie wollen ihre Interessensphäre und ihr Geschäftsgebaren, auch ihre finanzielle Situation nicht der Öffentlichkeit preisgeben müssen. Dem trägt die Gemeindeordnung auch Rechnung: In § 35 heißt es: „Nichtöffentlich darf nur verhandelt werden, wenn es das öffentliche Wohl oder berechnigte Interessen einzelner erfordern; über Gegenstände, bei denen diese Voraussetzungen vorliegen, muss nichtöffentlich verhandelt werden.“

Zurück an die Öffentlichkeit!

Daraus leitete die Verwaltung ab und der Gemeinderat folgte dem auch mehrheitlich, dass der Unterausschuss Konversion des Hauptausschusses am besten gleich grundsätzlich nichtöffentlich tagt. Dies erweist sich immer mehr als fataler Fehler. Denn in diesem Unterausschuss werden nun alle konversionsrelevanten Themen verhandelt, nicht nur jene, in denen „berechnigte Interessen“ Privater zu schützen sind.

Jüngstes Beispiel: Der nichtöffentliche Ausschuss bekam das Ergebnis einer der zahlreichen in Auftrag gegebenen Machbarkeitsstudien vorgestellt; in diesem Fall über die Möglichkeit, in den geplanten Grünzug Nord auf Höhe des Spinelli-Geländes einen See in die Landschaft einzubauen.

Warum musste das beauftragte Fachinstitut im Finstern berichten? Interessiert doch alle! Dann kann darüber diskutiert werden, insbesondere mit unmittelbar Betroffenen, und irgendwann einmal kann beschlossen werden. Die Vorstellung der Studie im nichtöffentlichen Unterausschuss suggeriert: Hier ist schon eine planerische (Vor-)Entscheidung gefallen, ohne dass öffentlich diskutiert wurde. Die Grünen bekamen in Feudenheim wegen der Spinelli-Studie die Hucke voll und mussten sich schnell so erklären, als seien sie nicht in dem Unterausschuss vertreten.

Der Beteiligungsprozess muss so offen wie eben möglich geführt werden. Konzeptionelle Fragen, Vorstellung von Studien und deren Diskussion, dürfen keinesfalls in einem nichtöffentlichen Ausschuss behandelt werden.

Jobcenter vertreibt wieder mehr Hartz-IV-MieterInnen aus ihren Wohnungen:

HAMBURG. Das Jobcenter hat mit der neuen Fachanweisung vom 1.4.2012 zu den angemessenen Kosten der Unterkunft bei Hartz-IV wieder damit begonnen, Hartz-IV-Mieterinnen und Mieter massiv mit Kostensenkungsaufforderungen zu überziehen: Die Aufforderungen stiegen von Januar bis Mai 2012 auf das 5,6-Fache, die umgesetzten Kostensenkungen in dem gleichen Zeitraum auf das 2,4-Fache. Das geht aus den Antworten auf eine Anfrage der Fraktion Die Linke hervor. Dadurch soll bei den Kosten der Unterkunft Geld gespart werden. Ob es überhaupt genug entsprechende Wohnungen auf dem Wohnungsmarkt gibt, weiß der Senat allerdings nicht und er will es offensichtlich auch nicht wissen. Dazu erklärt Abgeordnete der Fraktion Die Linke in der Hamburgischen Bürgerschaft Tim Golke: „Der Senat weiß nicht, wie viele Wohnungen zurzeit überhaupt für die von Kostensenkungsaufforderungen betroffenen Hartz-IV-Mieter tatsächlich zur Verfügung stehen. Noch schlimmer ist: er will es auch in Zukunft nicht wissen! Dabei müsste der Senat die aktuellen Angebotsmieten in dem angeblich für Hartz-IV-Mieterinnen und Mieter ‚angemessenen‘ Teilsegment des Wohnungsmarkts dringend in Erfahrung bringen. Die entsprechende Fachanweisung ist nämlich noch nicht einmal konsequent an den Mietspiegel angepasst worden – sondern durch die Abschaffung der Baualtersklassen sind mit den gedeckelten Höchstmieten in Wahrheit kaum noch freie Wohnungen ‚angemessen‘. Mit sozialpolitisch unsinnigen Kostensenkungsaufforderungen ins Blaue hinein werden Hartz-IV-Bezieherinnen und Bezieher endgültig in die prekären Stadttrandsiedlungen abgedrängt. Das wird aber nur gegen Die Linke gehen. Wir werden nach der Sommerpause entsprechend parlamentarisch aktiv werden, um die Kostensenkungsflut durch eine Anhebung der anzuerkennenden Höchstmieten zu stoppen.“ www.die-linke-hamburg.de

Mehr sozialen Wohnungsbau! KÖLN. Nur 7 % aller Wohnungen in Köln sind Sozialwohnungen, obwohl 45 % aller Kölner Haushalte einen Anspruch auf eine geförderte Wohnung haben. Die Sozialwohnungsquote in Köln ist viel zu niedrig, deswegen muss beim Bau von neuen Wohnanlagen auf Baugebieten mit städtischem Grundbesitz der angestrebte Anteil von geförderten Wohnungen von derzeit 30 % auf 50 % angehoben werden, fordert Jörg Detjen, Fraktionsvorsitzender der Linken, im Rat der Stadt Köln. Die Stadtverwaltung hat sich auf Nachfrage der Linkenfraktion grundsätzlich positiv zu diesem Vorhaben geäußert. Die Linke im Rat der Stadt Köln wird weiter für mehr bezahlbaren Wohnraum in Köln eintreten.

Einen wesentlichen Beitrag zum Bau von gefördertem Wohnraum können die Genossenschaften leisten. Für Berlin und die neuen Länder hat sich auf Initiative der Linken eine neue Wohnungsgenossenschaft, die „Treuhandliegenschafts-Genossenschaft Fairwohnen iG“ gegründet, um sich am Bieterverfahren des Bundesfinanzministeriums für 11.500 überwiegend ehemals volkseigene Wohnungen zu beteiligen. Die Fraktion Die Linke wird mit dieser Genossenschaft kooperieren und nach Möglichkeit das Know-how nach Köln übertragen. Politik, Verwaltung und Investoren müssen eng kooperieren um mehr preiswerten Wohnraum für Köln zu bauen. Nur so kann die Stadt dem prognostizierten Bevölkerungszuwachs gerecht werden.

www.linksfraktion-koeln.de

Stadt zahlt LeistungsempfängerInnen zu wenig Grundmiete:

FRANKFURT A.M. Wer Sozialhilfe oder Hartz IV empfängt, hat einen Anspruch darauf, dass seine Miete vollständig übernommen wird – sofern diese als „angemessen“ gilt. Bei der Beurteilung der Angemessenheit ist der regionale Wohnungsmarkt zu berücksichtigen. In der Regel wird hierfür der aktuelle Mietspiegel herangezogen. So ist es – eigentlich – auch im Koalitionsvertrag der Regierungsstellenden Parteien, CDU und Grüne, geregelt. Man wolle „Entwicklungen, die zu sozialen Verwerfungen führen könnten“ bereits im Vorfeld begegnen und deshalb „die an Leistungsempfänger nach Sozialgesetzbuch II und XII sowie nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erstattete angemessene Grundmiete an den regelmäßig aktualisierten Mietspiegel der Stadt Frankfurt inklusive aller Zu- und Abschläge“ anleihen. Das Jobcenter Frankfurt berechnet angemessene Grundmieten noch immer auf Basis des Mietspiegels von 2008 – entgegen den Vereinbarungen im Koalitionsvertrag der schwarz-grünen Stadtregierung. Die Sozialpolitische Sprecherin, Dominike Pauli, hält das für eine unverantwortliche Schlampe: „Wohnen ist elementar für ein menschenwürdiges Leben. Die auf Basis des 2008er Mietspiegel zustande kommenden Höchstmieten gehen völlig an der Realität auf dem Frankfurter Wohnungsmarkt vorbei! Nicht nur werden LeistungsempfängerInnen um das betrogen, was ihnen zusteht, so werden Sozialhilfe und Hartz-IV-Bezieherinnen und Bezieher endgültig in die prekären Stadtquartiere abgedrängt.“ Die Linke kündigt an, nach der Sommerpause entsprechend parlamentarisch aktiv zu werden... Eine entsprechende Anfrage zur Berechnung der Grundmieten ist bereits vorbereitet.

<http://dielinke-im-roemer.de>

Sozialticket jetzt! LÜBECK. Die Fraktion Die Linke ist über die erneute Erhöhung der Busfahrpreise im Lübecker Stadt-

verkehr empört. Nachdem erst kürzlich die Fahrtrouten, Taktzeiten usw. abgeschwächt wurden, somit das Angebot für ÖPNV-Nutzer weiter verschlechtert wurde, werden nun die Preise kräftig angehoben. „Busfahren wird zum Luxus für unsere Bürgerinnen und Bürger – das kann so nicht weiter gehen!“, sagt Antje Jansen, Fraktionsvorsitzende der Lübecker Bürgerschaftsfraktion. Der öffentliche Personennahverkehr gehört zur Daseinsvorsorge für die Bevölkerung und muss als solche bezahlbar bleiben. Also muss ein Sozialticket her! Seit dem die Linke in der Lübecker Bürgerschaft sitzt, fordert sie dieses – leider liegt es bisher in vielen Schubladen. „Gerade die Anhebung des Schülertickets ist unverantwortlich. Für eine Familie mit mehreren schulpflichtigen Kindern ist dies nicht mehr bezahlbar!“ so Antje Jansen weiter. „Busfahren darf nicht vom Geldbeutel abhängen. Lächerlich erscheint der Linken der Vorschlag zur Attraktivitätssteigerung der Busse durch Ausstattung mit einem Internetanschluss für die Fahrgäste, denn wem nützt ein Internetzugang im Bus, wenn er sich das Ticket nicht leisten kann?“ so Hans-Jürgen Martens, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Linken. Außerdem ist Die Linke der Meinung, dass es vielleicht ein Fehler gewesen ist, dem landesweiten Tarif beizutreten, denn jeglicher Einfluss auf die Preisgestaltung durch Lübeck wurde damit aus der Hand gegeben. www.die-linke-fraktion-luebeck.de

„Sozialticket statt „Schwarzfahren“:

WUPPERTAL. Der Pressesprecher der Wuppertaler Stadtwerke sieht in einer Erhöhung der Strafe für erwischte „SchwarzfahrerInnen“ einen erheblichen Abschreckungseffekt. Die Ratsfraktion Die Linke ist gegen diese Abschreckung. Denn sie löst das Problem nicht. Richtig ist es, Mobilität allen zu ermöglichen, denn sie ist in der heutigen Gesellschaft eine der wichtigsten Voraussetzungen für die erfolgreiche Teilhabe am Arbeitsmarkt, aber auch für die Teilnahme am sozialen und kulturellen Leben in der Gesellschaft. Gerade dies haben die WSW mit ihrem Nein zur Einführung des Sozialtickets zu einem Preis von knapp 30 Euro verweigert. Dies geschah mit dem Hinweis auf mögliche finanzielle Einbußen. Bei der Entscheidung zur Erhöhung der WSW-Vorstandsbezüge gab es keine finanziellen Bedenken. Die Fraktion Die Linke im Rat fordert seit langem die Einführung eines Sozialtickets für die im Hartz IV-Regelsatz für Mobilität vorgesehenen 15 Euro monatlich. Ein erhöhtes Bußgeld werden die Betroffenen genauso wenig bezahlen können wie den regulären Fahrpreis, und das bedeutet in letzter Konsequenz Knast. So saßen im Jahr 2011 in Berlin ein Drittel aller Häftlinge, die Ersatzfreiheitsstrafen antreten

mussten, wegen „Schwarzfahrens“ hinter Gittern. www.die-linke-wuppertal.de

Senat mit Kita-Ausbau weiterhin überfordert: BREMEN. Bei der heutigen Landtagsdebatte zur Kita-Ausbauplanung warf Cindi Tuncel, kinder- und jugendpolitischer Sprecher der Linksfraktion, dem Senat Mängelverwaltung und politische Untätigkeit vor. Wie aus der lückenhaften Senatsantwort auf die Große Anfrage der Linksfraktion hervorgeht, gibt es in Bremen derzeit 3 272 qualifizierte Kita-Plätze, was einer Versorgungsquote von knapp 25 Prozent entspricht. In Bremerhaven ist bis dato eine Betreuungsquote von 16,6 Prozent umgesetzt. Bis 2013 auf die Zielvorgabe von 35 Prozent zu kommen, ist illusorisch. Besonders alarmierend sei dieser Rückstand angesichts des tatsächlichen Bedarfs an Kita-Plätzen. Gemessen an den aktuell 5 600 Anmeldungen liegt dieser in Bremen bei 45 Prozent. Damit fehlen nach Datengrundlage des Senats rund 2 300 Plätze. Tuncel: „Das macht zwei Drittel der bestehenden Plätze und 17 Prozent der Altersgruppe aus. Um den Bedarf zu decken, müssten in Bremen dieses Jahr 26 Mio. Euro mehr ausgegeben werden.“ Ein entsprechender Antrag der Linken wurde bei den Haushaltsverhandlungen jedoch abgelehnt. Dass der Senat nach wie vor keinen gesteigerten Handlungsbedarf sehe, habe er nun nochmals schriftlich klar gemacht. Cindi Tuncel: „Allerdings macht auch die jetzige Rot-Grün-Regierung nicht den Eindruck, die Ärmel hochkrempeln zu wollen. Statt sich auf den schnellen Ausbau zu konzentrieren, wird die Lage mit immer neuen Formeln schön gerechnet. Das ist wieder verschwendete Zeit. Wenn Eltern ab 2013 keinen Kita-Platz haben, nützt kein Zahlenzauber mehr. Dann werden sie das merken und möglicherweise ihr Recht einklagen. Warum wird die Öffentlichkeit trotzdem für dumm verkauft?“ www.linksfraktion-bremen.de

Musikzentrum: Regierungspräsident soll Ratsbeschluss beanstanden: BOCHUM. Ralf Feldmann, Mitglied der Linken im Rat, hat Regierungspräsidenten Dr. Bollermann aufgefordert, den Ratsbeschluss vom 5. Juli zu beanstanden, mit dem festgestellt wurde, dass die Bedingungen zum Bau des Musikzentrums erfüllt sein sollen. „Die Bedingungen des Grundsatzbeschlusses vom März letzten Jahres sind nicht erfüllt“, so Ralf Feldmann. „Die Zusage der Stiftung über eine Zuwendung in Höhe von 12,5 Mio. Euro für das Musikzentrum ist zwar ein begrüßenswertes bürgerschaftliches Engagement, aber rechtlich nicht wirksam. Denn die Stiftung kann sich nur in den Grenzen ihres tatsächlich vorhandenen Vermögens von derzeit knapp 8,4 Mio. Euro verpflichten. Das ergibt sich nicht nur aus allgemeinen stiftungsrechtlichen Grundsätzen, sondern

auch aus der Satzung der Stiftung selbst. Die Bürgerschaft der GSL-Bank für eine unwirksame Zuwendung geht dann ins Leere.“ Aus diesen und anderen Gründen ist die geplante Einhaltung des kommunalen Eigenanteils von 2,4 Mio. Euro unrealistisch. Denn selbst der kostengünstigste der drei Architektenentwürfe überschreitet bereits die geplante Einhaltung der Baukosten von 33 Millionen Euro. Das Gutachterbüro Drees & Sommer weist zudem auf eine mögliche Baukostensteigerung von jährlich 1,5 bis 2 Prozent hin, sowie auf einen Unsicherheitsfaktor von plus/minus 15 Prozent. Auch die jährlichen Betriebskosten von maximal 650 000 Euro können nicht eingehalten werden.“ www.linksfraktion-bochum.de

Linke sind für Liveübertragungen: DORTMUND. Die Linke im Rat spricht sich für Liveübertragungen aus Sitzungen des Rates und der Ausschüsse aus, gab deren Fraktionssprecher Utz Kowalewski am Montag bekannt. „Öffentliche Sitzungen in einem öffentlichem Medium zu übertragen ist vom Demokratied Gedanken her vollkommen richtig. Die Plätze auf der Besuchertribüne sind begrenzt und die Sitzungen finden zu Tageszeiten statt, in denen die meisten Menschen arbeiten müssen. Daher wäre es sinnvoll die Debatten ins Internet zu stellen, als Livestream, aber auch zum Download. Vielleicht wäre es auch ein Beitrag zu einer sachlichen Debattenkultur, wenn die Ratsmitglieder wissen, dass das, was sie sagen, auch in der Bürgerschaft gehört werden kann“, so Kowalewski. www.dielinke-dortmund.de

Bettensteuer: Linke Politik wirkt! LÜBECK. Ragnar Lüttke, Fraktionsgeschäftsführer der Lübecker Bürgerfraktion zeigt sich erfreut über das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts. Letztlich zeige sich, dass die schlimmsten Voraussagen der Lübecker Oppositionsfraktionen und einiger Hotelverbände bezüglich des erheblichen Rückgangs der Übernachtungszahlen, der drastischen Umsatzeinbrüche, dass Touristen mit der Übernachtungssteuer einen großen Bogen um Lübeck machen würden, sich nicht bewahrheitet hätten. „Im Gegenteil: im ersten Quartal 2012 sind die Übernachtungszahlen über 10% gestiegen, Tendenz des zweiten Quartals ebenfalls positiv mit einer über 5%igen Steigerung. „Einmal mehr zeigt sich: Linke Politik wirkt. Wir sind hoch erfreut über das heutige Urteil, denn die Bettensteuer ist gut für unsere Stadt.“ Auch wenn das Bundesverwaltungsgericht eine pauschale Bettensteuer abgelehnt hat, ist Lübecks differenzierte Bettensteuer bestätigt, weil die Abgabe nur von Touristen erhoben wird.

www.die-linke-fraktion-luebeck.de

(Zusammenstellung: ulj)

Studie der Hans-Böckler-Stiftung

Diakonie – christlicher Dienst muss sich rechnen

Der Skandal ist lange noch nicht genügend in der Öffentlichkeit: Der von den Kirchen in ihren Sozialeinrichtungen wie z.B. der Diakonie praktizierte so genannte „Dritte Weg“, wird zwar theologisch mit der Idee der „christlichen Dienstgemeinschaft“ zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmer begründet, ist aber in Wirklichkeit eine aktive Geschäfts- und Wettbewerbsstrategie, „um sich gegenüber sozialwirtschaftlichen Konkurrenten durchzusetzen“. Zu diesem Ergebnis kommt eine im Juli 2012 veröffentlichte Studie der Hans-Böckler-Stiftung unter dem Titel: „Leiharbeit und Ausgliederung in diakonischen Sozialunternehmen“. Die Forscher kommen zu dem Ergebnis: Um Lohnkosten zu reduzieren, sind in der Diakonie der evangelischen Kirche Ausgliederungen von Betrieben und Betriebsteilen „flächendeckend verbreitet“.

Anfang der 1990er Jahre gab es einen Umbruch im traditionell vom Prinzip der Subsidiarität geprägten Sozialsystem in Deutschland. Eingeführt wurde eine ökonomisch orientierte Sozialwirtschaft, die zu einer grundlegenden Veränderung der Produktion sozialer Dienste führte. Die Studie der Hans-Böckler-Stiftung beschreibt diese neue Situation folgendermaßen: „Die Träger und Einrichtungen im Sozialsektor haben in den vergangenen Jahren einen Modernisierungsprozess initiiert, in dessen Rahmen es primär darum geht, aus weltanschaulich und sozialpolitisch begründeten gemeinnützigen Organisationen sozialwirtschaftliche Leistungserbringer zu formen, deren zentrale Aufgabe die Erbringung von professionellen Dienstleistungen ist, deren Leistungserbringung und Ergebnisse unter Effektivitäts- und Effizienzkriterien darstellbar und kontrollierbar sind“.

Im Ergebnis haben auch die gemeinnützigen christlichen Hilfsorganisationen wie Caritas und Diakonie dieses Prinzip übernommen. Ihre Sozialunternehmen entwickelten sich nahezu ausschließlich nach betriebswirtschaftlich definierten Zielsetzungen, die ihre Leistungen den völlig „normalen“ kapitalistischen Rationalitätskriterien unterwerfen. Davon betroffen sind in den diakonischen „Werken“ der evangelischen Kirche in Deutschland etwa 435 000 Menschen in rund 27 000 selbständigen Einrichtungen. Die veränderten Refinanzierungsbedingungen im Sozialsektor haben den Kostendruck auf diese Einrichtungen in den letzten Jahren immer größer werden lassen. Die Unternehmen haben darauf mit umfassenden Rationalisierungen

und Kostensenkungsprogrammen geantwortet, die insbesondere den Personalbereich betreffen. Tarifliche Ausdifferenzierung, Ausgliederungen, die Nutzung von Arbeitnehmerüberlassung, Schaffung von Niedriglohnbereichen usw. sind flächendeckend anzutreffende Erscheinungsformen. Aus Werken mit religiösem Selbstverständnis sind Leistungserbringern geworden, die im Wettbewerb um Aufträge der Kommunen, der Agenturen für Arbeit oder anderer Kostenträger stehen und in dieser Konkurrenz bestehen müssen. Viele Träger von Einrichtungen fahren daher Dienste zurück, schließen sich zu größeren Einheiten zusammen und verkaufen oder schließen Einrichtungen. Auf der Ebene der Spitzenverbände werden insbesondere Krankenhäuser und Altenheime in eigene, rechtlich selbstständige Betriebsträgersgesellschaften überführt und zusammengeschlossen. Es entstehen in der Tendenz immer größere Betriebseinheiten, die teilweise verbandsübergreifend tätig sind, um vermeintlich effektiver wirtschaften zu können.

Die Studie der Hans-Böckler-Stiftung beschreibt, wie sich bis vor wenigen Jahren die arbeitsrechtlichen Regelwerke der Kirchen und ihrer Verbände weitgehend am BAT des öffentlichen Dienstes orientierten, so dass die differenzierte Organisationsstruktur der Diakonie sich kaum in unterschiedlichen Regelungen der Arbeitsbeziehungen niederschlug. Dies hat sich mittlerweile jedoch deutlich verändert. Während für die Beschäftigten der Kirchen auch weiterhin weitgehend das Tarifrecht des öffentlichen Dienstes (TVöD/Bund bzw. TVöD/Länder) angewendet bzw. nachgebildet ist, setzen sich die kirchlichen Wohlfahrtsverbände für eine Abkehr von den tariflichen Bestimmungen des öffentlichen Dienstes und die Schaffung eigener, davon unabhängiger Arbeitsregelungen ein. Begründet wird dies mit den veränderten Rahmenbedingungen im Bereich sozialer Dienste. ... „diakonische Einrichtungen verfügen nicht über Steuereinnahmen, sondern finanzieren sich zum großen Teil aus Leistungsentgelten der Sozialkassen. Mit der Abschaffung des so genannten ‚Selbstkostendeckungsprinzips‘ in den 1990-er Jahren fand hier ein Paradigmenwechsel statt: Die freie Wohlfahrtspflege verlor die Garantie, dass ihre Aufgaben in voller Höhe erstattet würden. Statt dessen konkurrieren diakonische mit privatgewerblichen und freigemeinnützigen Trägern um die Erbringung von Leistungen und deren Preise.“

Da im Bereich sozialer Dienste zwischen 70 und 80 Prozent der anfallenden Kosten Personalkosten sind, verwundert es nicht, dass eine „wirtschaftlich solide diakonische Personalwirtschaft“



Ver.di unterstützt den Kampf der Beschäftigten der Diakonie für einen Tarifvertrag und Streikrecht auch im Raum der Kirchen.
<http://www.streikrecht-ist-grundrecht.de/>

angestrebt wird, um im Wettbewerb bestehen zu können, wie die Studie des „Informationsmagazin“ des Verbandes diakonischer Dienstgeber in Deutschland (VdDD), 2/2008 mit dem Titel „Diakonie unternehmen“ feststellt. Allein schon die betriebswirtschaftliche Sprache aus dem Personalmanagement verrät, was Geistes Kind sie sind, die da reden. „Die kirchlichen Akteure antworten in dieser Lage mit einer Strategie normativer Aufladung und gesteigerter Affirmation“ heißt es in der wissenschaftlichen Sprache der Studie. Dass heißt: Der ideologische Druck auf die Kolleginnen und Kollegen wird kräftig erhöht. Wer in der Diakonie arbeitet, hat sich in die „Dienstgemeinschaft“ einzu-fügen. „Die gemeinsame Verantwortung für den Dienst der Kirche und ihrer Diakonie verbindet Dienststellenleitungen und Mitarbeiter wie Mitarbeiterinnen zu einer Dienstgemeinschaft und verpflichtet sie zu vertrauensvoller Zusammenarbeit.“ So steht es in der Präambel des Mitarbeitervertretungsgesetzes der Evangelischen Kirche in Deutschland. „Mit einer Gemeinschaft im Dienst geht das Ideal eines vertrauensvollen Miteinanders, der Rücksichtnahme und der einander zugewandten Konfliktlösung einher. Das dem staatlichen Arbeitsrecht zugrunde liegende Modell des harten Interessenantagonismus ist dem Dienst in der Kirche fremd“, heißt es dazu in einem Kommentar. Der Vorsitzende des VdDD Rückert kennzeichnet den „Dritten Weg“ als „Diskurs vernünftiger Menschen“. Er sei dem „pfeifenden und kreischenden Straßenkampf um Lohnerhöhungen“ so-gar „zivilisatorisch überlegen“.

Diese arbeitsrechtliche Sonderstellung wird im kirchlichen Sprachgebrauch als „Dritter Weg“ bezeichnet. Als „erster Weg“ gilt in diesem Zusammenhang die Festlegung von Arbeitsbedingungen durch einseitige Setzung der Arbeitgeber ohne Beteiligung von Arbeitnehmern. Verhandlungen und Arbeitskampfmaßnahmen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften über den Abschluss von Tarifverträgen werden der „zweite Weg“ genannt. Beim

„Dritten Weg“ soll ein christliches Selbstverständnis zum Ausdruck gebracht werden, nach dem beide, „Dienstgeber“ wie „Dienstnehmer“, eine besondere Gemeinschaft bilden, die als „kirchliche Dienstgemeinschaft“ Arbeitskampfmaßnahmen wie Streik als Mittel der Konfliktregulierung ausschließt. Die Kirchen sind aus dem Betriebsverfassungsgesetz herausgenommen. Streitigkeiten aus dem kirchlichen Mitarbeitervertretungsrecht unterliegen auch nicht der Zuständigkeit staatlicher Gerichte. Und um klarzustellen, dass die „Dienstgemeinschaft“ auf eine arbeitsordnungspolitische Gestaltung abzielt und nicht auf eine Glaubensaussage begrenzt

ist, hat der Kirchengerichtshof der EKD in einer Entscheidung zur Leiharbeit im Jahr 2006 herausgestellt: „Die Dienstgemeinschaft ist nicht nur als religiöse Ausrichtung zu verstehen, sondern als organisatorische Gemeinschaft von Dienstgeber und Dienstnehmern, und zwar auch im rechtlichen Sinne.“ Will heißen, wer sich nicht fügt, für den ist das Arbeitsrecht zur Disziplinierung da.

Auf der rechtlichen Ebene wird diese Sonderstellung mit Verweis auf die im Grundgesetz Art. 140 inkorporierten „Kirchenartikel“ (Art. 136-139 und 141 der Weimarer Reichsverfassung) gerechtfertigt. Das in Art. 137 Abs. 3 WRV niedergelegte Recht jeder Religionsgesellschaft und weltanschaulichen Vereinigung ihre Angelegenheiten selbstständig zu ordnen und zu verwalten, wird so ausgelegt, dass zu den eigenen Angelegenheiten auch die Gestaltung insbesondere des kollektiven Arbeitsrechtes gehöre. Alle „Werke“ der Kirche gelten kirchenrechtlich als Wesensäußerungen der Kirche. Die evangelischen Kirchen haben sich dazu ein eigenes Mitarbeitervertretungsrecht geschaffen, das „Kirchengesetz über Mitarbeitervertretungen in der Evangelischen Kirche in Deutschland“ (MVG-EKD).

Ange-sichts ihrer Untersuchungsergebnisse kommen die Wissenschaftler der Böckler-Stiftung zu dem Schluss: „Gelebte Dienstgemeinschaft existiert in der Praxis nicht. Er folgt in der sozialunternehmerischen Wirklichkeit den Gesetzmäßigkeiten der gesamten Sozialbranche, und die ist von den herrschenden Refinanzierungsbedingungen bestimmt und nicht von Glaubens- bzw. Wertebesonderheiten. Große Teile der Mitarbeitervertretungen der Diakonie fordern deshalb den Übergang in den zweiten Weg und einen „Tarifvertrag Soziales“ als Bremse der herrschenden Konkurrenzbedingungen.“ Nicht Glaubens- bzw. Wertebesonderheiten kennzeichnen die Arbeit der Diakonie, sondern Gesetzmäßigkeiten sozialunternehmerischen Wirklichkeit. Die Untersuchung der Hans-Böckler-Stiftung schildert sehr detailliert die vielfältige

Strategie der Flexibilisierung der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten im kirchlichen Dienst. Dabei geht es nicht alleine darum, den theologisch überhöhten, oft doppelzüngigen Widerspruch der Rede von „Dienstgemeinschaft“ zu entlarven. Sie will konkret die um Rechte und Tarifverträge kämpfenden Belegschaften unterstützen.

Große Teile der Mitarbeitervertretun-

Quelle: Heinz-Jürgen Dahme, Gertrud Kühnlein, Anna Stefaniak, Norbert Wohlfahrt: Leiharbeit und Ausgliederung in diakonischen Sozialunternehmen: Der „Dritte Weg“ zwischen normativem Anspruch und sozialwirtschaftlicher Realität. Endbericht eines Projekts für die Hans-Böckler-Stiftung, Juli 2012.

Download: www.boeckler.de/pdf/pm_fof_2012_07_11.pdf

Bundesarbeitsministerin von der Leyen ist von ihren Ankündigungen abgerückt, per Gesetz einen gleichen Lohn für Zeitarbeiter einzuführen.

Stattdessen will die Ministerin den schon lange laufenden „Monitoring“(Beobachtungs)-Prozess für das Leihgewerbe noch einmal bis November diesen Jahres verlängern. Damit ist klar, dass ein Gesetz, das die gleiche Bezahlung von Leiharbeit vorschreibt, vor der Bundestagswahl 2013 nicht mehr zustande kommen wird. Als Begründung gibt die Ministerin u.a. die Tarifierfolge in der Metall-, Elektro- und Chemiebranche an. Tatsächlich hat die IG Metall durch Branchenzuschläge geschafft, Leiharbeit in Unternehmen der Metall- und Elektroindustrie in beträchtlichem Umfang aus der Niedriglohnzone herauszuholen (siehe PB 6/12). Auch die IG BCE hat erreicht, dass Leiharbeiter, die in der chemischen Industrie eingesetzt werden, ab dem 1. November 2012 bis zu 90 Prozent der Chemie-Entgelte bekommen. In anderen Industriebranchen wie Kunststoffverarbeitung, Holz und Papier, Solarbranche, Windkraft, Nahrungs- und Genussmittel, in

den Diakonie fordern deshalb den Übergang zu Tarifverhandlungen und einen Tarifvertrag als Bremse der herrschenden Konkurrenzbedingungen. Ein solcher Tarifvertrag, der gewerkschaftliche Rechte wie das Streikrecht anerkennt, wäre wahrlich ein Gewinn für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Diakonie. *Karl-Helmut Lechner*

der Druckindustrie und mehr noch in den großen Beschäftigungsbereichen Handwerk, Hotel- und Gaststättengewerbe, in der Pflege und im gesamten privaten Dienstleistungsgewerbe gibt es aber weiter extrem schlecht bezahlte Leiharbeit.

Die SPD-Europaabgeordnete Jutta Steinruck wirft der Bundesregierung deshalb vor, sie verstoße mit ihrer Blockadepolitik „weiter gegen EU-Recht“. Bereits Ende 2011 habe die Regierung die EU-Richtlinie zu Leiharbeit (2008/104/EG) umsetzen müssen. „In dieser wird klar festgelegt, dass bis 5. Dezember 2011 die Lohn und Arbeitsbedingungen der Stammebelegschaft auch für Leiharbeiter gelten müssen.“ (MRN-News, 20.7.2012) Wir dokumentieren im Folgenden aus der Erklärung von Verdi, in der diese begründet, dass ein Gesetz zur gleichen Bezahlung trotzdem notwendig bleibt, da Branchenzuschläge im Tarifbereich von Verdi oft nicht greifen würden. *Rüdiger Lötzer, Thorsten Jannoff*

Branchenzuschläge kein Ersatz für Equal Pay

Arbeitsministerin von der Leyen geht auf Distanz zu ihrer Absicht, mit einer gesetzlichen Regelung für gleiche Bezahlung von Leiharbeitnehmern zum Stammpersonal zu sorgen. Damit soll weiterer Ärger in der Koalition vermieden werden, die FDP ist bekanntermaßen kein Freund einer gesetzlichen Regelung. Stattdessen sollen nun die Tarifparteien regeln, dass Lohndumping mittels LeiharbeiterInnen eingedämmt wird. Die Arbeitsministerin beruft sich dabei auf die Einigung über Branchenzuschläge von IG Metall und IG BCE mit den Arbeitgeberverbänden für die Metall-, Elektro- und Chemieindustrie. Dort sollen Leiharbeiter, gestaffelt nach Beschäftigungszeit, Zuschläge nach mindestens sechs Wochen Arbeit beim gleichen Entleiher erhalten. Außerdem verweist sie zum Erstaunen von Verdi darauf, dass ähnliche Zuschlagsregelungen auch für die Branchen „Gesundheit, Druck, Logistik und

Verkehr vorbereitet werden“ ...

Verdi-Sprecher Christoph Schmitz: „Von Verhandlungen – oder auch nur der Vorbereitung von Verhandlungen – sind wir noch meilenweit entfernt. Eine unmittelbare Übertragung der tarifvertraglichen Regelungen für die Metall- und Elektroindustrie oder die Chemieindustrie ist schwer vorstellbar, weil rund 50 Prozent der Leiharbeitsbeschäftigten maximal drei Monate im Entleihbetrieb eingesetzt werden, zwölf Prozent sogar nur maximal drei Tage. Es ist für uns nicht vorstellbar, einen Branchenzuschlag zu tarifieren, von dem die Mehrheit der betroffenen Leiharbeitsbeschäftigten nicht profitieren würde.“

Verdi wird sich weiterhin für eine gesetzliche Equal Pay Regelung einsetzen. Denn, so Christoph Schmitz: „Die einfachste, unbürokratischste und gerechteste Lösung, um den Missbrauch von Leiharbeit zu bekämpfen, wäre Equal Pay vom ersten Tag an.“

BDA fordert, das Ausufern öffentlicher Beschäftigung zu vermeiden. Arbeitgeber aktuell (Publikationsreihe des BDA), Juni 2012.

Statt geringer Qualifizierte und Langarbeitslose in großem Stil in kontraproduktiven öffentlichen Beschäftigungsprogrammen zu parken, wie das 2007 und 2008 geschehen sei, müssten fortbestehende Beschäftigungsbremsen im Bereich einfacher Arbeit gelöst werden, so der BDA. Die immer wieder genährte Illusion, es gäbe eine beschäftigungspolitische Alternative zu einem regulären Arbeitsplatz am ersten Arbeitsmarkt in Form einer dauerhaft subventionierten, öffentlichen Beschäftigung an einem „zweiten“ oder „dritten Arbeitsmarkt“ sei falsch. In einer funktionierenden Marktwirtschaft müsse öffentlich geförderte Beschäftigung für Arbeitslose die Ausnahme sein und dürfe nur unter eng definierten Bedingungen organisiert werden: zur Prüfung von Arbeitsbereitschaft, als streng subsidiäre Gelegenheit zu sinnvoller Beschäftigung im Interesse der Allgemeinheit. Um bei Arbeitsgelegenheiten gegen Aufwandsentschädigung eine kontraproduktive Verdrängung regulärer Arbeitsplätze durch öffentlich geförderte Beschäftigung zu verhindern, müssten regional besetzte Beiräte aus Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern mit Vetorecht eingerichtet werden.

BDA gibt „Leitfaden für Willkommenskultur“ heraus. *Welt online/Welt am Sonntag, So., 15.7.2012.* Nicht zuletzt die Tatsache, dass schon heute in den naturwissenschaftlich-mathematischen Feldern rund 200 000 Fachkräfte fehlen, hat die Arbeitgeberverbände auf den Plan gerufen, selbst initiativ zu werden. Mit einem Leitfaden für Unternehmen zur „Willkommenskultur“ will die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) einen Beitrag für den nötigen Bewusstseinswandel leisten. Arbeitgeberpräsident D. Hundt: „Wir müssen dafür werben, dass sich noch mehr qualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland für Deutschland interessieren und entscheiden.“

Deutscher Industrie- und Handelskammertag warnt vor Energiewende. *Handelsblatt online, Mi., 18.07.12.* Die deutsche Wirtschaft greift die Zweifel der Bundesregierung an der Energiewende auf. Die Politik müsse bei der Neuausrichtung ihrer Pläne insbesondere auf die Kosten achten, sagte der Hauptgeschäftsführer des DIHK, M. Wansleben. „Die Politik muss mit hoher Priorität die Kosten der Energiewende senken“. Die Planungen von Bund und Ländern für Netzausbau und Ausbau der erneuerbaren Energien müssten besser koordiniert werden. Der Einspeisevorrang der Erneuerbaren müsse begrenzt werden. Im Klartext: Strom etwa aus Gaskraftwerken solle für den Betreiber rentabler werden, damit sich der Bau solcher konventioneller Kraftwerke lohnt. *Zusammenstellung: rst*

Wählerpotentiale für Die Linke vor dem Hintergrund der jüngsten Wahlergebnisse, Umfragen und empirischen Studien

Von Horst Kahrs und Dr. Harald Pätzolt – Juli 2012*

Eine Frage der Perspektive

Die jüngsten Wahlergebnisse bei den Landtagswahlen 2012 sowie die bundesweiten Umfragewerte zeigen: Potentielle Wählerinnen und Wähler der Linken haben ihre Ansichten über die Partei geändert. Zusammengefasst lautet, bei allen Unterschieden, ihre gemeinsame Botschaft: Wir sehen keine ausreichenden Gründe mehr, euch unsere Stimme zu geben. Die Linke hatte kein hinreichend gutes, also „wettbewerbsfähiges“ politisches Angebot.

Einer rückläufigen Zustimmung kann eine Partei auf drei Wegen begegnen:

- Der Rückgang kann hingenommen werden, weil die Ursachen als nicht beeinflussbar bewertet oder frühere Zustimmungswerte als „Hype“, der Rückgang also als „Normalisierung“ interpretiert werden;
- Der Rückgang kann verarbeitet werden als Resultat blockierter Kommunikation: man sei in den Medien nicht durchgedrungen, man müsse es den Leuten nur besser erklären, dann würden sie schon zustimmen; oder: „die Zeit“ sei noch nicht reif gewesen;
- Der Rückgang kann verarbeitet werden als Resultat blockierter eigener Wahrnehmung: man hat nicht verstanden, was die unzufriedenen Wählerinnen und Wähler wollen; man hat Veränderungen im Alltagsbewusstsein, in ihren Wertungen darüber, worauf es ankommt, und Veränderungen in ihrer Wahrnehmung der Partei und ihres Verhältnisses zu anderen Parteien

A. Wahlanalysen: Akzeptanz und Potentiale

Akzeptanz meint eine Zustimmung zu Aussagen wie: *Es ist in Ordnung, dass es diese Partei gibt und sie sollte im Parlament vertreten sein.*

Potential meint eine Zustimmung zu Aussagen wie: *Ich könnte mir vorstellen, diese Partei auch zu wählen.*

In Westdeutschland ist Die Linke eine minoritäre Partei. Die Behauptung, sie würde die Interessen der Mehrheit vertreten, steht in einem offenkundigen Widerspruch zur Auffassung dieser

nicht berücksichtigt.

Dieses Papier kommt in Auswertung der Wahlergebnisse, von Umfragen und eigener Studien zu dem Ergebnis, dass die zwei ersten Verarbeitungsmodi eine gewisse Erklärungskraft und Berechtigung beanspruchen können. Allerdings dürfte der dritte, die unzureichende Verarbeitung von Veränderungen in der Wählerschaft, der entscheidende sein.

Die Wählerschaft ist der Souverän und Auftraggeber. Parteien befinden sich in einer dienenden Rolle.

Oft freilich ist die Sicht aus den Parteien heraus eine umgekehrte. Die Wählerschaft erscheint als Masse, deren Unterstützung zur Zielerreichung der Parteien (Mandate, Ämter, Programme) notwendig ist.

Nehmen wir in diesem Papier also einen Perspektivenwechsel vor: Das Wort vom „Wählerauftrag“ kennzeichnet die Beziehung zwischen Wählenden und Gewählten. Die Bereitschaft, die Partei Die Linke zu beauftragen, ist in Ostdeutschland teilweise geschwächt und in Westdeutschland droht mit dem Wahlergebnis von Nordrhein-Westfalen das Unternehmen „Aufbau einer neuen gesamtdeutschen linken Partei“ symbolisch und tatsächlich zu scheitern.

Die Zukunft der Partei Die Linke als gesamtdeutsche hängt von ihrem relativen Erfolg im Westen ab, ein weiterer Grund, weshalb der Schwerpunkt dieser Betrachtungen auf Zahlen aus dem Westen des Landes liegt.

Mehrheit. Die Mehrheit der Wahlberechtigten in Nordrhein-Westfalen, rund 885 von 1000, war der Auffassung, dass Die Linke nicht wieder im Landtag vertreten sein sollte/müsste. Nur 115 von 1000 Wahlberechtigten fanden es gut, wenn sie wieder im Landtag vertreten wäre. Bei allen anderen Parteien, auch bei der FDP und den Piraten, lagen diese Akzeptanzwerte höher. Die Existenz der Linken, ihr bloßes Vorhandensein als konkurrierende Partei

ist bei den Anhängern der anderen Parteien und parteiungebundenen Wahlberechtigten nicht (breit) akzeptiert.

Die Zahl derjenigen, die sich im April und Mai in Nordrhein-Westfalen vorstellen konnten, Die Linke auch zu wählen, war naturgemäß noch kleiner und betrug etwa 70 von 1000 Wahlberechtigten oder etwa 10% der wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger. *Für über 90% der Wahlberechtigten war Die Linke in NRW keine wählbare Partei.* Die Zahlen für alle westlichen Länder mit Ausnahme des Saarlandes und der Stadtstaaten sind vergleichbar.

Sowohl die Zahlen für die „Akzeptanz“ als auch die für das „Potential“ sind seit 2010 in der Tendenz rückläufig. Im Ergebnis der Landtagswahl in NRW 2012 haben Die Linke 15 von 1000 Wahlberechtigten (2010: 33; 2009: 56) auch gewählt. Die Wahrscheinlichkeit, im Alltag auf einen anderen Linke-Wähler zu treffen, hat sich mehr als halbiert. Verbunden mit dem Image des Wahlverlierers ist die Aussicht, dass außerhalb der aktiven Mitgliederkreise im Alltag positiv über Die Linke geredet wird, vermutlich dramatisch gesunken. Hinzu kommt, dass gerade unter mit größerer Wahrscheinlichkeit politisch kommunizierenden Wahlberechtigten (z.B. Gewerkschaftern) die Abwendung überdurchschnittlich war.

Naheliegende Schlussfolgerungen

Die medial vermittelte Kommunikation über das Wollen und Handeln der Partei bekommt im Verhältnis zum lebensweltlichen unmittelbaren Kommunizieren auf der Straße, im Betrieb, in der Universität, in Freundeskreisen einen (noch) größeren Stellenwert. Für die weitere soziale Verankerung der Partei kann dies kontraproduktive Wirkungen haben.

Für eine Umkehr des gegenwärtigen Negativtrends gibt es ein kleines Zeitfenster. Es schließt sich für die Bundestagswahl 2013, bei Ausbleiben schwerwiegender und zugleich positiv wirkender äußerer Einflüsse, allerspätestens im Januar 2013 mit der Wahl in Niedersachsen.

Akzeptanz hängt vor allem vom Auftreten, vom Stil, vom Image einer Partei ab. Die Linke hat ein ausgeprägtes Negativimage bei der überwiegenden

* **Zu den Autoren:** Horst Kahrs arbeitet im Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Dr. Harald Pätzolt arbeitet beim Parteivorstand Die Linke. Der Text steht in alleiniger Verantwortung der beiden Autoren. Text nach www.horstkahrs.de/wp-content/uploads/2012/05/2012-07-HK-HP-Wählerpotentiale.pdf. Er ist auch als „Standpunkte“ bei www.rosalux.de veröffentlicht.

Mehrheit der Wahlberechtigten (nebenbei ein Grund, warum die SPD in Westdeutschland keine Koalitionen einging, bevor dann noch die Aussicht hinzukam, die Linke wieder aus den Parlamenten heraushalten zu können). Der Kern des Negativimages könnte darin bestehen, dass die Mehrheit die demonstrative Selbstgewissheit, dass die Partei die „Interessen der Mehrheit“ vertritt, als Hybris wahrnimmt, gerade wenn die Mehrheit von der Daseinsberechtigung eben dieser Partei gar nicht überzeugt ist, weil sie ihre Interessen eben nicht nachhaltig in den politischen Auseinandersetzungen vertreten sieht.

Hinsichtlich der Glaubwürdigkeit des Auftretens, der Absichten und der Durchsetzungsbereitschaft sollten auch nicht die gerade in traditionellen sozialdemokratischen Wählerschichten Westdeutschlands verbreiteten antikommunistischen Ressentiments unterschätzt werden. Ambivalenzen im Verhältnis zur DDR als Diktatur, zur Beschönigung der Unterdrückung von Freiheitsrechten („Mauer“, „Kuba“ etc.) aktualisieren das schnell Vorbehalte, wonach sich im Gewand der neuen Linken doch nur die alte staatssozialistische „Nachfolgepartei“ verberge.

Die Ausweitung der Akzeptanz einer Partei wie der Linken ist ein längerfristiger Vorgang, schnelle Erfolge sind kaum mehr zu erwarten. Vermutlich kann es mit Blick auf die Bundestagswahl zuerst einmal nur darum gehen, weitere Einbußen zu verhindern. Allerdings muss dafür eine Art und Weise gefunden werden, die zugleich den Grundstein für eine Ausweitung legt. Es muss das Ziel sein, dass deutlich mehr Wahlberechtigte es gut finden, wenn Die Linke in den Parlamenten sitzt, auch wenn sie sie nach jetziger Ansicht nie wählen würden. Dafür muss sie über kleine Zielgruppen hinaus eine öffentliche Funktion besitzen und diese glaubhaft und ausdauernd kommunizieren.

„Das Potential“ setzt sich aus heterogenen WählerInnenpotentiale zusammen

Wenn vom Wählerpotential der Linken die Rede ist, stellt das eine Verkürzung dar, die nur zulässig ist, wenn man weiß, dass es **das** Potential nicht gibt. Tatsächlich stand und steht Die Linke in Beziehung zu ganz unterschiedlichen Wählerpotentialen. Warum sich Wahlberechtigte vorstellen können, eine Partei zu wählen und es dann tun oder lassen, ist gerade bei einem wenig homogenen, vielfältigem Potential ein schwer ergründbarer Entscheidungsvorgang. Die Motive der Wählerschaf-

ten zu verstehen, ist umso schwieriger, je geringer oder einseitiger die Kommunikation zwischen Partei und potentiellen WählerInnen ausfällt.

Ausgegangen wird davon, dass Die Linke nach Ost und West unterscheidbare Wählerpotentiale hat.

Aber sie unterscheiden sich auch in Ost und in West. Die Wahlen 2011 verliefen vielfach nicht erfreulich, aber im Ergebnis zeigten sie hinsichtlich der Potentiale „stagnierende Stabilität“.

Zum Beispiel: In Baden-Württemberg verlor die Partei unterm Strich 1000 Stimmen an die SPD, dahinter verbargen sich aber 20 000 Stimmen, die von der Linken zur SPD gegangen waren und 19 000 Stimmen, die von der SPD gleichzeitig zur Linken gekommen waren – Zeichen eines lebendigen Austausches in einer zugespitzten politischen Situation (Wechselstimmung), in der Die Linke als tatsächliche Option wahrgenommen würde. Ähnlich große Wanderungsbewegungen verbergen sich hinter dem Saldogewinn von 2 000 SPD-Stimmen im Herbst 2011 in Berlin. Einen vergleichbaren Austausch in beide Richtungen gab es mit den Wahlenthaltern. Mit Ausnahme der Grünen in Baden-Württemberg und der Piraten in Berlin spielt der Austausch mit anderen Parteien bei den Wahlen 2011 keine hier zu beachtende Rolle.

Die Wahlen 2012 zeigen demgegenüber ein dramatisches Versiegen dieser Austauschbeziehungen. Es gibt kaum nennenswerte Zuwanderungen von SPD und Nichtwählern, fast nur noch Abwanderungen, und zwar in drei verschiedene Richtungen¹:

Erstens in Richtung Nichtwähler (vor allem in Schleswig-Holstein, mit Abstand im Saarland).

Zweitens in Richtung SPD (vor allem Nordrhein-Westfalen, mit großem Abstand in Schleswig-Holstein und im Saarland).

Drittens in Richtung Piraten (vor allem in Nordrhein-Westfalen).

Verlust an politischer Vielfalt und Qualität?

Hinter diesen Bewegungen und Richtungen in der Abwendung verbergen sich demnach mindestens auch drei unterschiedliche Motive und damit indirekte Aussagen über die Unterschiedlichkeit der Potentiale bzw. des mit der Linken verbundenen „politischen Gebrauchswerts“.

Erstens: Es lohnt sich nicht, überhaupt zu wählen; ich habe es mit der Linken nochmals versucht, es hat nichts gebracht und ich will keine andere Partei ausprobieren. Konse-

quenz: Wahlenthaltung.

Zweitens: Ich will, dass – vielleicht: bei aller Kritik am System – wenigstens sozialdemokratische Politik gemacht wird und von der Linken ist das – gewollt oder ungewollt – nicht zu erwarten. Konsequenz: Abwanderung zur SPD, wenn diese sich wieder (wie in NRW) deutlich sozialdemokratischer und volksnäher positioniert.

Drittens: Ich will mal wieder eine neue Partei ausprobieren (und bei den voraussichtlichen Wahlsiegern sein). Das bringt Bewegung in alle Parteien. Die Linke ist ja schon keine neue Partei mehr. Durch ihre Wahl kann ich keinen Protest mehr ausdrücken und Unruhe ins Parlament bringen. Konsequenz: Hinwendung zu den Piraten.²

Es könnte sein, dass mit den jüngsten Wahlen bereits länger anhaltende Abwendungsprozesse von den Wählenden „ratifiziert“ worden sind. Sie haben sich **nicht für** bzw. sie haben sich **gegen** die Linke entschieden. Vor allem letzteres könnte nur schwer wieder zu ändern sein. In diesem Fall handelte es sich um qualitative Verluste von Wählerpotentialen, die den Charakter der Partei selbst verändern. So wird die Rolle des „neuen Spielers“ 2013 nach zwei erfolgreich verlaufenden Bundestagswahlen nicht wieder auszufüllen sein. Die Linke wird ihre Rolle unter den etablierten Parteien auf *neue Weise* definieren müssen.

Die einseitige Hinwendung von Wählerpotentialen zur SPD hingegen kann für einen qualitativen Verlust hinsichtlich der Funktion, absehbare Verbesserungen für Arbeitnehmer, Rentner, Arbeitslose durchsetzen zu können, stehen.

Die Abwanderung zu den Nichtwählern wiederum steht womöglich für eine Abwendung von politischer Partizipation überhaupt, was einen qualitativen Verlust hinsichtlich der Fähigkeit zur Repräsentation bestimmter, an den Rand gedrängter oder von Ausgrenzung bedrohter Bevölkerungsgruppen bedeuten könnte.

Bei diesen Interpretationen handelt es sich um – begründete – Spekulationen über die politischen Haltungen und Motive, aus denen heraus sich verschiedene Potentialgruppen nicht für die Linke entschieden haben. Sie finden in den sozialen Merkmalen der Stimmenverluste durchaus eine Bestätigung. Es sind Verluste unter Erwerbslosen und formal niedrig Gebildeten zu verzeichnen, vor allem aber auch unter den sozialstaatlich orientierten Wählergruppen über 45 Jahren und Gewerkschaftsmitgliedern. Wenn hier die „Systemfrage“ gestellt wird, trifft

1 Berücksichtigt werden die beiden jeweils größten Abwanderungsrichtungen. In Berlin, im Saarland und in Schleswig-Holstein zählt die Abwanderung von Linke-Wählern zu den Piraten nicht zu den beiden dominierenden Bewegungen.

2 Über 70% der WählerInnen der Piraten in NRW sagten, sie wählten die Piraten, weil sie eine „neue Partei“ seien; Themenzuschreibungen („Soziale Gerechtigkeit“) oder tatsächlich vertretene Inhalte (Netzpoltik) erreichten jeweils nur 5 bis 10 Prozent.

das zwar vorhandene Empörung und Unbehagen über die weitere Entwicklung, am Ende zählt aber die pragmatische Antwort auf die „Frage“. Wie es in einer komplexen und schwer durchschaubaren Welt in diesem oder jenen Lebensbereich tatsächlich anders gehen kann, dürfte bei einer Wahlentscheidung ein wichtigeres Motiv sein als die „gefühlte Einsicht“, dass es so nicht gut geht/gehen kann.

Die Abwendungsbewegungen können endgültige oder abwartende sein. In jedem Fall stellen sie eine Aufforderung zur Selbstveränderung an die Partei Die Linke, bevor wieder ein Wählerauftrag an diese erteilt wird.

Der politische Imperativ lautet also: Wir müssen unser Angebot verändern, weil sich die Wettbewerbssituation geändert hat.

Es ginge um die Anpassung an veränderte Umweltbedingungen. Offensichtlich besteht in der (medialen) Öffentlichkeit die Bereitschaft, die Ergebnisse der Wahlen auf dem Göttinger Parteitag als Signale der Bereitschaft, des „Wir haben verstanden“, verbunden mit einer entsprechenden Erwartungshaltung, anzunehmen.

Das Problem der Alleinstellung

Alles hat seine Zeit. Eine neue Partei muss betonen, warum sie als neue Partei statt der anderen Parteien gewählt werden muss, warum sie anders ist als die anderen. Nur: Wer gibt sich auf Dauer damit zufrieden, eine Partei zu wählen, die anders ist als die anderen, aber nichts bewegt?

Über das, was Die Linke bewegt hat, wurde eher am Rande geredet oder im Tonfall eher beleidigter Empörung, weil „die anderen“ etwas geklaut hätten. Über das, was Die Linke unterscheidet, herrscht im Wählerpotential mehr Klarheit als wir glauben. Bittet man repräsentativ befragte Wahlberechtigte, die Parteien auf einer Links-Rechts-Skala von 1 bis 11 zu verorten,

so steht die Linke mit einem Abstand von bis zu 2 Punkten links von der SPD und den Grünen, mit denen sie andererseits gemeinsam zum linken Lager, zu den Parteien links von der Mitte gezählt wird. (Die Piraten werden derzeit auch dort platziert.) Der Abstand zwischen Linke und SPD ist meist größer als derjenige zwischen SPD und CDU oder FDP, die rechts verortet werden. Auch die **Wählerschaft der Linken** – im Rückblick auf die vergangenen Jahre – ordnet sich ganz links ein und mit einem zweiten Schwerpunkt „links der Mitte“. Diese Gruppen der Wählerschaft „leicht links von der Mitte“ stimmen in ihrer Selbstpositionierung stark mit der Positionierung aller Wahlberechtigten überein. Es sind, so ist nach den jüngsten Wahlergebnissen zu vermuten, jene, die Linke nicht (mehr) gewählt haben.

Insgesamt verorten sich die **Wählerpotentiale** der Linken vorwiegend selbst „leicht links von der Mitte“, deutlich links nur der kleinere Teil der aktuellen Potentiale. Bundesweit umfasste das Potenzial der Linken im Juni 2012 etwa 16 Prozent der Wahlberechtigten. Allerdings würde sich derzeit ein knappes Viertel auch für die Wahl der Partei entscheiden. Knapp ein Fünftel würde sich für die SPD entscheiden, gut jeder Zehnte für die Piratenpartei, knapp jeder Zehnte jeweils für Grüne oder Union, und ein Viertel würde nicht zur Wahl gehen oder ist unentschlossen.

Die Linke hat offenbar allenfalls geringe Probleme, die sich ganz links verortenden Wählerpotentiale zu Wählern zu machen, wohl aber große Probleme, diejenigen, die sich eher links der Mitte verorten, für eine positive Wahlentscheidung zu gewinnen. Für sie scheint im Zeitverlauf die Alleinstellung linksaußen zum Problem bei der Wahlentscheidung geworden zu sein.

B. Umfragen: Welches Problem haben die potentiellen Wähler der Linken mit der Partei? Welches Bild haben sie von der „idealen Partei“?

Potentielle WählerInnen sind im *umgangssprachlichen* Sinne Menschen, die sich vorstellen können, Die Linke zu wählen. Empirisch, also *wissenschaftlich*, kann diese Gruppe sehr unterschiedlich bestimmt werden: Diejenigen, die Die Linke bei letzten Wahlen gewählt haben, solche, die bei der „Sonntagsfrage“ diese Partei präferieren, Leute, die meinen, dass Die Linke ihre Interessen am besten vertreten würde usw. usf. Entsprechend gibt es nicht *das* Potential, sondern qualitativ und quantitativ unterschiedliche Potentiale. Diese Klarstellung erscheint wichtig, weil diejenigen, welche Die Linke gewählt haben, es vielleicht genau aus den Gründen taten, die andere

davon abhielten. Auf jeden Fall verweist der Begriff des *Wählerpotentials* auf ein mögliches *Wählerverhalten*, also auf ein *Verhältnis zwischen Bürgern und Parteien*. Dass dieses Verhältnis ein erlebtes und erfahrendes, also ein durchaus Mitteilbares ist, das ist die Grundannahme aller hier zu besprechenden Untersuchungen.

Beziehungsprobleme

Die potentiellen Wähler der Linken haben aktuell ein Beziehungsproblem mit der Partei. Es erscheint zunächst ein **Problem des Politikstils**.

Die Menschen wünschen sich schon eine Beziehung zu einer Partei, wenn auch keine allzu innige. Und die Men-

schen aus dem sogenannten „linken Potential“ wünschen sich eine Beziehung zur Linken.

Nur, so sagen sie, ist Die Linke zu einer neuen Beziehung zu uns wohl nicht bereit:

(1) Sie hängt noch einer alten Beziehung nach (DDR, Kommunismus/ Sozialismus). Was wiederum für einen (kleiner werdenden) Teil der Kernwählerschaft wichtig ist, denn er ist diese Beziehung.

(2) Diese Partei ist noch nicht offen für eine Beziehung. Sie lebt ihr eigenes, gewohntes Leben (Ideologien, eigene Sprache, mangelnde Offenheit für Ideen) und ist mehr mit sich als mit der Beziehungsaufnahme beschäftigt (interne Querelen).

(3) Die Partei scheint nicht bereit, uns näher zu kommen, sich uns zu zeigen, Gesicht(er) zu bekommen (Sichtbarkeit in der Öffentlichkeit, Personen, Bürgernähe, Transparenz).

Und **(4) die Partei scheint nicht bereit, in eine Beziehung zu investieren** (pragmatische Lösungsansätze, Kompromissbereitschaft, realistische Konzepte, konstruktive Beteiligung, Transparenz, Gelegenheiten zur Beteiligung). Daher, so das **Fazit**, erscheinen das Werben und also die Partei selbst als durchaus **unglaublich**.

Wie denn also die ideale Partnerin/ Partei für potentielle Wähler der Linken zu sein hätte, scheint klar: Transparenz, Glaubwürdigkeit, Bürgernähe und Ermöglichung von Mitbestimmung wären Charakterzüge. Im Verhalten ein realistischer Pragmatismus und die erforderliche Lösungskompetenz, Durchsetzungskraft und Stärke. Klare Werte und Ideale ja, Ideologien als geschlossene Systeme mit einfachen Antworten auf alles aber nein. Personen, die dafür in der Öffentlichkeit stehen.

Dabei käme Die Linke schon als Partnerin für potentielle Wähler in Frage. In erster Linie wegen ihrer **sozialen Orientierung**. Viele ihrer Forderungen und Ideen werden für gut und richtig befunden. Und mit Gysi und Lafontaine hat sie prominente Personen im Rampenlicht. Auch scheint sie ihren Idealen treu zu bleiben. Es scheint also ein **Problem des aktuellen konkreten Verhaltens der Partei zu ihren potentiellen Wählern** zu sein. Es ist damit ein **lösbares Problem**. Auch das ist eine Botschaft aus den Untersuchungen.

Rollenverteilung

In theoretischer wie empirischer Perspektive sind die Rollen zwischen Parteien und Bürgern klar verteilt. Die Bürger haben gewisse Erwartungen an die Politiker und die Politiker machen bestimmte Angebote an die Bürger. Es ist eine Beziehung von Auftraggebern und Auftragnehmern, politikwissenschaftlich sprechen wir von *Prinzipal-*

Agent-Verhältnissen. In bestimmtem Maße (die Leute wissen wohl um den engen Rahmen politischer Gestaltung) geht der Auftraggeber davon aus, dass sein Wohlergehen vom Handeln seiner Agenten (Auftragnehmer) abhängig ist.

In den Untersuchungen ergab sich ein grobes Gesamtbild davon, was die potentiellen Wähler der Linken unter „Wohlergehen“ verstehen: Die *eigene Lebensqualität* zu halten und möglichst zu verbessern und den *gesellschaftlichen Zusammenhalt* zu sichern ist der Auftrag. Dazu müsste in allen Lebensbereichen *menschliches Maß* angelegt werden: Gute Arbeit, eine funktionierende Infrastruktur, Versorgungssicherheit, eine „natürliche“ Umwelt; Zeit braucht der Mensch und Anerkennung für sich und seine Leistung.

Mobil soll er sein und mitbestimmen soll er können. Soziale Nähe, Begegnungen, Gemeinschaft, das *Sich um-einander kümmern* sind wichtig. Und so klar ist es wohl allen, dass dabei eine gewisse Gleichheit herrschen muss unter den Menschen. Werden Alte, Kranke, Schwache, Kinder, Migranten, Frauen, Gläubige, die vom Dorfe oder aus urbanen Brennpunkten oder irgendwer aufgrund seiner Eigenart oder durch Zufall, man selbst könnte es ja auch mal sein, ausgestoßen, sinkt die eigene Lebensqualität, löst sich der soziale Zusammenhang.

So abstrakt und allgemein erscheint die Botschaft nur im Draufblick. Berlin, Niedersachsen und NRW – die befragten Menschen, auch die potentiellen Wähler der Linken, artikulieren

C. Weichenstellungen

Wechseln wir abschließend wieder die Perspektive und kehren zur Sicht der Partei auf die Wählerschaft zurück. Das scheint nötig, damit ein Aspekt der Entscheidung stärker herausgestellt werden kann: Orientiert sich die Partei am Profil der treuesten, sichersten Wähler? Hält sie, als Strategie, zusammen, was noch da ist auf der bestehenden Beziehungsebene oder orientiert sie sich am Potential und baut eben aus?

Es ist ja augenfällig, dass die genannten Defizite von einem Teil ihrer Anhängerschaft als Tugenden gelebt werden. Aus welchen Gründen auch immer, historischen, kulturellen, aus Altersgründen etwa, ist das Partei-leben im Osten wie im Westen durch einen gewissen *linken Troglodytismus* gekennzeichnet. Hic Rhodos hic salta!

Einige Aspekte der für den Westen Deutschlands beschriebenen Lage sind auch im Osten anzutreffen. Hierbei handelt es sich vor allem um die ausbleibende Verjüngung der Wählerpotentiale und die demokratische Repräsentationsfähigkeit der Partei.

ihre Ansprüche und Erwartungen an die Politik, die Partei Die Linke, aus sehr vielfältigen Lebenslagen und Situationen heraus. Der immer wieder kehrende **Vorwurf** scheint, dass Die Linke kaum in der Lage und willens ist, diese vielfältigen Interessen aufzunehmen und zu aggregieren. Es scheitert bereits an der Schwierigkeit, die **Alltagsperspektive** einzunehmen, sich in die Situation/Lage des Prinzipals zu versetzen. Dazu müsste sie sich, hier sind die Befragten hellwach und klar, eines andern **Politikstils** bedienen. Solange dies nicht geschieht bleibt der Verdacht, das Misstrauen, die Skepsis und also der Konflikt, ob die Partei Die Linke nicht doch andre, eigene Ziele verfolgt als die des Prinzipals, man wendet sich ab und andern zu.

Unser Vorschlag einer zusammenfassenden Bewertung der Umfrageergebnisse lautet:

Die Partei Die Linke würde, wenn überhaupt, dann gewählt, wenn sie die beschriebenen Merkmale eines anderen Politikstils mit ihrem wichtigsten positiven Image, eine Partei der sozialen Gerechtigkeit zu sein, verbindet. Sie muss ihre soziale Orientierung neu erfahrbar machen, sich als Partei sozialer Gerechtigkeit auf neue Weise ins Gespräch bringen: alltagsnah, als jemand, der immer die Nöte der kleinen Leute mit den Interessen der solidarisch orientierten Mittelschichten verbindet, auf der Suche, wie die Interessen derer, die in dieser Gesellschaft „unten“ sind, mit denen andere Schichten zu einer Mehrheit in einem und für ein solidarisches Gemeinwesen verbunden werden können.

Immerhin ist die Wahlenthaltung im Osten noch deutlich ausgeprägter als im Westen. Die Partei Die Linke kann sich entscheiden, ob sie von der Binnenlogik einer teilweise in die Isolation geratenen, sich durch Abgrenzung zur Gesellschaft und zu anderen (vor allem zur SPD) bestimmten Mitgliedschaft, der „splendid isolation“, ausgeht und dies kultiviert, oder aber das Potential dieser Binnenlogik (Fixierung auf die soziale Frage, die Schwächeren in der Gesellschaft, die Einsicht, dass es mit dem Kapitalismus so nicht weiter geht und eine andere Gesellschaft gebraucht wird) nutzt, um neu und anders mit den Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch zu kommen. Man könnte so ohne „jähle Wendungen“ den Wahlkampf 2013 bereits auch als Auftaktspiel für den Wahlzyklus bis 2017 betrachten und nutzen.

Wahlentscheidungen fallen in der Regel nicht rational durch ein Abwägen, einen Abgleich des Angebots an Forderungen und Vorschlägen einer Partei mit den eigenen Einstellungen, Zielen

Wertungen und Interessen. Wahlentscheidungen kommen auf verschiedenen Stufen der Nähe zum eigentlichen politischen Prozess zustande. Es reicht für einen Erfolg daher nicht aus, die Partei mit den besseren Forderungen zu sein. Es geht auch um Image und Stil, es geht um die Themen, für die „eine Partei steht“, es geht um die Forderungen und wie sie kommuniziert werden, es geht auch darum, welche Rolle eine Partei im Verhältnis zu den anderen Parteien hat.

Der politische Stil, das Auftreten, die politische Methode

Kommunikativ und auf Augenhöhe mit den potentiellen WählerInnen (sie wissen, was gut und richtig für sie ist!), ein Angebot unterbreitend. Entschieden in der Sache, offen und umgänglich im Stil. Wissend, dass die Alltagserfahrung besagt: Ohne klare Ideale und generelle Zielvorstellung einerseits und ohne Kompromisse andererseits kommt man am Ende nirgends weiter.

Darüber reden, was die Partei Die Linke will, und nicht darüber, warum den anderen Parteien nicht zu trauen ist, wenn sie Ähnliches wollen.

Die Beratung mit den WählerInnen suchen: Wenn die Potentiale schrumpfen, der Wähler der Linke zum Exoten wird, ist es um so dringender, das Gespräch zu suchen (also nicht für einen Tag die Arbeit der Erzieherin machen oder „mitlaufen“, sondern mit ihr über ihre Probleme, Wünsche reden, darüber was muss und was geht,...). Beim öffentlichen Auftreten die sehr konkreten Probleme einzelner Menschen ansprechen und von dort die Frage zu stellen, was Not tun würde (nicht von „den Arbeitslosen“, „den Hartz-IV-Empfänger“, „den Rentnerinnen und Rentnern“ reden, sondern von Menschen sprechen, die man gestern gesprochen hat, bei denen man war, die man kennt ... und dies ganz konkret und nicht plakativ, aber durchgängig). Dann die konkreten Angebote und mit wem sie zu realisieren sind, weil sie vielen nützen, zur Sprache bringen. Gute Bildung oder gute Pflege verlangt eben auch einen Ausbau gut bezahlter und sicherer Arbeit im öffentlichen Dienst oder bei den sozialen Dienstleistungen. Und dann nicht vergessen: „Im Übrigen bin ich der Meinung, dass genau dies zeigt, dass wir eine andere Gesellschaft brauchen, in der Profit nicht mehr unser Leben beherrscht.“

Entwicklung lokaler Politik und Handlungs- und Mitmachmöglichkeiten sowie ihre Bündelung auf oberen institutionellen Ebenen (statt lokale Umsetzung von Bundes- und Europapolitik) (Bottom-up statt Top-down – nicht zuletzt deshalb, weil man der Partei Die Linke am wenigsten zutraut, oben etwas bewegen zu können. Sie ist in dieser Frage genau eine Gegen-

Merkel-Partei).

Die politischen Themen

Neuen Fragen, veränderten Einstellungen zugewandt: Zum Beispiel die „Rente erst mit 67“ ist in der Wahrnehmung noch ein Skandal, weil fürs gleiche Geld länger gearbeitet werden soll, mehr und mehr wird im Alltag aber auch über flexiblere, individualisierte Formen des Übergangs gesprochen. Diese gesellschaftlichen Diskussionen als Themen, die in der Linken ihren Platz haben, an die Partei heranholen.

Der Erfolg der Piraten hat auch etwas mit technologischen und sozialen Veränderungen im Arbeitsprozess und in der Arbeitsorganisation, in der Eigentumsfrage zu tun. Redet die Partei da mit? Signalisiert sie, dass sie weiß, worum es geht, dass man bei ihr richtig ist, wenn man nach Lösungen sucht? Oder sagt sie durch ihre RepräsentantInnen nur, dass sie da entweder schon längst die besseren Konzepte hat – oder aber höchstens eine private, persönliche Meinung? In beiden Fällen erschiene die Partei nicht als Ort, wo man sich einmischen sollte. Es kann für die Gesamtpartei erfolgreich sein, auch Minderheitsmeinungen als solche nach außen darzustellen, eben weil sie Vielfalt sichtbar machen. Das bedingungslose Grundeinkommen gehört dazu. Immer mit dem Gestus: Lasst uns darüber nachdenken, ob und was das für Menschen bringt.

Die politischen Forderungen

Gegenwärtig hat die Partei Die Linke zwei Kategorien von Forderungen:

- die großen bzw. abstrakten Forderungen, die nur indirekt mit dem Alltag und den Problemen unserer Wählerpotentiale vermittelt sind (von der Euro-Krise bis zur Millionärssteuer)
- und die konkreten Forderungen, die oftmals nicht als solche der Linken, sondern der SPD (oder auch Grünen) wahrgenommen werden und unterschiedliche Partikularinteressen aufgreifen.

Transformation zu einer Problem- und alltagsorientierten Interessenbündelung: Statt sozialer Gruppen (Arbeitslose, Niedriglöhner, Frauen, Normalverdiener) soziale Probleme konkret ansprechen, zum Beispiel die Probleme der „finanziell Bedrängten“, die unabhängig von sozialer Lage und Art und Höhe des Einkommens Probleme haben, finanziell über die Runden zu kommen, von Mietproblemen, Stromsperrern, Überschuldung bedroht sind/sich bedroht sehen – was aber heißt: „Hartz IV muss weg“ steht nicht zwingend im Mittelpunkt der Kommunikation, sondern: „Das Problem mit den Stromkosten/Mieten/Klassenfahrten ... muss gelöst werden, und da gibt es doch diese oder jene Möglichkeit. Wieso wird sie nicht genutzt?!“

In diesem Zusammenhang können dann Forderungen nach frei zugänglichen öffentlichen/kollektiven Gütern statt Geldleistungen zum Kauf marktmittelter Güter zu einem linken Markenzeichen werden, welches sich gut mit dem sozialökologischen Umbau verbinden lässt. Es sind diese Güter, auf denen soziale Sicherheit wie Freiheit/individuelle Selbstbestimmung basieren.

Die strategische Orientierung

Das vielleicht Schwierigste zum Schluss: Kann Die Linke eine eigene und zugleich andere Kräfte überzeugende strategische Orientierung kommunizieren, um der „Falle des Alleinstehens“ zu entkommen, trotzdem unterscheidbar zu bleiben und einen eigenständigen Platz unter den Parteien zu beanspruchen?

Die Linke steht für einen politischen Richtungswechsel. Was das in der strategischen Orientierung heißt, bleibt in der Kommunikation aber zu oft unklar. Zwei Dinge wären herauszustellen:

- einen Richtungswechsel gibt es nur, wenn er von gesellschaftlichen Mehrheiten getragen wird;
- einen Richtungswechsel gibt es nur, wenn diese Mehrheiten einen (koalitions-)politischen Ausdruck finden.

Diesen politischen Richtungswechsel gibt es nur mit einem gesellschaftlichen „Unten-Mitte-Bündnis“. Die Funktion der Linken im Parteiensystem ist es, sich im Dienst deren zu sehen, die sonst im Parteiensystem nicht zur Sprache kommen (oder nur als „Opfer“, als die „Armen“, als die da „unten“) und sie für eine (Wieder-)Beteiligung an politischen Entscheidungen zu gewinnen. Gleichzeitig ist Die Linke aber keine „Unterschichten“- oder „Prekariatspartei“, allein schon deshalb, weil sie auch Wählerschaften der solidarischen Mitte erreicht, und allein schon deshalb, weil klar ist, dass die Interessen der sozial schwachen Gruppen nur eine Chance haben, wenn ihre Durchsetzung auch einer Mehrheit hilft, in einer „besseren Gesellschaft“ zu leben. Einen politischen Richtungswechsel wird es dann geben, wenn eine Mehrheit von Wählenden aus den unteren und mittleren sozialen Schichten dafür votiert und Parteien unterstützt, die dies wollen. Einen politischen Richtungswechsel zu wollen, heißt auch, die Tendenzen der sozialen Spaltung in der Wahlbeteiligung umkehren zu können.

Was anzustreben wäre ist also eine Perspektivenverschränkung jener, die heute „Ganz unten“ (Wallraff) sind, und jener, die sich selbst sozial in der Mitte verorten. Es ginge darum, die Interessen der sozialen Mitte und der sozial Schwachen, wie sie sich in gemeinsamen Problemlagen zeigen, in den Mittelpunkt zu stellen. Darüber wäre zu reden, bevor über dafür not-

wendige Koalitionen zu reden ist. Dafür muss es aber eine Mehrheit unter den Wahlberechtigten geben. Sie gibt es derzeit nicht, weil zu viele WählerInnen aus den sozial schwachen, abgehängten und bedrohten Schichten gar nicht mehr wählen gehen. Deshalb fehlt es an einer machtpolitischen Attraktivität, der realen Möglichkeit mit der Folge, dass auch jenseits aller anderen gesellschaftlich formierten Motive, sich nach oben zu orientieren und nach unten abzugrenzen, politische Oben-Mitte-Angebote eine hegemoniale Anziehung ausüben. Die strategische Aufgabe der Linken besteht darin, die sozial Schwachen wieder für die politische Partizipation zu gewinnen und dies mit den Anliegen und Sichtweisen einer solidarischen Mitte zu verbinden.

Und zwar nicht rationalistisch-instrumentell, sondern als organische Perspektive: etwa „Prekarität“ nicht als Problem bestimmter Gruppen auf dem Arbeitsmarkt oder des Verhältnisses von Stammbelegschaften zu Leiharbeitern usw., sondern als Feld der Veränderungen in der ganzen Arbeitswelt.

Im kleineren Maße ist das auch eine kurzfristige Möglichkeit: Zu den Potentialen der Linken zählen auch Wahlenthalter, die zwischen Wahl und Nichtwahl schwanken wie zwischen der Entscheidung zwischen Linke und Option X (Partei oder Nichtwahl), also Wechselwähler, Wähler ohne feste Bindung. Zudem könnten nicht wenige aus der solidarischen Mitte sich für die Partei Die Linke entscheiden, wenn diese Funktion für ein Unten-Mitte-Bündnis, dieses Verständnis eines Richtungswechsels klarer würde.

Im größeren Maße handelt es sich um eine Aufgabe, deren erfolgreiche Bewältigung durchaus nicht sicher ist. **Erstens** gibt es die Nichtwähler nicht, sie haben unterschiedliche Parteipräferenzen. **Zweitens** gibt es unter ihnen Gruppen, die sich grundsätzlich nicht für Wahlen und Politik interessieren. Tatsächlich hat die Wahlenthaltung in den sozial schwachen Schichten und Vierteln in den vergangenen dreißig Jahren viel stärker zugenommen als in den „bürgerlichen“ Vierteln. Die SPD (und andere) haben demgegenüber resigniert. Sie hatten den Enttäuschten kein neues Angebot zu machen, vielmehr haben sie sich darauf eingestellt, dass dort nichts mehr zu holen ist und um die verbliebenen wahlbereiten Schichten zu konkurrieren sei.

Diese strategische Aufgabe zu bewältigen ist keine Angelegenheit (allein) von Wahlkämpfen, sondern eine strategische Aufgabe der Partei und ihres Aufbaus. Wahlstrategie 2013 und Parteaufbau 2017/2021 müssen gleichzeitig und nicht, wie so oft bisher versprochen, nacheinander angegangen werden. Wahlen gewinnt man nicht erst in Wahlkämpfen.

Hedonistischer Weltkongress 2012 – Ein Rückblick

Der Hedonistische Weltkongress fand dieses Jahr zum dritten Mal statt und hatte etwa 400 Gäste. Vor allem die große Anzahl an internationalen Gästen bei der „Feuerwehr der darrenden Protestkultur“ (taz, 15.6.2010) war ein großer Erfolg des diesjährigen Kongresses. Was zur Hölle ist der Hedonistische Weltkongress mag sich der skeptische Leser fragen? Es ist das unregelmäßig stattfindende Treffen der Sektionen der Hedonistischen Internationalen, deren Geschichte kurz erzählt werden soll.

Die Hedonistische Internationale stellt sich vor

Es kam unvorhergesehen. Es kam plötzlich. Und es war überfällig.

Die Hedonistische Internationale erblickte das Licht der Welt im Jahre 2006, um Politik zu erproben und selbst zu machen.

Hedonismus ist das Streben nach Freude, Lust und Genuss. Er verbindet alle Menschen auf dieser Erde. Im Gegensatz zu allen anderen sieht die Hedonistische Internationale den Hedonismus nicht als Motor einer dumpfen, materialistischen Spaßgesellschaft, sondern als Chance zur Überwindung des Bestehenden.

Aus dieser Grundüberzeugung und der untrennbaren Verbindung von Aktion, Spaß und Politik („Wo die Hierarchie beginnt, hört der Spaß auf. Wo der Spaß aufhört, beginnt die Hierarchie“



–Manifest der Hedonistischen Internationalen) schlossen sich in Berlin umherschweifende Hedonisten jeglicher Couleur zusammen, um gemeinsam frischen Wind in die linke Politszene zu bringen. In enger Zusammenarbeit mit der Berliner Clubszene wurden mit der Demo-Parade gegen rechte Strukturen in Friedrichshain 3500 eher unpolitische Menschen auf die Straße und in Bewegung gebracht. Mit der Vorbereitung für den Protest gegen das politische Großereignis des G 8-Gipfels in Heiligendamm entwickelte sich das Manifest als Handlungsrahmen der Hedonistischen Internationalen, mittlerweile gibt es etwa 40 Sektionen in verschiedenen Ländern, die sich der Idee angeschlossen haben und alle auf ihre Weise Politik mit Spaß verbinden.

Die Aktionen der HI sind zahlreich, vielfältig und schwer zu beschreiben. Von der Besetzung des Berliner Fernsehturms (wenn auch nur für einige Stunden) über Aktionen gegen überbezahlten Wohnraum (in Abendgarderobe einsickern und interessierte Mieter überbieten, eigene Discount-Makler ins Rennen schicken, während der Wohnungsbesichtigung alle Hüllen fallen lassen) bis hin zur Unterstützung streikender

BVG-Beschäftigter mit Streik-Bier („We like strike, Baby!“) ist alles schon mal dagewesen. Bei größeren Aktionen von ehemaligen Opfern der HI reicht meist schon eine kurze Pressemitteilung, um größeres Chaos zu verbreiten –so hat schon das lapidar angekündigte Nichterscheinen bei der Eröffnung einer großen Elektronikmarkt-Kette für einen großen Polizeieinsatz gesorgt.

Von der aktionsorientierten Spaßguerilla zur Organisation von Bildungsveranstaltungen?

Während des Hedonistischen Weltkongresses geht es darum, diese erfolgreichen Protestformen zu verstetigen und sich mit den anderen Sektionen darüber auszutauschen, welche Inhalte und Themen in Zukunft auf der Tagesordnung stehen. Der dreitägige Kongress soll Menschen zusammenbringen, ihre Vernetzung fördern und neue Perspektiven des Protests eröffnen. Dabei werden theoretische Fundamente diskutiert, neue Aktionsformen erprobt, zukünftige gesellschaftliche Konflikte erörtert, alternative Möglichkeiten politischer Intervention debattiert und gezeigt, wie wir schon hier und jetzt das schöne Leben haben können.

Natürlich besteht dabei die Gefahr, von einer aktionsorientierten Gruppe zum Veranstalter von politischen Bildungsseminaren zu verkommen.

Der nächste Weltkongress soll somit im autoritären Russland stattfinden – nur um sicherzugehen, dass auch der Kongress eine Aktionsform bleibt.

Florian



Berichtigung: Zu dem Artikel „Medizinische Versorgung von Flüchtlingen – Was können wir tun?“ in der letzten Ausgabe der Politischen Berichte drucken wir eine Richtigstellung von Milena Hub: „Die Krankenscheinvergabe für Menschen, die ein Anrecht auf medizinische Versorgung nach Asylbewerberleistungsgesetz haben erfolgt durch das Sozialamt, nicht die Ausländerbehörde. Der Sachbearbeiter prüft dabei die Leistungsberechtigung, nicht die medizinische Indikation. Der verlängerte Geheimnisschutz greift in der Notfallversorgung im Krankenhaus. Primär durch eine Ärztin/einen Arzt erhobene Daten fallen unter die ärztliche Schweigepflicht, die dann auch für die abrechnenden Organe in der Krankenhausverwaltung und im Sozialamt bindend ist. In diesem Zusammenhang gemachte Aussagen zum Status des Patienten dürfen somit nicht an die Ausländerbehörde weitergegeben werden. (Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Aufenthaltsgesetz 2009, Bundesrats-Drucksache 669/09)“

Inhalt

Aktuelle Meldungen

Bundesverfassungsgericht: „Die Menschenwürde ist migrationspolitisch nicht zu relativieren“ • Wachsende Kritik am Finanzgewerbe • Opel Bochum vor dem Aus?

Erziehungsgewalt – was darf der Staat, was dürfen die Eltern?

Nicole Gohlke: Persönliche Erklärung zur Debatte um Beschneidung minderjähriger Jungen

Stoppt Frontex! Stoppt das Sterben im Mittelmeer!

Auslandsnachrichten

Norwegen: Streik der Ölarbeiter • Kasachstan: Gerechtigkeit für die Ölarbeiter • Menschenrechtsverletzungen durch Unilever • USA: Aussperrung von 8 500 Arbeitern bei Con Ed • Türkei: Solidarität mit den entlassenen THY-Mitarbeitern • USA: Unterstützung im Kampf um Gewerkschaftsrechte bei T-Mobile • Verdi fordert von H&M mehr Gesundheitsschutz

Aktionen ... Initiativen

Aktionswoche gegen Bundeswehr in Schulen und Hochschulen • Geplante Sonderjustiz beunruhigt Soldaten • Bundesweites Antifacamp in Dortmund • BI Umweltschutz schickt Bundesumweltminister Fragenkatalog • 67. Jahrestag der Atombombenabwürfe am 6. und 9. August • Gewerkschaftspolitischer Ratschlag am 22./23. September • Amnesty fordert Freilassung der „Pussy Riot“-Mitglieder • Endlich! Bremerhaven reformiert Bürgerbegehren • Rente für Gefangene • Jetzt wird umfairteilt – Bundesweite Aktion am 29. September

Gelsenkirchener Appell für öffentlich geförderte Beschäftigung

Neue Schulen, schleichende Privatisierung?

Das Notensystem – an der Grenze der Leistungsfähigkeit?

Konversion von Militärfächern in Mannheim

Kommunale Politik

Jobcenter vertreibt wieder mehr Hartz-IV-MieterInnen aus ihren Wohnungen: Hamburg. • Mehr sozialen Wohnungsbau! Köln. • Stadt zahlt LeistungsempfängerInnen zu wenig Grundmiete: Frankfurt a.M. • Sozialticket jetzt! Lübeck. • „Sozialticket statt „Schwarzfahren“: Wuppertal. • Senat mit Kita-Ausbau weiterhin überfordert: Bremen. • Musikzentrum: Regierungspräsident soll Ratsbeschluss beanstanden: Bochum. • Linke sind für Liveübertragungen: Dortmund. • Bettensteuer: Linke Politik wirkt! Lübeck.

Diakonie – christlicher Dienst muss sich rechnen

Von der Leyen und Leiharbeit

Wirtschaftspresse

Wählerpotentiale für Die Linke vor dem Hintergrund der jüngsten Wahlergebnisse, Umfragen und empirischen Studien

Hedonistischer Weltkongress 2012

Sommerschule der ArGe „Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“: von Donnerstag, 2. bis Samstag, 4. August 2012 in Erfurt

Informationen zur Sommerschule 2012 – Bitte Änderungen beachten

Die Lage und Dauer der „Schule“ hat sich verändert. Wir tagen von Donnerstag (14 Uhr) bis Samstag (18 Uhr). Die Mitgliederversammlung wird am Donnerstagabend stattfinden, so dass gegebenenfalls der Freitagabend noch als Seminarzeit genutzt werden kann.

Wir bitten darum, die An- und Abfahrtszeiten so zu legen, dass der verkürzte Seminarzeitraum voll ausgeschöpft werden kann und nicht durch frühere Abfahrtszeiten weiter reduziert wird.

Somit findet die Sommerschule 2012 von Donnerstag, 2.8., bis Samstag, 4.8.2012, in Erfurt statt. Beginn ist am Donnerstag um 14 Uhr, Ende am Samstag um 18 Uhr.

Die ArGe-Mitgliederversammlung findet am Donnerstag, 2.8., voraussichtlich 19 Uhr, statt.

Wir tagen erneut in der Jugendherberge „Hochheimer Straße“, in der „JH Klingenstraße“ übernachten wir. Beide liegen nur etwa 4 Minuten Fußweg auseinander. Adresse: JH Erfurt,

Hochheimer Str. 12, Klingenstraße 4, 99094 Erfurt, Tel. 0361 5626705. Die JH ist vom Bahnhof Erfurt mit der Straßenbahn 6 bis Endstation Steigerstraße zu erreichen. Von dort sind es noch ca. 200 m Fußweg.

Die Kosten für Ü/F betragen 26,00 Euro + ca. 1 Euro Kurtaxe pro Person. Bettwäsche ist vorhanden, bitte Handtücher mitbringen.

Mittag-/Abendessen können auf Wunsch in der JH eingenommen werden. Bitte bei der Anmeldung angeben. Auf Antrag können in begrenztem Umfang auch Reisekosten übernommen werden.

Wir sind wie immer als Gruppe angemeldet und haben eine gewisse Anzahl an Betten reserviert. **Anmeldungen bitte sofort** und nur bei hanne-reiner@onlinehome.de oder telefonisch 030-39808805.

Im folgenden noch einmal stichwortartig die Kursbeschreibungen, ausführlich waren sie in den Politischen Berichten Nr. 6 enthalten.

Kurs Wirtschaft: Arbeitsteilung, Arbeitsorganisation, Arbeitsmarkt und die Arbeitskraft

Der Kurs Wirtschaft wird im Sommer die im Winter begonnene Auseinandersetzung mit dem Themenkomplex Arbeitsteilung, Arbeitsorganisation, Arbeitsmarkt fortführen.

Wahrscheinlich wird es nötig sein, in einem ersten Schritt Rückschau zu halten auf die Interpretation der Fabrikarbeit bei Karl Marx und die Reichweite des damals entwickelten Konzepts von „einfacher“ und „zusammengesetzter“ Arbeit auszuloten. Einen Blick auf die an der Wende zum

zwanzigsten Jahrhundert entstehende moderne Industriegesellschaft würden Texte von E. Durkheim zur Arbeitsteilung erlauben.

Sodann müsste wir uns ein weiteres Mal mit dem Bourdieusche Konzept von Bildung als Akkumulation von Kulturkapital vergegenwärtigen.

Anregungen und Anfragen bitte an: martin.fochler@freenet.de, Rolf Gehring rgehring@efbh.be, ruediger@loetzer.com

Kurs Philosophie/Kulturwissenschaften: Parteiensystem in Bewegung

Im Sommerkurs Philosophie / Kulturwissenschaften wollen wir uns mit dem Parteiensystem befassen. sollen, so eine mögliche These, wichtige Vermittlungsarbeit für gesellschaftliche Entscheidungen leisten. Das geht aber nur, wenn sie sich sowohl im politischen System auskennen als auch in

dem Milieu, für das sie stehen. Ist das nicht der Fall, scheitert die Vermittlung, was wiederum rückwirkt auf die Partei, im allgemeinen in der Form, dass sie an Einfluss verliert – sowohl im politischen System als auch in ihrem Milieu. Anregungen und Anfragen bitte an: eva.detscher@web.de

Kurs Internationale Politik: Linkes Konzept der „Europäischen Ausgleichsunion“, rechte Kritik an der „Europäischen Transferunion“, Politik gegenüber beitragswilligen Ländern

Zu allen diesen Punkten wird für den Kurs Internationale Politik ein Material-Reader zusammengestellt. Als Vorweglektüre wird empfohlen: Axel

Troost/Philipp Hersel – „Solidarisches Miteinander statt ruinöser Wettbewerb. Europäische Ausgleichsunion“ – in: Sozialismus 12/2011, S. 25ff.

Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint in **sechs Wochen** am 6. September 2012, Redaktionsschluss: Freitag, 31. August.

Artikelvorschläge und Absprachen über pb@gnn-verlage.de.

Die nächsten Erscheinungstermine:

jeweils donnerstags: 6. September, 5. Oktober, 2. November, 30. November, 9. Januar 2013